Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (04.01.2004)

Sand im Getriebe 29

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** ***html-Version unter*** **www.attac-austria.org/sig/sig.php** ***email an die Redaktion*: sig@attac.de**

Was heißt "anderes" Europa?

Ein Jahr des Krieges ist vorbei – und es sieht nicht so aus, als ob das neue Jahr friedlicher würde. „Sie (die Herrschenden in den USA) haben die Lektionen des Vietnamkrieges nicht gelernt Dieser Gulliver greift arrogant in andere Länder ein und ruft damit die Liliputaner auf den Plan, die ihn bezwingen werden", meint **Walden Bello** in einem hier zuerst veröffentlichten Interview, das auch eine Art Rückblick auf das Jahr 2003 gibt und die Stärken und Schwächen der antiimperialistischen Bewegung analysiert.

Zu den Liliputanern, zur zweiten Supermacht, der Bewegung von Porto Alegre, gehörte auch die Tagung des **Europäischen Sozialforums im November in Paris**. Nirgendwo noch waren in Europa 30.000 Kopfhörer für 52.000 Menschen bei einem Veranstaltungsreigen im Einsatz. Im Rahmen des 2. ESF haben 55 Plenarveranstaltungen, 271 Seminare, 300 Workshops sowie beispielsweise das Forum der regionalen Sozialforen an vier Veranstaltungsorten - La Villette (Paris), Saint Denis, Bobigny, Ivry - stattgefunden. 1.200 ehrenamtliche DolmetscherInnen von „Babels" rangen mit Europa's Babylon. Der für Ost-EuropäerInnen eingerichtete Solidaritätsfond in Form eines 10%igen Aufschlags auf die Teilnahmegebühr hat gegriffen. Das 2. ESF mit dem Motto "Ein anderes Europa ist möglich" erweiterte die gewachsenen Netzwerke und liess weitere gemeinsame Kampagnen und Aktionen entstehen.. Wir dokumentieren hier der deutschsprachigen Leserschaft **Einschätzungen, Kontroversen** (z.B. zur Tariq-Ramadan-Beteiligung) **Themenlisten,** und eine **Vielfalt von Vereinbarungen, u.a. den internationalen Antikriegstag (20. März), den Tag gegen Sozialabbau (2./3. April) und den Aktionstag für ein anderes Europa (9. Mai**)

Europa und seine Verfassung

"Keine Unterdrückung nach innen" und 'Keine Aggression nach außen" - das könnten die zentralen Parolen für ein anderes Europa, ein **Europa "von unten**" sein.
Gegen Neoliberalismus als Staatszielbestimmung, gegen Militarisierung, gegen die fehlende Beachtung von Ökologie stellt Attac Frankreich **"21 Forderungen"** auf, die einen Teil der EU-Kritik in Attac aufnehmen. Zahlreiche Attac-Arbeitsgruppen in den EU-Ländern setzen sich für die Durchführung eines **Referendums** ein und arbeiten an einer zum Teil weitergehenden Kritik, die den repressiven und ausbeuterischen Charakter des EU-Verfassungsentwurfs präziser fasst. **Tobias Pflüger** kritisiert das fatale **Aufrüstungsgebot des Verfassungsentwurfs** nach der Devise „Hallo, wir sind eine neue Weltmacht". Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Abschlusserklärung des **10. Friedenspolitischen Ratschlages** (beide Deutschland) unterstreichen dies.

Stephan Lindner hat auf dem ESF den Zusammenhang zwischen **Sozialabbau und Globalisierung** aufgezeigt. und einen Strategievorschlag entwickelt. Es folgen drei kürzere Berichte, von **David Mum** über die österreichische Pensions-"Reform", vom US-amerikanischen Gewerkschafter **Noel Beasley** über US-amerikanische Pensionssysteme und ihrer Verfehlungen und schließlich von **Mirjana Dokmanovic** über die Auswirkungen und Lebensbedingungen der Frauen in den Beitrittsländern. In noch zu ungenügendem Maße ist uns bewußt, inwieweit ost-europäische Staaten bereits zu neoliberalen Muster-Kolonien gemacht worden sind.

Wir schließen dieses umfangreiche Heft mit der Ankündigung der Veranstaltung **„Das andere Davos – Widerstand gegen die Globalisierung des Kapitals – für Alternativen von unten**".

Es sieht so aus, als ob wir auch im Neuen Jahr dringend den notwendigen **langen Atem** benötigen, den **Bertold Brecht** in seinem „Lied von der Moldau" beschwört.

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehen sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Inhalt:

Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
Die Redaktion: Barbara Waschmann (Attac Österreich), Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland), Karin Vogt, Johannes Gruber, Gisela Burkhalter (Attac Schweiz)

Marx, Gramsci und die Philosophie des Widerstandes

Interview mit Walden Bello

Interview mit dem Träger des diesjährigen Alternativen Nobelpreises, dem Right Livelihood Arward, Walden Bello. Der Phillipino Walden Bello ist Direktor der NGO "Focus on Global South" und Professor für Soziologie. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze über Globalisierung, den IWF und Südost-Asien geschrieben. Das Interview führten Luigi Wolf und Oliver Nachtwey bereits im Juni dieses Jahres auf dem McPlanet.com-Kongress in Berlin. Es ist zugleich auch eine Art Rückblick auf das Jahr 2003 und die Stärken und Schwächen der antiimperialistischen Bewegung

Herr Bello, Sie sind einer der bekanntesten Globalisierungskritiker. Ihre politische Aktivität hat aber schon vor 30 Jahren begonnen, lange bevor man das Wort Globalisierung überhaupt kannte. Wie kam es dazu?

Nach dem College wollte ich weder für die freie Wirtschaft noch die Regierung arbeiten. Ich begann als Lehrer im Süden der Philippinen zu unterrichten. Die Philippinen sind extrem katholisch und ich habe anfangs die politischen Probleme meines Landes mit der katholischen Kirche identifiziert. Ich war selbst ein Christ, aber ich setzte mich für die aus dem Norden kommende moslemische Minderheit ein. Das führte in den katholischen Kreisen zu einer größeren Aufruhr und schließlich zu meiner Entlassung. Das hatte aber noch nichts mit politischer Aktivität zu tun, ich würde es eher als prä-politisch bezeichnen.
Später wurde ich an der Princeton University für ein Graduiertenstudium zugelassen. Dann ging alles ziemlich schnell. Ich wurde in die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg hineingezogen und politisiert. Als die Allende-Regierung in Chile gewählt wurde, reiste ich dorthin, um meine Doktorarbeit zu beginnen. Ich arbeitete mit vielen Leuten aus der Linken zusammen, vor allem mit Leuten aus der KP. Schnell wurde mir klar, dass es bereits zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr darum ging, aus Chile ein sozialistisches Land zu machen, sondern die Konterrevolution zu verhindern. Vor und hinter den Kulissen stand die Rechte schon bereit, um die Linke anzugreifen. Ich schrieb deshalb meine Doktorarbeit über den Aufstieg konterrevolutionärer Bewegungen in Italien und Deutschland. Meine Arbeit sollte eine politischer Beitrag im Kampf gegen den Faschismus sein. Als sie erschien, war es allerdings zu spät.

In Venezuela hat der CIA die putschistische Bewegung massiv unterstützt. Der Irak wurde ohne UNO-Resolution im Alleingang mit den Briten angegriffen. Wiederholt sich die Geschichte von Vietnam und Chile in anderen Ländern?

Die Amerikaner sind in den Irak eingefallen und haben dort gesiegt. Aber gleichzeitig haben sie eine Situation geschaffen, in der sie an den Irak gebunden sind und von einer entstehenden Guerillabewegung zermürbt werden. Sie haben die Lektionen des Vietnamkrieges nicht gelernt.
Genauso wie zur Zeit des Vietnamkrieges sind die Vereinigte Staaten heute sehr mächtig und wir sollten einen gesunden Respekt vor dieser Macht haben. Aber nur an der Oberfläche sind die USA übermächtig, in der Realität haben sie ihre Kräfte überdehnt. Sie haben sich mit ihren Interventionen weit vorgewagt. Dieser Gulliver greift arrogant in andere Länder ein und ruft damit die Liliputaner auf den Plan, die ihn bezwingen werden.

Unterstützen Sie den Widerstand im Irak?

Oh ja. Ich glaube, dass es sich bei dem Widerstand im Irak um einen Kampf um nationale Souveränität handelt. Oft wird das vereinfacht und es wird von Kräften Saddam Husseins gesprochen. Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass es sich um Kräfte handelt, die die USA wirklich aus dem Land werfen wollen. Es entsteht im Irak eine breite Bewegung, die gegen eine koloniale Armee kämpft. Eine der Aufgaben unserer Bewegung ist es sich zu überlegen, wie wir der irakischen Bevölkerung helfen können, die US-Besatzung zu schlagen.

Aber kann eine Guerilla-Armee die US-Armee bezwingen? Besteht nicht die einzige Möglichkeit für eine Beendigung der Besatzung darin, dass die Amerikaner sich selbst eine neue Regierung zulegen?

Wir können nicht darauf warten, bis die Amerikaner sich gegen ihre Regierung erheben. Wir haben in der Tat ein reales Problem mit der kulturellen Vereinnahmung der amerikanischen Bevölkerung. Wir müssen alle Anstrengungen unterstützen, fortschrittliche Bewegungen in den Vereinigten Staaten aufzubauen, aber das wahrlich ist nicht einfach.
Der amerikanische Präsident ist nicht demokratisch legitimiert. In Europa nehmen die autoritären Tendenzen ebenfalls zu, so dass von einer Krise der Demokratie gesprochen wird.

Was ist die Alternative der Globalisierungskritik?

Wir müssen die Demokratie so direkt wie möglich gestalten. Ich teile Rousseaus Zweifel an der repräsentativen Demokratie. In dieser Form vertreten die Repräsentanten oft nicht die Menschen, die sie gewählt haben, sondern ihre eigenen Interessen. Deshalb sollten so viele Entscheidungen wie möglich durch die direkte Partizipation der Menschen getroffen werden, z.B. über Referenden.
In den Bereichen, in denen wir weiterhin lokale und nationale Repräsentanten benötigen, sollten sie stärker rechenschaftspflichtig sein und die Kontrollmöglichkeiten erhöht werden.
Generell sollten wir die parlamentarischen Institutionen überdenken, um sie effektiver zu machen. Partizipation darf nicht nur auf der Ebene stattfinden, einfach nur jemanden zu wählen. Die elektronische Technologie hat einen befreienden Aspekt, weil immer mehr Menschen selbst an Entscheidungen

über nationale oder internationale Angelegenheiten teilnehmen können. Man sollte keine Angst vor der Technologie haben, sondern sie nutzen, um Entscheidungsprozesse auf einem formellen Level zu demokratisieren.
Vor allem darf man Demokratie nicht länger nur als ein Wahl- und Bürgerrecht verstehen, sondern sie muss auch auf die Ökonomie ausgeweitet werden.

Wie soll das möglich sein?

Demokratie benötigt ein starkes Element ökonomischer Gerechtigkeit. Demokratische Entscheidungen sollten deshalb auf alle zentralen ökonomischen Felder ausgedehnt werden. Wir können die Volkswirtschaft nicht dem Markt überlassen. Wir müssen selbst entscheiden können:
Bauen wir eine Industrie auf oder schaffen wir sie ab? Nutzen wir eine bestimmte Technologie oder lassen wir sie weg? Was soll die Richtung der Wirtschaft sein? Dazu gehört auch ein Gleichgewicht zwischen Wachstum und Gerechtigkeit herzustellen.
Wir sollten immer größere Teile der Industrie aus dem Markt herauslösen und demokratischen Entscheidungen unterwerfen. Dazu gehört zweifellos auch die Verstaatlichung von Industrien. Die Leute, die sagen "überlasst das dem Markt", sagen eigentlich nur: überlasst es den Konzernen.

Demokratisierung der Wirtschaft, Verstaatlichungen, das klingt nach einer Gesellschaftsform, die derzeit nicht besonders in Mode ist - Sozialismus. Wollen Sie das?

Das kann gut sein. Wenn wir Sozialismus als etwas definieren, das eine Vielzahl von Prinzipien beinhaltet: etwa Subsidiarität, direkte Demokratie, Sensibilität gegenüber der Umwelt, ja, das könnte Sozialismus sein. Aber ich will es nicht am Wort aufhängen.

Aber ist das nicht eine Utopie, weil sich die meisten Menschen einfach für solche Fragen nicht interessieren?

Der Kapitalismus reduziert die Menschen zu passiven Konsumenten. Das ist ein eine wichtiger Punkt für die Ideologen des Systems. Sie behaupten, dass die meisten Leute sich gar nicht aktiv an der Politik beteiligen und in die Privatsphäre zurückziehen wollen. Dieses Konzept untergräbt die Idee des aktiven Bürgers. Wir müssen die ideologischen Manipulationen zur Kenntnis nehmen, die uns zu passiven Konsumenten macht, deren Partizipationsmöglichkeiten auf den Akt des Wählens begrenzt werden. Die ganze Struktur der parlamentarischen Politik ist dermaßen, dass sie die Beteiligung der Menschen gar nicht fördert. Wenn Politik wirklich in der Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse bestehen würde, wenn es nicht mehr die Entfremdung über die Politik für die Konzerne geben würde, dann würden sich die Menschen beteiligen. Überall in der westlichen Welt erleben wir die Entfremdung der Menschen mit den parlamentarischen Institutionen - das müssen wir ändern.
Aber selbst, wenn sich alle Menschen aktiv beteiligen, steht die globalisierungskritische Bewegung vor einem Problem. Sie ist sich nicht einig, wie sie ihr Postulat "Eine andere Welt ist möglich" verwirklichen soll. Besonders umstritten ist, wie man mit dem Staat und seinen Institutionen umgehen soll. Reformieren, Umwerfen oder Umgehen?
In einer Situation von scharfen politischen Veränderungen kann die konservative Rechte zu einer konterrevolutionären Kraft werden, die versucht die fortschrittlichen Bewegungen auszumerzen, wenn sie sich nicht wehren. Man kann die Rechte nicht provozieren und erwarten, dass sie nach unseren Regeln spielt. Das sieht man in Venezuela. Sie haben versucht Chavez auszumerzen, aber zum Glück haben die Menschen aus den Armenvierteln ihn unterstützt und es ist ihm gelungen, die Armeeführung zu spalten.
Man sollte nicht versuchen, nach bolschewistischer Art die Macht zu "ergreifen". Man sollte erst mal die Legitimität des Status Quo erodieren. Erst dann kann man auch die bisherige Macht konfrontieren und zertrümmern, um sie abschließend wieder zu füllen.
Für viele junge Aktivisten in der Bewegung sind Sie ein Vorbild. Welche Menschen haben Ihr Denken und Handeln am meisten beeinflusst?

In intellektueller Hinsicht hat mich Marx geprägt. Auf der gleichen Ebene, aber auch die Art und Weise wie er sein Leben geführt hat, wurde ich von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci inspiriert.
Die Person, die ich persönlich wirklich bewundere, ist Che Guevara. Man muss mit seinen Ideen nicht einverstanden sein, aber niemand kann bestreiten, dass er in seinem Engagement konsistent seine Politik verfolgt hat. Er hat vielleicht Fehler gemacht, aber er war bereit für seine Ideale zu sterben. Die ganzen jungen Menschen, die T-Shirts mit seinem Konterfei tragen, obwohl sie vielleicht kaum etwas über ihn wissen, verdeutlichen, dass wieder ein Bedürfnis nach solchen Persönlichkeiten wie Che Guevara besteht.

Würden sie für Ihre Ideen sterben?

(schaut überrascht, lacht und antwortet ernst) Ja, das würde ich tun. Wie ich in der Situation konkret entscheiden würde, das weiß ich nicht. Ich will nicht melodramatisch klingen, aber ich glaube, dass wir in der heutigen Situation Aktivisten, Führer brauchen, die bereit sind für ihre Ideen zu sterben und mit der Kultur des Kompromisses zu brechen. Wir brauchen moderne Volkstribune. Nicht solche, die mit den Konzepten der Vergangenheit arbeiten, sondern sie müssen in der Lage sein, ständig ihre Ideen zu überdenken und bereit sein, sich neuen Herausforderungen zu stellen, sich auch anderen Analysen zu öffnen.

Das klingt sehr heroisch. Wenn man ausreichend verzweifelt oder grenzenlos hoffnungsvoll ist, ist man vielleicht bereit zu sterben, aber für die meisten Menschen kommt das wohl nicht Frage. Wird die globalisierungskritische Bewegung am Ende trotzdem erfolgreich sein?

Die Hybris der Vereinigten Staaten hat in der ganzen Welt Widerstand gegen ihre Geopolitik erzeugt, überall lehnen die Menschen sich gegen die sozialen Missstände und die ökologische Katastrophe auf. Es gibt wieder eine neue Jugendgeneration, wie ich sie in der Anti-Globalisierungs-bewegung antreffe. Mit anderen Worten, es gibt, wie die New

York Times geschrieben hat, nicht eine, sondern zwei Supermächte auf der Welt. Die eine ist die USA mit ihrem Militärapparat. Die andere ist die weltweite Zivilgesellschaft.
Ich bin nicht deterministisch. Es gibt keine Garantie, dass wir siegen. Es kann auch die Rechte und der Fundamentalismus die Überhand gewinnen. Uns bleibt nichts anderes übrig als den Raum zu füllen, der von dem Bankrott der klassischen bürgerlichen Politik aufgemacht wird.

So viele Menschen werden von der politischen Mitte enttäuscht. Da müssen wir rein. Wenn wir es nicht füllen, werden es andere tun. Wenn wir verlieren, kann es, wie Rosa Luxemburg gesagt, auch zur Barbarei kommen.
Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir verlieren, aber es auch nicht unwahrscheinlich, dass wir gewinnen. Die Geschichte wird nicht auf uns warten

Aufruf der Versammlung der Sozialen Bewegungen
im Anschluss an das 2. Europäische Sozialforum (ESF/FSE), Paris - November 2003

Wir kommen aus sozialen und Bürgerrechts-Bewegungen aus allen Teilen Europas, von Ost bis West und von Nord bis Süd. Nach Florenz und Porto Alegre treffen wir uns auf dem Zweiten Europäischen Sozialforum nach einem Jahr der Mobilisierungen gegen das neoliberale Modell in zahlreichen Ländern Europas - gegen die Rentenreform, für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, gegen die Landwirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungen, für die Rechte der Frauen, gegen die extreme Rechte, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen die Innere Sicherheitspolitik der Regierungen und gegen den Irakkrieg, besonders am 15. Februar 2003. Wir sind unterschiedlich und plural zusammen gesetzt, und das macht unsere Stärke aus.

Zurzeit wird ein Entwurf für eine Europäische Verfassung außerhalb der Zivilgesellschaft ausgearbeitet. Er erhebt den Wirtschaftsliberalismus als offizielle Doktrin der EU in den "Verfassungsrang"; er schreibt das Konkurrenzprinzip als Grundlage des europäischen Gemeinschaftsrechts und aller menschlichen Aktivitäten fest und berücksichtigt in keiner Weise die Ziele einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung; er schreibt der NATO eine Rolle in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik zu und fördert eine Militarisierung der Union; schließlich hält er die Sozialpolitik im Status eines fünften Rads am Wagen eines europäischen Aufbaus, der sich auf den Primat des Marktes gründet, und besiegelt de facto die bereits vorgesehene Zerschlagung der öffentlichen Dienste. <u>Dieser Verfassungs-entwurf entspricht nicht unseren Bestrebungen</u>.

<u>Wir kämpfen für ein anderes Europa</u>.
Unsere Mobilisierungen streben ein Europa ohne Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhaltnisse an mit einer bäuerlich (und nicht industriell) geprägten Landwirtschaft, der die Souveränität in der Nahrungsmittel-versorgung vorbehalten bleibt, die Arbeitsplätze sichert sowie die Umwelt und die Nahrungsmittelqualität schützt und erhält
Wir streben ein Europa an, das zur Welt hin offen ist, das allen Bürgerinnen und Bürgern Freizügigkeit erlaubt, das allen hier lebenden Ausländern das Aufenthaltsrecht einschließlich der Bürgerrechte zugesteht und das Asylrecht anerkennt;
ein Europa, das eine tatsächliche Gleichheit zwischen Männern und Frauen verwirklicht, das die kulturelle Vielfalt fördert sowie das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das heißt das Recht, auf demokratische Weise über die eigene Zukunft zu entscheiden.

Wir kämpfen für ein Europa, das den Krieg ablehnt und die internationale Solidarität sowie eine ökologisch nachhaltige Entwicklung fördert.
Wir kämpfen dafür, dass Menschenrechte, dass soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Rechte obsiegen und nicht Konkurrenzrecht, Profitlogik und finanzielle Abhängigkeit durch Verschuldung.

Aus all diesen Gründen richten wir einen <u>Aufruf an die Völker Europas, sich gegen das neoliberale Modell und den Krieg stark zu machen.</u>
Wir kämpfen für den Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak sowie für die sofortige Rückgabe der Souveränität an die irakische Bevölkerung.
Wir kämpfen für den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, für den Baustopp der Mauer und ihre Beseitigung.
Wir unterstützen die israelischen und palästinensischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen.
Wir setzen uns für den Rückzug der russischen Besatzungstruppen aus Tschetschenien ein.
Deshalb schließen wir uns dem internationalen Aufruf an, der in den Vereinigten Staaten durch die Antikriegs-bewegung lanciert wurde, und rufen zum Aktionstag am 20. März 2004 <u>auf.</u>

Um zu einem Europa zu gelangen, das auf der Anerkennung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Rechte - individueller wie kollektiver Natur, der Männer wie der Frauen - beruht, verpflichten wir uns, überall Initiativen zu ergreifen. Wir müssen schrittweise einen Mobilisierungsprozess in Gang setzen, der es erlaubt, alle Völker Europas einzubeziehen. Wir verpflichten uns, an allen Aktionen teilzunehmen, die durch die sozialen Bewegungen organisiert werden, und insbesondere einen <u>gemeinsamen Aktionstag mit Unterstützung der sozialen Bewegungen und vor allem der europäischen Gewerkschaftsbewegung</u> zu gestalten.
Wir rufen alle sozialen Bewegungen dazu auf, diese Mobilisierungsdynamik in einem <u>Aktionstag für ein anderes Europa</u>, für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Bevölkerungen gipfeln zu lassen, und zwar <u>am 9. Mai 2004</u>, dem Datum, an dem die Ratifizierung der Europäischen Verfassung vorgesehen ist.

Saint-Denis, am 16. November 2003

Manifest der Europäischen Versammlung zum Thema Frauenrechte

Dieses Manifest wurde am 12. November 2003 beim Abschluss der Europäischen Versammlung zum Thema Frauenrechte zum Auftakt des 2. Europäischen Sozialforums verabschiedet.

Mit den Frauen für ein anderes Europa:
– ein Europa, das für Freiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau bürgt;
– ein Europa, das jedem Menschen soziale und wirtschaftliche Grundrechte sichert;
– ein solidarisches, friedfertiges und entmilitarisiertes Europa.

Am 12. November 2003 trafen sich in Bobigny über 2000 Frauen aus ganz Europa und auch aus anderen Kontinenten zu einer Debatte über ihre Lebensverhältnisse und zum Austausch über ihre Kämpfe- und Widerstandserfahrungen.

Wir Frauen treten gegen ein patriarchalisches, machistisches, auf Sexismus und Diskriminierung basierendes Europa auf.

Wir lehnen den Vertrag zur Europäischen Verfassung ab:
Im Vertragsentwurf wird die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die als Bestandteil der europäischen Identität anerkannt werden müsste, einfach ignoriert: Er leistet einer Offensive Vorschub, deren Ziel ist, das im Laufe des vorigen Jahrhunderts abgeschwächte, christliche Erbe wieder geltend zu machen. Auf dem Spiel stehen alle Errungenschaften der Frauen im Bereich der Freiheiten, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, Ausübung einer Erwerbstätigkeit, Scheidung... Sollte man diesem Druck nachgeben, würde die patriarchalische Ordnung an Stärke gewinnen. Liberale, auf dem Prinzip der "Beachtung des Grundsatzes einer Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" beruhende Positionen werden im Stein gemeißelt. Damit werden der Wohlfahrtsstaat abgeschafft und die öffentlichen Dienstleistungen wieder in Frage gestellt. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik in enger Zusammenarbeit mit der NATO soll eingeleitet werden, was für die EU-Staaten eine Verstärkung des Militarismus bedeutet.

Wir treten auf gegen
– die "Festung Europa" im Sinne des Schengener Abkommens, die durch Sicherheitsmaßnahmen die Bewegungsfreiheit der Menschen verbietet und eine Politik führt, die Migranten und vor allem Migrantinnen stark benachteiligt, ausschließt, und in die Illegalität zwingt;
– ein liberales Europa, dessen Politik die Frauen immer mehr verarmen lässt, Ungleichheiten im Beruf und aufgezwungene Teilzeitarbeit verstärkt bzw. zu Entlassungen führt und in der Frauen über sehr niedrige - wenn überhaupt vorhandene - Pensionen und Renten verfügen;
– ein Europa, das Gewaltakte gegen Frauen, Vermarktung der Körper und moderne Versklavungsformen verschweigt;
– ein Europa, das weltweit Kriege führt oder fördert.

Wir Frauen erklären heute, den 12. November 2003, zur Eröffnung des ESF, dass ein anderes Europa möglich ist:
– ein friedfertiges, entmilitarisiertes Europa, das den Krieg als Lösung für internationale Konflikte ablehnt;
– ein Europa, in dem die Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Grundrechte gesichert sind;
– ein Europa, in dem alle öffentlichen Dienstleitungen gefördert werden, insbesondere im Bereich der Versorgung von Menschen - einer Aufgabe, die hauptsächlich von Frauen übernommen wird;
– ein Europa, in dem Frauen ihre Stimme erheben und über ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht verfügen;
– ein Europa, in dem sich Menschen frei bewegen dürfen und jeder Bewohnerin / jedem Bewohner volle Ausübung der Bürgerrechte zugesichert wird;
– ein Europa, in dem die Frauen über den eigenen Körper selbstbestimmen: Abtreibung und Empfängnisverhütung sollen frei und kostenlos sein;
– ein Europa, das ein selbstbestimmtes sexuelles Leben respektiert;
– ein säkularisiertes Europa, das gegen jeden religiösen Fundamentalismus ankämpft und die Grundrechte der Frauen sichert und ausbaut;
– ein Europa, in dem jedem Menschen ein Recht auf Arbeitsplatz und lebenswürdigen Lohn gesichert und die Politik zur Erzwingung der Teilzeitbeschäftigung eingestellt wird.

Um ein solches Europa durchzusetzen, schlagen wir vor, Kampagnen rund um die in den 6 Workshops definierten Themenachsen zu führen:
- Frauen und Kriege;
- Arbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Armut;
- Gewalt;
- Rechte im Bereich der Sexualität und Fortpflanzung;
- Migrantinnen: Akteurinnen für ein anderes Europa;
- Frauen und Macht: Was steht auf dem Spiel beim Kampf um ein anderes Europa?

Diese Kampagnen sind Bestandteil der in Europa geführten Kämpfe der Sozialen Bewegungen zur Durchsetzung der sozialen Rechte und der Gleichberechtigung.

Es gibt keine "spezifischen" Kämpfe und Forderungen der Frauen; ganz im Gegenteil stehen diese im Zentrum der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung: Sie betreffen alle Menschen, - ganz gleich, ob Mann oder Frau – denn sie stellen den Kern der patriarchalischen und kapitalistischen Weltordnung in Frage.

Ehrenamtliche Übersetzung:
Michèle Mialane - coorditrad@attac.org, sig-mdv

Erste Bilanz des Europäischen Sozialforums 2003 sowie Vorschläge zum dritten Sozialforum
vom Büro von Attac Frankreich

Auf der Grundlage einer ersten Bilanz des zweiten europäischen Sozialforums (ESF) soll der vorliegende Text einige Vorschläge zur Vorbereitung des dritten ESF zur Debatte stellen. Eine ganze Reihe von Fragen werden hier nicht direkt angesprochen, insbesondere in welchem Rhythmus das ESF im Hinblick auf das Weltsozialforum und anderer regionaler Foren, z.B. das Forum der Mittelmeerländer, stattfinden soll.

1. Eine ausgesprochen positive Bilanz

Mehrere Punkte lassen sich hervorheben:
- Eine hohe Teilnehmerzahl: über 51 000 zahlende Delegierte, darunter sehr viele Europäer;
- Es ist dem ESF besser gelungen, die europäischen Realitäten zu berücksichtigen und die Zukunft Europas zu einem wichtigen Thema zu machen;
- Eine Ausweitung der engagierten Bewegungen, sowohl vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt aus (auch wenn die politischen Probleme noch lange nicht gelöst sind) als auch seitens der Kräfte der sozialen und solidarischen Wirtschaft, der Bewegungen, die sich mit der Immigrationsproblematik befassen, und der Umweltorganisationen;
- Die Einrichtung eines Verfahrens zur Wiedergabe von Debatten (Seminare und Plenumdiskussionen), das es nun, nach der in Florenz verrichteten Arbeit, möglich macht, wirklich beim Aufbau einer ESF-Datenbank voranzukommen;
- Ein Vorbereitungsprozess, der trotz seiner Schwerfälligkeit und seines zeitraubenden, teuren und manchmal chaotischen Charakters die Existenz einer reellen europäischen Dynamik bestätigt hat; diese Dynamik hat sich insbesondere in einer verstärkten Zusammenarbeit in einer Reihe von Ländern gezeigt;
- Auf dem ESF konnten sich unterschiedliche und manchmal neue Kräfte im Rahmen ihrer eigenen Versammlungen der Dynamik der Sozialforen anschließen;
- Der Erfolg der Versammlung zum Thema Frauenrechte, die vor der offiziellen Eröffnung des Forums stattgefunden hat, zeigt, wie wichtig solche Initiativen sind;
- Eine “Versammlung der sozialen Bewegungen und Akteure", unter starker Teilnahme der Bewegungen auf europäischer Ebene. Im Gefolge des Forums konnten neue Mobilisierungstermine für die Bewegung der Globalisierungskritiker vorgeschlagen werden, gegen den Krieg, aber auch zum ersten Mal zum Thema Europa.

Global war also das ESF unbestreitbar ein politischer und medialer Erfolg. Die Vielfalt der Initiativen trug zu der massiven Teilnahme bei, da jeder hoffen durfte, auf seine Kosten zu kommen. Der politische Impakt des ESF zeigt, dass die globalisierungskritische Bewegung jetzt nachhaltig auf der politischen Szene Europas etabliert ist und dass ihre Themen nicht mehr übersehen werden können. Sowohl während des Vorbereitungsprozesses als auch während des eigentlichen Events hat das ESF die Realisierung einer Sozialbewegung auf europäischer Ebene befördert.

2. Die Probleme

Es lassen sich zumindest vier Probleme recht unterschiedlicher Natur feststellen:
- Die Zersplitterung auf vier verschiedene Orte (Saint Denis, Bobigny, Ivry und La Villette-Paris, Anm. SiG) aus organisatorischen Gründen hat zwar zur politischen Wahrnehmung des Forums in den Arbeitervororten beigetragen, dafür war es umständlicher und es fehlte der Gemeinschaftsgeist von Florenz;
- Die Zeit, die der Vorbereitung der Plenen gewidmet wurde - Diskussionen über die Themen und das Gleichgewicht zwischen den Vortragenden -, fehlte bei den Seminaren, die nicht wirklich vorbereitet waren.
- Die Debatte um das Programm führte zwar dazu, dass die Europa-Frage in den Vordergrund rückte, es konnten aber keine wirklichen gemeinsamen Diskussionsprioritäten herausgearbeitet werden.
- Die Alternativen, die in den Debatten herausgearbeitet wurden, erhielten wieder keine ausreichende politische Wahrnehmung.

Die folgenden Vorschläge sollen teilweise versuchen, eine Antwort auf diese Probleme zu finden. Sie sollen selbstverständlich zur Debatte gestellt werden.

3. Einige erste Vorschläge

3.1 Das Forum als Prozess verstehen

Das ESF ist in erster Linie ein politisches Event, wird aber erst dann seinen vollen Sinn erhalten, wenn wir in der Lage sind, zwischen zwei solchen Events eine Kontinuität sicherzustellen. Diese Kontinuität ergibt sich schon aus dem Prozess der Vorbereitung und den Mobilisierungskampagnen, ist aber sehr ungenügend. Um sie zu befördern, müssten wir das verstärken, was wir schon nach Florenz machen wollten, aber nur sehr stückweise umgesetzt haben: die Weiterführung der anlässlich der Seminare angefangenen Arbeit.

Unter diesem Aspekt sind Seminare nicht einfach nur Treffen zwischen mehreren Bewegungen zu diesem oder jenem Thema, sondern der Anfang einer gemeinsamen Arbeit, evtl. manifestiert in einer gemeinsamen Ausarbeitung und der Organisation von Mobilisierungs-kampagnen. In diesem Rahmen müsste also sichergestellt werden, dass die Arbeit der Seminare weitergeführt wird und ihre Themen auf die ESF-Liste gesetzt werden. Natürlich wäre eine solche

Weiterführung nicht obligatorisch und würde von den Organisatoren frei entschieden.

3.2 Den Aufbau des Forums überdenken

Die Seminare in den Mittelpunkt des Forums rücken
Das primäre Ziel der Sozialforen ist die Ausarbeitung von Alternativen zum Neoliberalismus und die Organisation von Aktionskampagnen. Dieses Ziel ist der primäre Daseinszweck der Seminare. Das setzt voraus, dass die Reihenfolge der Prioritäten bei der Organisation des Forums anders gesetzt und die Seminare in den Mittelpunkt des Vorbereitungsprozesses gestellt werden. Dann müsste auf der Grundlage der Vorschläge der verschiedenen Organisationen eine Arbeit geleistet werden, die gleich beim Start dieses Prozesses anfangen würde. Dann wäre die Zusammenarbeit mehrerer Seminare das Resultat einer echten politischen Debatte und würde eine gemeinsame Arbeit schon Monate vor Beginn des ESF erlauben. So wären die Seminare während des ESF auf der Grundlage dieser bereits geleisteten Arbeit produktiver und würden gleichzeitig eine reichere Debatte mit den Teilnehmern ermöglichen.

Die Plenen umgestalten
Die Plenen haben einen doppelten Nutzen: Sie sollen ein politisches Bild des ESF vermitteln und es ermöglichen, die - oft wenig bekannten - Standpunkte der jeweiligen Organisationen herauszustellen. Ersteres kann auch auf anderem Wege erreicht werden, insbesondere durch die Teilnahme an den Seminaren. Der zweite Punkt bleibt jedoch wichtig, unter der Voraussetzung, dass dafür gesorgt wird, dass es zwischen den Teilnehmenden zu einer wirklichen Auseinandersetzung kommt. Die Plenen dürfen also zukünftig nicht mehr wie heute aus einer Reihe von Beiträgen bestehen, die vorher nicht koordiniert wurden, und anschließender, meist enttäuschender Debatte mit dem Saal. Wir müssen die Debatte und die Konfrontation zwischen Organisationen, die eine gemeinsame Arbeit manchmal nicht gewohnt sind und auch nicht wünschen, fördern. Voraussetzung dafür ist, dass die Plenen in “Runde Tische" umgewandelt und effektiv moderiert werden, um deutlich zu machen, worum es geht, und festzulegen welche Debatten wir wollen, und so die Inflation der Zahl der Plenen zu stoppen.

4. Debatte politischer Prioritäten für das Forum

Das ESF muss zugleich Raum für Debatten und Konfrontation sein, ein Ort für die Ausarbeitung von Alternativen und ein Orientierungspunkt für den Aufbau einer europaweiten Sozialbewegung. Voraussetzung für die Erfüllung dieser drei Aufgaben ist, dass sämtliche Organisationen, die an Seminaren bzw. Workshops teilnehmen wollen, kollektiv über die politischen Prioritäten debattieren, die ins Programm des Forums aufgenommen werden sollen. Übrigens haben wir dieses Jahr bei der Europa-Frage damit bereits angefangen.
Diese Form der Diskussion ermöglicht außerdem einen Austausch zwischen den organisatorischen Kräften des ESF und das Erkennen gemeinsamer und unterschiedlicher Punkte, was für die Weiterentwicklung der Bewegung förderlich sein dürfte. Die Festlegung der Prioritäten muss nichtsdestotrotz genügend Platz lassen für solche Seminare und Workshops, die sich nicht in diesem Rahmen situieren.

5. Die Qualität des Vorbereitungsprozesses verbessern

Wir müssen kollektiv über umzusetzende Lösungen nachdenken, damit sämtliche betroffenen Bewegungen auf nationaler und europäischer Ebene effektiv an dem Vorbereitungsprozess (der Plenen und der Seminare) teilnehmen. Diese Teilnahme ist umso wichtiger, als gerade im Laufe des Vorbereitungsprozesses die Verbindungen zwischen den verschiedenen, am Forum beteiligten Kräften geknüpft werden und die Abläufe gemeinsamer Arbeit sich einspielen. Die Verbesserung des Vorbereitungsablaufs ist also von höchster politischer Bedeutung.

3. Dezember 2003

Ehrenamtliche Übersetzung:
Karin Ayche – coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

Die Rolle der Sozialforen
Von A. Vera-Zavala

In seinem Buch "Volljährig" ("Age of consent") plädiert George Monbiat für eine Weltregierung und betrachtet das Weltsozialforum (WSF/FSM) als ersten Schritt in diese Richtung.

Im Anschluß an das diesjährige Europäische Sozialforum (ESF/FSE) traf sich die Versammlung der Sozialen Bewegungen zum zweiten Mal. Dieses Jahr geht es um mehr als nur den Prozess des Forums mit vorbereitenden Referaten und die Mobilisierungskampagne für 2004. In der Vorbereitung für das Europäische Sozialforum ist es wichtig die Frage zu stellen, ob es schon wieder ‚OUT' ist, für die eigentliche Charta der Grundsätze des Sozialforums zu sein, und ‚IN', die Richtung für den gesamten Prozess der Sozialforen aufzuzeigen.

Was ist eigentlich das Sozialforum? Für mich ist es etwas ganz besonderes. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften und politische Parteien ergreifen Teile eines Raumes, einer Arena. **Es ist unsere Arena**, dies ist eine offensichtliche Tatsache, aber man kann sie nicht oft genug wiederholen, denn in dieser Arena gibt es keine Feinde. **Der einzige Feind ist Dogmatismus und keine Bewegungen ist total frei davon**.

Es gibt notwendige Bestandteile, die in dieser Arena vorhanden sein sollten, und andere, deren Anwesenheit nicht erwünscht sind. Sachfragen, Koordinierungen und Aktionen,

Sofort-Lösungen und natürlich Visionen, sollten Bestandteile der Arena sein.
Allgemeine politische Programme, allgemeine Zielvorstellungen, langfristige Lösungen und eine verallgemeinernde Terminologie sollten nicht verwendet werden, weil das die Gefahr in sich trägt, bestimmte Gruppen auszuschliessen.

Wir alle verstehen unter den Ausdrücken Revolution, Konsens, Kommunismus und dezentralen Netzwerken soviel Unterschiedliches, dass wir den Gebrauch dieser Ausdrücke auf das Minimum beschränken sollten. Ich setze mich hier nicht dafür ein, den Gebrauch solcher Ausdrücke ganz und gar zu verbieten, sondern man sollte eher beschreiben, was wir damit meinen, anstatt die Wörter zu benutzen, die oft vorgegebene Denkmuster auslösen und somit sofort wieder bestimmte "Schubladen bedienen".
Der eher ermüdende Slogan "One Solution, Revolution" ("Die einzige Lösung ist die Revolution") hat nicht nur während des 1 ESF irritiert, weil deren marktschreierische Verkünder (SWP Socialist Workers Party, Linksruck) immer irgendwie im Weg zu stehen schienen und nie aufhörten, den Slogan zu skandieren, sondern hauptsächlich deshalb, weil nichts von dem reflektiert wurde, was die meisten Menschen dazu motivierte zum ESF zu kommen: Die überwiegende Mehrheit glaubt eben nicht, dass es nur einen Weg und nur eine Lösung gibt.

Die **Rolle des Sozialforums** sollte es sein, die Wahlmöglichkeiten der Menschen und unser Recht auf Demokratie zu verteidigen, und dafür zu kämpfen, das politische Spektrum zu erweitern und Bewegungsraum zu erhalten. Das Sozialforum schafft neue Erkenntnisse, neue Allianzen und politischen Bewegungsraum. Die Rolle des Sozialforums ist es, diese Arena zu erweitern.

Wir sollten uns über die Tatsache freuen, dass der Kalte Krieg beendet ist, der uns zwang zwischen zwei Seiten, welche sich die Welt aufteilten, zu wählen. Als Soziale Bewegungen ist es nicht unsere Rolle für oder gegen Parteien oder deren Führer zu sein. Wir können für oder gegen Ideen, bestimmte Streitfragen und Aktionen sein.

Die Partido dos Trabalhadores (PT, brasilianische ArbeiterInnen-Partei) zu verteidigen, gegen die 'Blockade' Kubas und gegen die US-Interventionen in Venezuela oder Kolumbien zu sein, bedeutet nicht, dass ich unkritisch alles verteidige, was Castro, Lula, Hugo Chavez oder die FARC-Guerillas machen. Es bedeutet überhaupt nicht, dass wir generell gegen alle politischen Parteien sein sollten. Wir sollten garantieren, dass VertreterInnen aller Parteien, die wir für vertrauenswürdig erachten, an allen interessanten Seminaren teilnehmen können und wir von ihnen lernen.

Politische Parteien sind nicht als Organisationen oder Organisatoren zum Sozialforum eingeladen. Ich denke, das ist korrekt so. Sie haben ihren Platz in Parlamenten, Netzwerken, Wahlkampagnen und durch Zugang zu den Medien, auf andere Weise als die Sozialen Bewegungen. Unsere Haltung politischen Parteien gegenüber sollte offen und freizügig sein. Wir sollten nicht so tun, als würden wir nicht bemerken, dass sie überall anwesend sind, solange sie nicht die Regeln des Forums verletzen.

Das Sozialforum könnte eine Arena zur Verbesserung des Verständnisses sein und eine Art von Arbeitsteilung zwischen politischen Sozialen Bewegungen und politischen Parteien hervorbringen. Zumindest kann ich von meinem Beispiel aus Schweden sagen, dass die progressiven politischen Parteien so bemüht sind zu zeigen, dass sie "auf den Straßen sind" und dadurch oft ihre Arbeit im Parlament vernachlässigen. Dort sollten sie unser Echo sein, der Inhalte dessen, was auf der Straße artikuliert wird. Sie sollten das Parlament nutzen, um GATS zu verhindern, Geheimdokumente zu veröffentlichen und den Krieg zu hinterfragen. Politiker sind nicht unser Gegner - die Politik ist ein Werkzeug, die Gesellschaft zu verändern. So sind nicht alle politischen Parteien Feinde, manchen könnten potenzielle Partner sein.

Da die Arena des Sozialforums unsere ist, können wir uns Experimente leisten. **Nach meinem Dafürhalten hat das Sozialforum zwei Standbeine**: das eine ist zu gemeinschaftlichen Entscheidungen und Koordinierung zu gelangen und das andere ist das Hinterfragen des Status Quo und das Beschreiten neuer Wege.

Die Struktur der Foren sollte auch hinterfragt werden. Wir sollten die dogmatischsten Trotzkisten, Anarchisten, Aktivisten und Kommunisten auf die Podien stellen und sie herausfordern, sich mit den Inhalten der "Anderen" auseinanderzusetzen.
Jeder Redner, der im Vorjahr gesprochen hat, sollte im folgenden Jahr nur als Zuhörer teilnehmen. Die intellektuellen Stars sollten auf Podien stehen und hören, was die Zuhörer zu sagen haben. Wir sollten uns mit dem Unvorhersagbaren beschäftigen, anstatt das Althergebrachte zu tun.
Die Generalversammlung der Sozialen Bewegungen in Florenz war hoffnungslos althergebracht, mit all den aufdringlich lauten Reden, Applaus und Parteifahnen.

Was befürchte ich, wenn bei Prozessen wie dem Netzwerk der Sozialen Bewegungen oder bei Versammlungen der Sozialen Bewegungen, harmlose Vorschläge wie Monbiot's hinsichtlich eines Weltparlaments viel Beistand seitens der Anwesenden bekommen - oder als Chavez beim letzten Weltsozialforum vorschlug, das WSF solle eine Entscheidung über die Unterstützung Venezuela's treffen?

Meine Befürchtung ist, dass eines Tages der Chef des IWF (Internationalen Währungsfonds) die "Soziale Bewegung" anrufen wird und jemand den Hörer abhebt. Dass wir versuchen, etwas zu repräsentieren, was nicht zu repräsentieren ist. Meine Befürchtung ist, dass wir beginnen werden Delegierte für die Versammlung vorzuschlagen. Der Prozess gewinnt dadurch eine gewisse Verbindlichkeit, und plötzlich haben wir eine Versammlung, zu der Delegierte entsandt werden, nur um Unterstützung für einen Vorschlag zu erringen.

Eine Versammlung zu kreieren, könnte dazu führen, dass wir versuchen zu entscheiden was wichtig ist, anstatt auf die Wichtigkeit der Geschehnisse zu reagieren.

Unsere Stärke liegt in der Vielfalt, dies sage ich nicht nur weil es in Zeiten der Globalisierung "in" ist, sondern weil es die Realität ist. Es ist unsere Stärke, uns mit vielen Angelegenheiten zu befassen und uns wenn notwendig zusammenzuschliessen. Jedenfalls ist es dieser Vielfalt und Verschiedenheit zu verdanken, dass wir den unterschiedlichen Themen mit soviel Fachwissen und Perspektiven begegnen können. Bedenkt nur die Sache mit MAI, FTAA und der Anti-Kriegsbewegung im Frühjahr 2003.

Die Trennlinie zwischen „Koordinierung“ und „eine Avantgarde sein“ ist hauchdünn. Wir brauchen Koordinierung und darin gute Köpfe. Manchmal müssen wir auch schnell zu einer Entscheidung kommen. Dogmatiker, die fanatisch am Prozess kleben, alles ablehnen, was nicht im Konsens beschlossen wurde und jede Veranstaltung kritisieren, die nicht nachhaltig ist, können dem Sozialforums-Prozess auch sehr hinderlich sein. Ich bin davon überzeugt, dass das IMC (Unabhängiges Medienzentrum) schon so eine Art alternatives CNN hätte sein können, wenn diese Arena weniger von dem beschriebenen Dogmatismus kontrolliert worden wäre.

Es geschehen Dinge während des Sozialforums, die einfach mehr Aufmerksamkeit brauchen: Netzwerke, die koordinieren; verschiedene Gruppen, die am selben Thema arbeiten, sollten zusammenkommen und voneinander lernen. **Wir sollten gefällte Entschlüsse und Vorschläge vorantreiben.** Das **Schulden-Tribunal,** das am zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre beschlossen wurde, ist ein sehr gutes Beispiel. Die daraus resultierenden Schlußfolgerungen sollten sehr viel **mehr Anwendung** finden.

Es gibt das S2B (Seattle to Brussels)-Netzwerk, das sich permanent zu Handelsangelegenheiten koordiniert. Es ist Teil der Sozialforums-Arena und könnte von uns, die wir nicht alle immer in allen Details so up-to-date sind, stärker genutzt werden. Große Netzwerke wie beispielsweise das Anti-Kriegs-Netzwerk und kleinere AktivistInnen-Gruppen, die das gleiche Thema haben, sollten auch den gleichen Platz im Sozialforum haben. Das heißt natürlich nicht, dass sie unbedingt voneinander lernen werden, aber dass sie zumindest die Möglichkeit dazu haben.

Am Ende des Tages sollten wir uns die Zeit nehmen, unsere eigene Arena zu entdecken. Es ist groß genug für viele mehr. Viele mehr von uns können darin Platz finden.
Anstatt zu versuchen, den Prozess des Forums dahingehend zu formen, die Notwendigkeit eines weiteren Schrittes zu befürworten oder als reformistisch und nicht wert abzulehnen, sollten wir mehr dafür Sorge tragen, Prozesse innerhalb des Forums zu kreieren.
Das Phänomen der Sozialforen ist bis jetzt eine Erfolgsstory. Jeder Konzern würde sich die Finger nach solchen Zuwachsraten lecken. **Wir müssen weiter wachsen, mit Demokratie als unserer unverrückbaren Basis weiterhin Erfolg haben. Wir müssen den Raum offen halten**.

America Vera-Zavala ist Mitglied von attac Schweden.

Quelle: Originaltext dieses Artikels "An Extraordinary Coup at the WSF, Part II (11.11.2003),
www.zmag.org/sustainers/content/2003-11/11vera-zavala_.cfm
siehe auch "An Extrordinary Coup At The WSF, Part I (09.02.2003),
www.zmag.org/content/Activism/zavala_wsfpt1.cfm

Ehrenamtliche Übersetzung:
Jutta Ried - coorditrad@attac.org

Das ESF - Ideen für die linke Bewegung
von Patrick Piro

Auszüge aus einem Politis-Artikel, 20.11.2003 - www.politis.fr

“Unsere Vorstellungen sind in der öffentlichen Meinung mehrheitsfähig geworden, und selbst von unseren politischen Gegnern anerkannt" freut sich Bernard Cassen, Ehrenvorsitzender von Attac Frankreich.

“Wir haben gelernt, auf globaler Ebene zu denken und unsere lokalen Aktionen in einen globalen Zusammenhang zu integrieren, Kämpfe und Widerstände mit der Schaffung von einer Solidarwirtschaft zusammenzufügen", erklärt Gus Massiah, Vorsitzender con CRID *“Kurz, eine andere Denkweise über die Welt wird entwickelt."*

Im semantischen Bereich wurde der Übergang vor knapp einem Jahr von Gegner der Globalisierung (antimondialisation) zu Befürworter einer anderen Globalisierung (altermondialisation) vollzogen. Und die Bewegung wurde immer breiter:
“Das ESF hat die Kultur als wichtiger Bestandteil unserer Überlegungen eingeführt", analysiert Bernard Pinaud, vom Leitungsgremium des CRID. *“ Die Bewegungen der Sans Papiers, der Obdachlosen, der Arbeitslosen haben sich eingebracht, die Umweltorganisationen und diejenigen, die sich für eine Solidarwirtschaft engagieren, haben sich stark daran beteiligt, usw."*

“Jedoch sind die politischen Ergebnisse sehr mager", meint Bernard Cassen. *"Die alten Ideen herrschen immer noch."*

Walden Bello merkt jedoch an, dass die aktuelle Legitimitätskrise der Weltordnung seit Mitte der 90er Jahre interessante Perspektiven eröffnet: *“Das Scheitern der WTO*

in Cancún ist zum Teil das Ergebnis einer Lobbypolitik, die die weltweite Zivilgesellschaft betrieben hat."

Die strategischen Debatten drehen sich immer mehr um die Frage der Bündnisse. Jeder unterstreicht die Bedeutung der Förderung der Vielfalt in der weltweiten Bewegung für eine andere Globalisierung, und keine Strömung ist in der Lage, die Führung zu übernehmen oder andere auszuschließen.
"Man muss die Beziehungen zwischen der Bewegung für eine andere Globalisierung, der Antikriegsbewegung und der antikapitalistischen Jugend stärken" betont Chris Nineham der britischen Bewegung Globalize Resistance.

Seit Anfang an hat man die politischen Parteien von den Sozialforen fern gehalten. Bei den wenigen Interventionen, die den politischen Parteien während thematischer runder Tische erlaubt wurden, haben die LCR (Ligue communiste revolutionnaire), die Grünen, die PC (Französische Kommunistische Partei) und die PS (Sozialistische Partei) ihre Hände zu der Bewegung für eine andere Globalisierung gereicht.
"Unsere Vorschläge sind bekannt, die Parteien können sie aufgreifen" kontert Bernard Cassen. *"Wenn sie zu lange dafür brauchen, wird sicher eines Tages die Bewegung für eine andere Globalisierung sich selber politische Vertretungsstrukturen schaffen".*
"Aber die Bewegung braucht nicht unbedingt die Parteien, um zu verhandeln", meint Gus Massiah. *"Sie strebt auch danach, die Ausübung der Politik anders zu gestalten. Die Welt werden wir nicht mit den aktuellen politischen Parteien neu aufbauen können!"*

"Wir sollten uns davor hüten, eine Grundsatzdebatte über die Machtfrage zu führen" mäßigt Pierre Khalfa, Verantwortlicher der "Groupe des 10-Solidaires", *"die Gefahr der Spaltung wäre groß, wie damals bei der Arbeiterbewegung. Wir sollten uns lieber über Agenda für gemeinsame Aktionen und über große Themen wie GmO, Gesundheit usw. verständigen."*

Rückblick auf eine medienpolitische Anti-ESF-Kampagne
Die ‚Ramadan-Affäre' - ein Musterfall
Kommuniqué von ‚Attac-Frankreich', 22. November 2003
(Auszüge, Original unter www.france.attac.org/a2234)

Die Beratungen des ESF beginnen am 12.11.03.
Um welche Themenschwerpunkte geht es in der Tagesordnung? In welchem Kontext findet das Forum statt? Seit drei Wochen sieht sich der Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer mit einer einzigen Frage konfrontiert: Darf Tariq Ramadan auf dem Forum sprechen?
Was zunächst als Medienkampagne begann und dann die Form einer fadenscheinigen Manipulation annahm, um die Aufmerksamkeit von einer unbequemen Veranstaltung abzulenken, ist selten so schamlos geführt worden wie in diesem Fall. Der Vorgang wird als besonderes Musterbeispiel in die lange Geschichte der Desinformation eingehen.

Phase 1: Ein Artikel dient als Vorwand

Ohne Genehmigung veröffentlicht Tariq Ramadan auf der Mailing List der am Initiativkomitee des Europäischen Sozialforums (ESF) beteiligten Organisationen einen Artikel, den Libération und Le Monde nicht publizieren wollten. Diesen Betrug, den mehrere Verantwortliche von Attac sofort verurteilen, ist Aufhänger und Vorwand für die folgenden Schritte. Allen Beteiligten ist völlig klar, dass der vorliegende Text, der sich mit der Haltung jüdischer Intellektueller – oder die für solche gehalten werden – gegenüber Israel auseinander setzt, überhaupt gar nichts mit dem ESF-Programm zu tun hat. Die Tatsache, dass Tariq Ramadan ohne Genehmigung sich der o.g. Mailing List bedient hat, ändert daran nicht das Geringste.

Phase 2: Le Nouvel Observateur und Bernard-Henry Lévy (BHL) treten auf den Plan

(…). Ihr Vorwurf: Attac teilt den von Ramadan vertretenen Antisemitismus. Eine ähnlich fadenscheinige Kampagne richtete sich bereits gegen den Journalisten Daniel Mermet und gegen José Bové. Das ist der Grund dafür, dass die Globalisierungskritiker im Allgemeinen und die Verantwortlichen von Attac im ganz Besonderen dazu aufgefordert wurden, sich von Ramadan zu distanzieren – keine andere am ESF beteiligte Vereinigung oder Gewerkschaft wurde dazu aufgefordert – und für sein Redeverbot vor dem ESF zu sorgen. Ganz abgesehen davon, dass der Vorwurf mit dem Selbstverständnis des ESF unvereinbar ist - demzufolge keine Organisation, die den Appell zum ESF 2003 unterzeichnet hat, weder andere vom ESF ausschließen noch bestimmte Personen auf die Rednerliste setzen kann - wird der Vorwurf mit dem angeblich antisemitischen Charakter des Artikels von Ramadan begründet.
Die Stellungnahme von Attac ist im Kommuniqué ‚Unser Verhältnis zu Tariq Ramadan' nachzulesen (…). Was nun den Artikel angeht, der dem Skandal zugrunde liegt, so ist de Position von Attac vollkommen klar: der Beitrag von T.R. strotzt vor Fehleinschätzungen und folgt dem gleichen Muster religiösen Communitarismus, das der Autor den Intellektuellen vorwirft. Handelt es sich deshalb schon um einen antisemitischen Artikel? Attac ist nicht dieser Auffassung, wenngleich der Beitrag dieser Charakterisierung ziemlich nah kommt.

Wenn gewisse Kreise dieser Auffassung sind, haben sie immer noch die Möglichkeit, gegen den Autor gerichtlich vorzugehen, denn ein so schwerwiegender Vorwurf wie der des Antisemitismus darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Phase 3: Der lukrative Einsatz der Medien

Und jetzt geht erst recht die Post ab! Die Medien überschlagen sich: Die ‚Affäre Ramadan' wird der Aufhänger für die Berichterstattung über das ESF. Jetzt interessiert überhaupt nicht mehr, dass T.Ramadan. nur einer von etwa 1.500 Rednern ist, die im Plenum, Seminaren und Workshops des ESF das Wort ergreifen. Für sie ist es unerheblich, dass einer der thematischen Schwerpunkte des Forums ***‚Gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung, für die Gleichberechtigung, Dialog der Kulturen, für ein gegenüber Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern aufnahmebereites Europa'*** lautet. (…)

Phase 3a: Die Themenschwerpunkte des ESF werden ausgeblendet

(…). Ein sensibles Thema – der Antisemitismus – wird instrumentalisiert, um Inhalt und Tragweite einer bedeutenden Veranstaltung wie das ESF einfach auszublenden. Dabei geht es nämlich um die unbequeme Frage nach dem Neoliberalismus und das genau in dem Augenblick, in dem die Regierungskonferenz den Neoliberalismus in der künftigen europäischen Verfassung verankern will.

Die wachsende Arbeitslosigkeit, die Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung in Frankreich und Europa, die ultra-orthodoxe und rückschrittliche Währungspolitik der EZB, die Diktatur des Wettbewerbs, die Privatisierungen, der programmierte Abbau öffentlicher Einrichtungen, die Steuergeschenke an privilegierte Gesellschaftsschichten, die Beschneidung von Rechten, die Machtansprüche, die die USA über die NATO an Europa stellen etc. sind nur einige der Themen, die im Rahmen des ESF behandelt und für die politische Alternativen aufgezeigt werden. Aber die Sendezeit und den Platz, den die Medien der ‚Affäre Ramadan' widmen, erlauben im besten Fall, die eigentlichen Themen von Attac gerade mal zu streifen. Den Verfechtern des Neoliberalismus kann das nur recht sein.

Phase 3b: Die politische Kampagne gegen Globalisierungskritiker und gegen Attac ist nun in vollem Gange

Die Ausblendung der Themenschwerpunkte von Attac ist geschafft und wird von Angriffen auf die globalisierungs-kritische Bewegung und besonders auf Attac begleitet. Diese Offensive nimmt verschiedene Formen an und geht nun sogar über den ‚Fall Ramadan' hinaus: Jetzt wird versucht, Antisemitismus und Globalisierungskritik in Verbindung zu bringen; die guten Globalisierungskritiker gegen die schlechten auszuspielen und zwischen verantwortlichen und populistischen Globalisierungskritikern zu unterscheiden, sowie die politischen Parteien auf die globalisierungskritische Bühne zu hieven, obgleich diese mit der Durchführung des ESF überhaupt nichts zu tun haben.(…).

Auch als Hauptzielscheibe derartiger Angriffe wird Attac in völliger Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und Staatsorganen weiterhin gegen die verheerenden Auswüchse des Neoliberalismus kämpfen und mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften die Wege zu einer anderen Welt und einem anderen Europa aufzeigen und auf Kampagnen reagieren, die gegen Attac aus dem Hinterhalt oder offen geführt werden.

Unser Verhältnis zu Tariq Ramadan

Konfrontation hat nichts mit Wohlgefälligkeit noch mit Annäherung der Standpunkte zu tun.

Kommuniqué von Attac Frankreich, 10.November 2003

In der durch die medienpolitische Kampagne ausgelöste allgemeine Verwirrung, die darauf abzielte, den inhaltlichen Schwerpunkt des ESF in den Hintergrund zu drängen, um sich ganz auf die ‚Affäre Ramadan' zu konzentrieren, legt Attac Wert darauf, ihr Verhältnis zum muslimischen Theologen und der Meinungsströmung, für die er spricht, klar zu stellen.

Es gab bilaterale Kontakte, bei denen sich eine Abordnung des Vorstandes von Attac im letzten Frühjahr T. Ramadan sowie mehrere Mitglieder, von anderen Vereinigungen, die ihn unterstützen, getroffen haben. Eine Abordnung des Attac-Ausschusses ‚Gender und Globalisierung' hat sich ebenfalls mit ihm unterhalten. Der Meinungsaustausch war ‚offen' – um ihn diplomatisch zu umschreiben. Er bot den Mitgliedern von Attac Gelegenheit, die Laizität und die Gleichheit von Mann und Frau als unumstößliche Prinzipien zu bekräftigen. Für mehrere Diskussionsteilnehmer bot sich darüber hinaus die Gelegenheit, sich ernsthaft über die Art und die Tragweite des Engagements von T. Ramadan und seiner Freunde als Muslime (und nicht als einfache Staatsbürger) in der globalisierungskritischen Diskussion ein paar Fragen zu stellen.

Attac hat ihren Gesprächspartnern dabei mitgeteilt, dass deren konkrete Teilnahme am Kampf gegen die neoliberale Politik und für emanzipatorische Alternativen (inklusive der Kampf für die Frauenemanzipation) das Hauptkriterium für eventuelle gemeinsame Aktionen sein wird.

Im Juni wurde Bernard Cassen, Ehrenpräsident von Attac, zu einem Vorbereitungstreffen für das ESF in La Plaine-St.Denis eingeladen, an dem ebenfalls T.R. teilnahm Vor einem zahlreichen Publikum, das sich im wesentlichen aus jugendlichen Nachkommen von Immigranten (darunter viele Mädchen mit Kopftuch) zusammensetzte, prangerte B.C. die abgedroschenen Schuldzuweisungen bestimmter Redner und Organisationen im Zusammenhang mit dem französischen Kolonialreich an. Dabei stellte er fest, dass er hier als Staatsbürger ‚in Augenhöhe' zu anderen Staatsbürgern spreche

und erinnerte an die Position von Attac in Sachen Laizität und Gleichheit zwischen Mann und Frau. Schließlich wandte er sich entschieden gegen die überzogene und folglich kontraproduktive koloniale Terminologie, der sich bestimmte Redner bedienten, um die Situation in den französischen Vorstädten zu beschreiben.

Am 10. Juli 2003 reagiert Bernard Cassen auf einen Kommentar von Tariq Ramadan in Politis, in dem dieser die Globalisierungskritiker bzgl. ihres demokratischen Defizits und mangelnder Offenheit anklagt. In seinem Artikel, der ebenfalls in Politis erscheint, nimmt er die Scheinargumentation des Theologen auseinander, bestreitet sein Alleinvertretungsanspruch der französischen Vorstädte und erinnert daran, dass die globalisierungskritische Bewegung nicht auf ihn gewartet hat, um sich gegenüber anderen Kulturen zu öffnen.

Einige Wochen später veröffentlicht Politis einen Kommentar von Pierre Khalfa, Mitglied des Vorstands von Attac. Im Gegensatz zu den Behauptungen von T. Ramadan, der die Arroganz derjenigen anprangert, die sich anmaßen, allgemeingültige Werte zu proklamieren, merkt Khalfa in seinem Kommentar an, dass islamische Organisationen sehr wohl Teil der globalisierungskritischen Bewegung sein können, dies jedoch nichts an der Tatsache ändert, dass die globalisierungskritische Bewegung universelle Werte vertritt.

Am 24.10.2003 hat Geneviève Azam, ehemalige Präsidentin von Attac-Toulouse und Mitglied des Wissenschaftsrates von Attac, auf Einladung von Attac-Rhône mit T.Ramadan an einer Diskussionsveranstaltung über die Nord-Süd-Beziehungen teilgenommen. In ihrem Redebeitrag hat sie besonders hervorgehoben, dass die Nord-Süd-Beziehungen eben nicht in das Schema ‚der Westen und der Rest der Welt' gezwängt werden können. Trotzdem ist unbestritten, dass der Westen im Namen eines abstrakten Universalismus den Kolonialismus hervorgebracht hat. Die Entwicklung neuer Alternativen setzt jedoch die Überwindung dieses dualen Schemas von Kolonialmächten auf der einen Seite und Kolonisierten auf der anderen, voraus. Was den Neoliberalismus angeht, so ist auch er eine Form der Verwestlichung der Welt. Mit anderen Worten: der Kern des Westens befindet sich nicht nur in den westlichen Ländern.

Dies sind die einzigen öffentlichen Gelegenheiten, bei denen Attac sowie bestimmte ihrer Repräsentanten in einem direkten Dialog bzw. Konfrontation mit T. Ramadan standen. Dabei wurde auch nicht die geringste Konzession gegenüber dem Communitarismus gemacht. Im Gegenteil: Bei jeder Gelegenheit wurde mit Nachdruck an die republikanischen Grundprinzipien erinnert.

In multilateraler Hinsicht ist Attac eine von ca. 250 Organisationen des französischen Initiativkomitees, in dem die Unterzeichner des Appells zum ESF 2003 vertreten sind. Dazu gehören u.a. auch ‚Présence musulmane' (T. Ramadan ist einer der Gründerväter dieser Organisation) sowie das ‚Muslimische Kollektiv Frankreich'. Attac unterhält mit diesen beiden Organisationen die gleichen Beziehungen wie mit allen anderen, die an der Durchführung des Forums beteiligt waren. Keine einzige von ihnen hat das Recht, über die Aktivitäten bzw. die ESF-Rednerliste der anderen Organisationen mit zu bestimmen. Für die gemeinsame Arbeit im Rahmen des ESF gilt die Regel, dass alle Unterzeichner sich an den Geist und den Inhalt des Appells halten. Das war übrigens auch immer der Fall.

In der Flut der Artikel und Kommentare, die der widerrechtlichen Veröffentlichung des Beitrags von T. Ramadan (den Le Monde und Libération abgelehnt hatten) auf der Mailing List der Unterzeichner des ESF 2003 folgten, gab es einen gemeinsamen Punkt: die unmissverständliche Aufforderung an Attac und ausschließlich an Attac, zu ihren Beziehungen mit dem Theologen T. Ramadan Stellung zu nehmen. Andere, sehr bedeutende und in der ESF-Vorbereitung sehr aktive Organisationen wurden dazu nicht aufgefordert.

Was dann folgte, war eine hinterhältige Kampagne, deren Hauptaussage lautete: Die globalisierungskritische Bewegung und ganz besonders Attac begegnen dem Antisemitismus wohlgefällig.

Tatsache dagegen ist: Die Charta des WSF, die auch für das ESF gilt, lässt nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen, dass sich die Foren jeder Form von Rassismus und Antisemitismus entschieden widersetzen, weil es sich dabei eben nicht um irgendeine Meinungsäußerung, sondern um ein gesetzwidriges Vergehen handelt. Eine derartige, wenige Tage vor dem ESF lancierte Kampagne kann nur das Ziel haben, das Forum zu destabilisieren. In einer Zeit, in der die Ideen der Globalisierungskritiker in der öffentlichen Meinung immer größeren Anklang finden, versuchen gewisse Kreise, die nicht fähig sind, ihnen überzeugende Argumente entgegen zu halten, ihnen jede moralische Legitimität abzusprechen.

Die Interessen, die dahinter stehen, werden mit viel zu großem Eifer betrieben, als dass man sie ehrlich nennen könnte. Die Zielsetzung, die dahinter steht, ist, die Vereinigung Attac und besonders ihren Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die von ihr entwickelten Alternativen in Frankreich und Europa zu schwächen. Das ist ein vergebliches Unterfangen: seit dem Sommer übersteigt die Flut neuer Anhänger von Attac die Entwicklung der letzten Jahre und auch die Anzahl der Beitragszahler dürfte 2003 über der des Vorjahres liegen.

Die Erweiterung ihrer gesellschaftlichen Basis durch die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten hat für Attac Priorität. Sie sollte auch Priorität für alle anderen Organisationen angesichts der tiefen Krise der politischen Parteien sein, für die der 21. April 2002 (die Front National überflügelt die PS) symptomatisch war. In dieser Hinsicht will Attac den Dialog mit all denjenigen aufnehmen, die sich die gleichen Sorgen machen und deren gesammelte Erfahrungen allen von Nutzen sein können. Damit verbunden sind auch die Diskussionen mit den muslimischen Organisationen, ohne dass sie deshalb irgendeine Exklusivität genießen. Was auch immer geschehen mag, Attac wird ihren Grundsätzen treu bleiben und jeder Form von Communitarismus eine Absage erteilen. Das gilt für ‚Présence musulmane' ebenso wie für jede andere Konfessionsgemeinschaft.

Ehrenamtliche Übersetzung: Thomas Garcon, Hartmut Brühl, Yan-Christoph Pelz – coorditrad@attac.org, sig-mdv

Agenda der Sozialen Bewegungen
im Anschluss an das 2. Europäische Sozialforum, November 2003 - Paris

Wir dokumentieren die Vielfalt der Versammlungen während des ESF. Alle Themen der 20-seitigen Agenda sind hier aufgelistet, ebenfalls die Kontaktadressen, web-Seiten sowie die meisten Vereinbarungen.
Einen großen Dank an die ÜbersetzerInnen von coorditrad@attac.org, die schnell "zwischen den Jahren" mehrere Texte der Agenda übersetzt haben! Diese veröffentlichen wir im Anschluss an die Übersicht.

I. Für ein Europa, in dem grundlegende Rechte anerkannt werden

Recht auf Wohnen

Am 27.11.2003 stattgefunden: hat ein Forum für das Recht auf Wohnen www.habitants.org
Kontakt: cesare.ottolini@libero.it

Die "Sans-Papiers"

31. Januar 2004 Europäischer Aktiontag für die Legalisierung der Sans-Papiers (Menschen ohne Papiere) und für die Schließung der Abschiebezentren

Organisierung eines ESF-Themenschwerpunktes Immigration und Sans-Papiers - Kontakt: tavolo_migranti@libero.it
Link-Empfehlungen der SiG-Redaktion:
http://sanspapier.eu.ouvaton.org/,
www.gisti.org/dossiers/sans-papiers/,
www.sans-papiers.ch, www.sans-papiers-basel.ch/,
www.asyl-in-not.at, www.oefag.at, www.gleicherechte.at

Unterschriftensammlung: Für eine UnionsbürgerInnenschaft aller in der Union ansässigen Personen, www.fidh-ae.org

Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverträge

"Die Arbeitslosen und die Menschen mit prekären Arbeitsverträgen werden an der Mobilisierung gegen den Krieg am **20. März** teilnehmen. Am **19. März** werden sie in Brüssel eine Konferenz über die sozialen Rechte in dem erweiterten Europa durchführen. ... Sie werden schließlich ihren Wanderstock am **1. Mai** nehmen und nach Rom zum **9. Mai** marschieren, um an den Aktionen anlässlich der Proklamation der europäischen Verfassung teilzunehmen."
Kontakt: rousseau@ras.eu.org

30. Oktober 2004 Aktionstag in allen europäischen Ländern "Für alle ein gesichertes Einkommen"
www.euromarches.org

Für die Rechte der Frauen

8. März 2004: Europäischer Tag für die Rechte der Frauen
22-23. Mai 2004: Forum und Kundgebung in Galicien für die Entwicklung einer feministischen Plattform vor den Europa-Wahlen
25. November 2004: Internationaler Aktionstag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.
Kontakt: leclercan@wanadoo.fr

Roma (siehe Punkt 3)

Demokratische Rechte

Seminar-Vorschlag "Der (Un)sicherheitsstaat": u.a. Aktionstag gegen die "Anti-Terrorgesetze"; Termin noch unklar
Beteiligte Organisationen: Campaign Against Criminilization of Communities (Großbritannien), M.I.B. (Frankreich), Tavola Migranti (Italienisches Sozialforum), Network of Social and Political Rights (Griechenland), Next Generation Network

Rom, 8. Mai 2004: Versammlung "Für ein demokratisches und friedliches Europa, in dem Gleichheit und BürgerInnenrechte verwirklicht werden" (Vorbereitung auf nationaler Ebene.)

Consulta:

Ziel ist die partizipative Demokratie. Vier Schwerpunkte der lokalen Arbeit: Soziale und Bürgerrechte; Krieg; Wirtschaft und Nord-Süd-Beziehungen; Umwelt.
Während der **Europawahlen** werden wir die Meinung der Menschen zu diesen Themen erfragen.
www.consultaeuropea.org
Kontakt: jtplaaur@bi.ehu.es

Die Demokratie radikal demokratisieren (siehe Punkt 4)

II. Gegen den Krieg

Beschlüsse der Versammlung gegen den Krieg:

- Weltweiter Aktionstag gegen Krieg und Besatzung am **20. März 2004**
- Irak-Tribunal
- Vernetzung gegen die US- und NATO-Basen
- **Frühjahr 2004**: "Karawane für den Frieden im Nahen Osten"
- Demonstration in London am 20. Nov 2003: "Stop Bush"
- Bekräftigung des Jakarta-Konsens *(siehe "Sand im Getriebe" Nr. 23, Seite 25)*
- Vorschlag, multinationale US-Konzerne zu boykottieren, die die Bush-Politik unterstützen.

III. Gegen den Neoliberalismus

Gesundheit ist ein soziales Recht, keine Ware:
Zugang für alle zu der gesamten öffentlichen Gesundheitsversorgung: Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit; Kontrolle der Versorgung durch die BürgerInnen; Recht auf Gesundheit muss in die europäische Verfassung
Kontakt: cobas.milano@cobas.it

Schule und Bildung: Gegen die Privatisierung der Schulen. Bildung ist keine Ware. Vorschlag eines europäischen Forums zur Verteidigung der öffentlichen Bildung noch 2004 und Tag der Bildung, der Forschung und der Kultur im **Frühjahr 2004**
Kontakt: fydgca@tin.it, internat@snes.edu

Kommunikation und Information
Evtl ein Forum der unabhängigen Kommunikation und gegen die Privatisierung der Kommunikation im **April 2004**
www.crisinfo.org, www.acrimed.org

Balkanvernetzung für die interkulturelle Bildung
Kontakt: EleniKoutalopoulou@mailcity.com

Kultur
6. März 2004: Europäischer Tag der kulturellen Aktion:
In den wichtigsten europäischen Städten sollen auf Skulpturen Fotos von Immigranten angebracht werden, die beim Versuch, in die "Festung Europa" einzutreten, gestorben sind und/oder von Frauen, die Opfer des Menschenhandels geworden sind. Damit soll die Frage aufgeworfen werden: "Wer entscheidet nach welchen Kriterien, für wen ein Denkmal errichtet wird?"
Kontakt: helenkappa@hotmail.com

Paris, 6. März 2004: Zweite europäische Versammlung der Kämpfe und Widerstände in Kunst und Kultur. Kontakt: esacc@yahoo.fr

Sport:
Athen, 1.-4. Juli 2004: Gegen die Olympischen Spiele: Weiterführung der Kampagne und Camp für alternativen Sport
Kontakt: hlios@central.ntua.gr

Wasser:
22. Februar 2004: Internationaler Tag gegen die Privatisierungen; Wasser ist keine Ware!

Atomkraft:
Paris, 17. Januar 2004: Keine neuen AKWs in Europa
www.sortirdunucleaire.org (auch .ch bzw. .ca)

Genmodifizierte Organismen (GmOs) (siehe 6.)

Lateinamerika (siehe 7.) Afrika (siehe 8.)

Barcelona, 22.-25.01.04: Internationales Forschungs-Treffen **zu Sozialen Bewegungen**

1. Die Sans-Papiers[1]

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG der SANS PAPIERS, MIGRANTINNEN UND FLÜCHTLINGE

Nach einem Austausch ihrer Analysen zur Situation der Sans-Papiers in den verschiedenen europäischen Ländern sowie ihrer Erfahrungen als AktivistInnen wenden sich die Unterzeichnenden an alle Teilnehmenden des Europäischen Sozialforums (ESF) und an das Organisationssekretariat und:

1) unterstreichen, dass die Sans Papiers nur die sichtbare Spitze eines Eisberges der zunehmenden Verunsicherung sind, die sich auf die anderen MigrantInnen und anschließend auf die Gesamtheit der anderen ArbeiterInnen erstreckt;
2) unterstreichen den besonderen Stellenwert, den die Sans-Papiers im Prozess der Umstrukturierung der Arbeitswelt durch die generelle Unsicherheit der Arbeitsplätze innehaben;
3) unterstreichen konsequenterweise die zentrale politische Bedeutung des Kampfes der Sans-Papiers;
4) schlagen auf europäischer Ebene sechs Forderungsachsen vor:

- Legalisierung aller Sans-Papiers in jedem europäischen Land, ohne Kriterien und ohne jegliche Bedingung;
- sofortige Schließung der Abschiebezentren in allen europäischen Ländern;
- Aufhebung des rassistischen Schengener Abkommens;
- Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit;
- Anerkennung einer Wohnsitzbürgerschaft für alle;
- Respektierung eines echten Asylrechts in allen Ländern Europas;

Die Unterzeichnenden schlagen dem ESF vor, unverzüglich zwei Maßnahmen zu beschließen:

- Organisierung eines europäischen Aktiontages für die Legalisierung der Sans-Papiers und für die Schließung der Abschiebezentren (**31. Januar 2004**);
- Organisierung eines ESF-Themenschwerpunktes Immigration und Sans-Papiers

Saint-Denis, 13. November 2003

Erstunterzeichnende: Act Up (Paris), Coordination Nationale des Sans Papiers, Droits Devant!! (Frankreich) - Comitato Immigrati, Confederazione Cobas, Tavolo Migranti del Social Forum Italiani (Italien) - Kein Mensch ist illegal, The Voice, The Caravan, Kanak Attak, Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Gesellschaft für Legalisierung (Deutschland) - Coordination Nationale des Sans Papiers (Schweiz) - Barbed Wire Britain, Kent Refugee to Defend Asylum Seekers, No one is illegal, Crossroad Women's Center (England) - Ambassade universelle (Belgien) - Federacio de Collectius d'Immigrantes a Catalunya (Spanien)
Kontakt: tavolo_migranti@libero.it, azazelo@web.de

1) Damit sind die Menschen gemeint, die ohne gültigen Aufenthaltspapiere sind.

Ehrenamtliche Übersetzung:Karin Ayche, sig-mdv,bw

2: Petition der Million

Nachstehend finden Sie den Text einer Petition für die Ausdehnung der Unionsbürgerschaft auf alle Personen, die in der EU ansässig sind, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Damit diese Petition ihr Ziel erreicht, muss sie mehr als eine Million Unterschriften aus allen Ländern der EU tragen. Um dieses Vorhaben zum Erfolg zu führen, suchen wir Partner, die sich um die Organisierung der Kampagne und um das Sammeln der Unterschriften in den einzelnen Ländern der EU kümmern.
(Die Petition liegt in den verschiedenen Sprachen der EU vor.)

Wir sind alle gleich! Wir sind alle Bürger!
Eine Million Unterschriften für eine UnionsbürgerInnenschaft für alle in der Europäischen Union ansässigen Personen

Im Entwurf des Vertrags über eine Verfassung für Europa ist, wie auch in den bisherigen Verträgen, festgelegt, dass Unionsbürger derjenige ist, der "die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt". Diese Bestimmung, durch die 15 Millionen Personen - Angehörige aus Drittstaaten - von der Unionsbürgerschaft ausgeschlossen sind, ist für uns heute wie schon seit jeher inakzeptabel.

Wenn die Verfassung angenommen wird, ist darin vorgesehen (Artikel I-46-4), dass mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mehreren Mitgliedstaaten eine Initiative der Kommission fordern können. Aus diesem Grund starten wir diese Petition, durch die in verschiedenen Ländern der EU mehr als eine Million Unterschriften gesammelt werden soll, um eine neue Definition der Unionsbürgerschaft zu fordern: "Unionsbürgerin oder Unionsbürger ist, wer im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt."

Ungeachtet der Zukunft des Entwurfs einer Verfassung werden die Unterschriften an die Regierungen der Mitglied-staaten der Europäischen Union, an die Kommission und an das Europäische Parlament weitergeleitet.

Senden Sie Ihre Unterschriften an die
Ligue des Droits de l'Homme (Liga für Menschenrechte)
F- 75018 Paris - 138, rue Marcadet
per Fax: +33 1 42 55 51 21
per E-Mail: virginie.peron@ldh-france.org
www.fidh-ae.org

3: Roma

Der größte Teil der zehn Millionen Roma in Europa leben in einer Situation des Elends und der Diskriminierung, die nur immer schlimmer wird - trotz diverser Programme, die sie angeblich verbessern sollen. Es ist also unverzichtbar, die Politik neu auszurichten und dabei nicht nur die direkte Diskriminierung zu berücksichtigen, sondern auch subtilere Formen der Ausgrenzung und Entmenschlichung, insbesondere Bevormundung, Korruption, falsche Darstellung, Doppelzüngigkeit und andere Formen der Manipulation.

Unverzichtbar sind daher:

1. die Anerkennung des Nazi-Genozids an den Roma, Sinti und Kalé in den Nacheifererstaaten des National-sozialismus vor und während des Zweiten Weltkriegs;
2. die Forderung nach Zugang zu den Grundrechten und ihre Durchsetzung für alle Roma, insbesondere in den Bereichen Erziehung, Ausbildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit;
3. die Ablehnung und entschiedene Verurteilung, bis hinauf auf die höchste europäische Ebene, sämtlicher Gewalttaten von Seiten der Polizei gegen die Roma: Schläge, völlige oder teilweise Zerstörung von Wohnstätten sowie anderen Gütern wie Musikinstrumenten, Verwendung von Tränengasgranaten im Innern von Wohnungen, Einschüchterung und Brutalität gegenüber Kindern, Trennung von Familien etc.;
4. die Anerkennung des Volkes der Roma in der europäischen Verfassung, mit seiner Sprache und Kultur und als integraler Bestandteil der nationalen Vielfalt Europas:
5. die Forderung nach:
   - Streichung aller Texte und aller Projekte, die direkt oder indirekt die Freizügigkeit und den freien Wohnsitz von Personen behindern;
   - Rücknahme des Konzepts des "sicheren Landes", das das Asylrecht seines Inhalts beraubt, anstatt es im Gegenteil zu erweitern.
6. die Förderung und Subventionierung sämtlicher Initiativen, die darauf hinarbeiten:
   - den Beitrag der Roma zu Europa aufzuwerten;
   -institutionelle, finanzielle und andere Mittel bereitzustellen, damit die Roma sich nach ihren eigenen Vorstellungen auf demokratische und kompetente Weise organisieren können.
7. die Ausarbeitung von wirksamen Strategien des Kampfes gegen alle Formen von Fremdenhass, Diskriminierung, Rassismus und zigeunerfeindlicher Stigmatisierung, egal ob von Seiten der Staatsorgane, von Volksvertretern oder Einzelpersonen oder auch bei den Roma selbst.

Diese Leitlinien fügen sich natürlich ein in das Projekt des Aufbaus eines anderen, offenen, solidarischen, pluralistischen Europa, das die vielfältigen Völker, aus denen es besteht, respektiert.
Die Mobilisierung hinsichtlich dieser Forderungen ist noch neu und fragil. Sie muss daher durch vielfache gemeinsame Aktionen verstärkt werden.

Ehrenamtliche Übersetzung:
Karin Ayche – coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

4. Die Demokratie radikal demokratisieren

Vorschlag des Netzwerks:
Die Demokratie radikal demokratisieren (DRD)

Während des ESF 2003 haben europäische Bürger-Netzwerke, gemeinsam mit solchen aus Lateinamerika und Afrika, während drei Tage aufzeigen können, wie die BürgerInnen die von ihnen Gewählten kontrollieren, mit ihnen die Macht teilen und mit ihnen gemeinsam Veränderungen in ihrer Stadt in Angriff nehmen können. Es ist in besonderer Weise untragbar, dass den Bürgern gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem sie einen wirklichen Einfluss auf die Zukunft ihrer Stadt ausüben können, jede Möglichkeit genommen wird, die Zukunft dieses viel weitläufigeren Territoriums zu bestimmen, wie Europa es darstellt.
Wir fordern die Europäische Versammlung der Sozialen Bewegungen dazu auf, europaweit eine Kampagne zu initiieren, mit dem Ziel, dass die BürgerInnen des östlichen wie des westlichen Europa über die Inhalte der Verfassung abstimmen dürfen.

Wir wollen eine wirklich demokratische Ausarbeitung dieser Verfassung. Zu diesem Zweck fordern wir, dass die BürgerInnen der 25 europäischen Länder für ein verfassungsgebende Gremium Abgeordnete wählen, die dann die einzelnen Bestimmungen dieser Verfassung auszuarbeiten haben. Diese Abgeordneten werden regelmäßig von den europäischen Parlamenten kontrolliert, vor denen sie über den Fortschritt der Arbeit Rechenschaft abzulegen haben.
Wir wollen also eine Kampagne für eine verfassungsgebende Versammlung, die unsere Forderungen berücksichtigt.

Dieser Vorschlag, dessen Inhalt Gegenstand einer Debatte im Seminar "Partizipative Budgets für eine Erneuerung der Demokratie in Europa" gewesen ist, wird vom Internationalen Netzwerk "Die Demokratie radikal demokratisieren" unterstützt.

Aufruf des Netzwerkes:
“Die Demokratie radikal demokratisieren” (DRD)
Wir rufen dazu auf, eine energische Kampagne für einen verfassungsgebenden Prozess zu beginnen, in dem die BürgerInnen der europäischen Länder das Projekt der Europäischen Verfassung in allen von ihnen gewünschten Formen zum Gegenstand von Diskussionen machen.
Wir rufen dazu auf, einen öffentlichen Raum der BürgerInnen zu schaffen, in dem sie sich den Herausforderungen der Entwicklung einer Verfassung stellen. Für eine solche Entwicklung sind Verantwortung und Solidarität, das Bewusstsein einer vielfältigen Zugehörigkeit zur Welt und der gemeinsame Wunsch einer Zukunft des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde erforderlich.
Wir rufen dazu auf, das Moratorium hinsichtlich des GATS mit den Städten, die sich für außerhalb des GATS stehend bezeichnet haben, zu unterstützen, und diese Grundhaltung zum Gemeingut aller Städte, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene werden zu lassen.

Kontakt: deprassenior@peoplepc.fr

Ehrenamtliche Übersetzung:
Otto Nigsch, Helga Heidrich – coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

5: Keine neuen Atomreaktoren in Europa, für Energiesparen und erneuerbare Energien

Europäische Demonstration
Samstag, 17. Januar 2004 in Paris
Beginn: 14 Uhr, Place de la République

Die französische Regierung will Anfang 2004 über den Bau eines Atomreaktors vom deutsch-französischen Typ "Europäischer Druckwasser-Reaktor (EPR)" entscheiden. Diese Entscheidung ist nicht legitimiert, da die "nationale Debatte über Energie", die im Frühling 2003 in Frankreich stattfand, auf nicht demokratische Weise organisiert wurde, ohne dass die Bürger und Bürgerinnen sich an der Diskussion beteiligen durften.

Der Atomkraftwerkshersteller AREVA strebt den Bau des EPR aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen heraus an, die nichts mit den gemeinsamen Interessen der Bürger und Bürgerinnen zu tun haben.

Hinzu kommt, dass auch die finnische Regierung einen neuen Atomreaktor bauen möchte, und Loyola de Palacio, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, unterstützt die Projekte der europäischen Atomindustrie.

Es ist nicht akzeptabel, neue Atomreaktoren wie den EPR zu bauen, welcher dieselben Defizite wie die herkömmlichen Reaktoren aufweist (Produktion von Atommüll, Gefahr einer Atom-Katastrophe) und die Situation nur verschlechtern könnte.

Die unterzeichnenden Vereinigungen, Gewerkschaften und politischen Organisationen rufen auf zur europäischen Demonstration am Samstag, dem 17. Januar 2004 in Paris und fordern für Europa:
- den Verzicht auf jegliches Projekt zum Bau neuer Atomkraftwerke
- die unverzügliche Einführung eines ambitionierten Plans zum Energiesparen und für die Entwicklung Erneuerbarer Energien
- eine wirkliche Debatte über die Energie-Alternativen

Deutschland: Atomplenum Hannover, Gewaltfreie Aktion/Atomwaffen Abschaffen, IPPNW-Deutschland, BIgA, Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V, BUNDjugend Baden-Wuerttemberg, Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V, BUND-Regionalverband südlicher Oberrhein
Österreich: Oberösterreichische Plattform gegen Nukleare Gefahren, Stop Temelin, PLAGE
Schweiz: Contratom, PSR/IPPNW, Forum pour la démocratie directe, Sortir du nucléaire Suisse, SolidaritéS, GSsA, Parti Socialiste/Jeunesses socialistes du Valais Romand

Liste weiterer UnterzeichnerInnen:
www.sortirdunucleaire.org/index.php?menu=agir&page=manif20040117

Kontakt:
Reseau "Sortir du nucléaire"
F-69004 Lyon - 9 rue Dumenge
Tel: +33 478 28 29 22 oder +33 664 100 333
www.sortirdunucleaire.org

6: Abschlusserklärung des ESF-Seminars "Genmodifizierte Organismen (GmOs), Patente, Saatgutmonopole:
Widerstandskämpfe und alternative Vorschläge für Europa”

Auf diesem Seminar wurden die - insbesondere - 1996 in Rom verabschiedeten, auf dem WSF in Porto Alegre wieder aufgenommenen, dann auf dem Forum über Ernährungshoheit in La Havanna nochmals in Erinnerung gebrachten und schließlich 2002 auf dem Forum für Ernährungshoheit in Rom als gemeinsame Aktionen erklärten Empfehlungen weitergeführt, vertieft und aktualisiert.

Von den Teilnehmenden am zweiten ESF werden folgende Beschlüsse gefordert:

1. Für ein GmO-freies Europa:
- Das europäische Moratorium soll ohne Einschränkung aufrechterhalten werden;
- Nulltoleranz für die Ein- und Ausfuhr von GmO (Saatgut wie fertige Produkte);
- Die BürgerInnen müssen das Recht haben, die Weichenstellungen der staatlichen Forschung im Bereich der Biotechnologien zu kontrollieren;
- Im Falle einer Verunreinigung durch GmO müssen die Hersteller von genmodifiziertem Saatgut, die Inhaber von Patenten über Saatgut sowie Politiker und Behörden, die die Freisetzung erlaubt haben, zur Rechenschaft gezogen werden können;

2. Keine Patente auf Leben:
- Keine Patentierung von Bestandteilen lebender Organismen und Saatgut;
- Totale Transparenz für staatliche Forschung (Finanzierungsquellen inbegriffen) und freier Verkehr von wissenschaftlichem Wissen;
- BürgerInnen müssen eine Kontrolle über schon bestehende Rechte auf geistiges Eigentum innerhalb der Instanzen für das Recht auf geistiges Eigentum (WIPO), der WTO und im Europäischen Patentamt ausüben können;
- Kündigung und Neuverhandlung der EU-Patentrichtlinie 98/44 über gentechnologische Erfindungen, die Patente auf Genmaterial betreffen;
- Ein System von kollektiven Rechten zum Schutz der genetischen Ressourcen soll für die lokalen Gemeinschaften erstellt werden.

3. Schutz des von Bauern produzierten Saatguts:
- Bauern müssen das selbst produzierte Saatgut frei aussäen und mit anderen Bauern austauschen können;
- Schaffung von Freiräumen außerhalb des gesetzlichen Rahmens oder gegen ihn, wo die Bauern eigenes Saatgut und Können frei austauschen und weiterentwickeln können;
- Jeder Staat muss seine Landwirtschaft gegen die Invasion genmodifizierter Pflanzen und Organismen verteidigen dürfen, um [zum Beispiel] die Millionen von Kleinbauern Osteuropas, die ihr eigenes Saatgut produzieren, zu schützen;
- Umsetzung der EU-Richtlinie 98/95, die einen gesetzlichen Rahmen für bäuerliches Saatgut vorsieht;
- Kontrolle der Saatgutindustrie durch die Bürger, damit Versuche der Saatgutmonopolerrichtung verhindert werden können;
- Einsatz von öffentlichen Forschungsmitteln für eine nachhaltige und umweltfreundliche Landwirtschaft;
- Weiterentwicklung der Saatzucht im Feld in Zusammenarbeit mit und unter Führung der Bauern.

4. Weltweit:
- Umsetzung durch alle europäischen Regierungen des am 11. September 2003 in Kraft getretenen Cartagena-Protokolls zur biologischen Sicherheit (Biosafety-Protokoll);
- Ausdehnung des europäischen Moratoriums auf Versuche in nicht abgeschlossenem Milieu;
- Konsequente Verweigerung aller Lebensmittelzusätze, die gentechnische Bestandteile enthalten;
- Die Ablehnung und das Verbot aller Arten von Terminator- oder GURT-Technologie;
- Die demokratische Beteiligung der europäischen Bevölkerungen mittels der Einrichtung von Bürgerkonferenzen in ganz Europa und die Berücksichtigung ihrer Meinungen bei jeder Entscheidung, die den Bereich des Lebenden betrifft.

Die eindeutige Entscheidung für ein gentechnikfreies Europa gewährleistet wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Wahl

einer nachhaltigen Landwirtschaft für unseren Kontinent. Wir werden darauf achten, dass unsere europäischen Errungenschaften die biotechnologischen Unternehmen nicht dazu animieren, sich anderer Länder zu bemächtigen, die nicht die gleichen Möglichkeiten des Schutzes besitzen wie wir. Es ist unumgänglich notwendig, unsere europäischen Strategien im Verbund mit allen anderen Ländern der Welt auszuarbeiten.

Saint-Denis - Frankreich, 13. November 2003

Ehrenamtliche Übersetzung:
Alfrun Faure-Brac – coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

7: Lateinamerika

Eigentlich sollte Europa ein Faktor des Fortschritts und der Stärkung der Menschenrechte sein; stattdessen beteiligt sich die EU durch ihre Wirtschaftsabkommen aktiv an der Verschärfung der Deregulierung, die die WTO und der IWF eingeführt haben und stürzt sich mit den USA in einen Rüstungswettlauf, anstatt politische und wirtschaftliche Alternativen vorzuschlagen. Das ESF hat unseren Freunden aus Lateinamerika und der Karibik eine Plattform geboten, damit sie uns von ihrer gelebten Wirklichkeit, ihren sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen, den Kämpfen der Volksmassen und der kritischen Staatsbürger berichten, die Gemeinsamkeiten mit unseren Kämpfen haben.

Wir wollen nicht, dass uns u.a. der liberalen Entwurf einer europäischen Verfassung unseren lateinamerikanischen Freunden ultraliberale Wirtschaftskriterien einer gesellschaftlichen Entwicklung aufzwingen, die einen umfassenden Sozialabbau, Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen mit sich bringt und es den herrschenden Kreisen erlauben, sich zum persönlichen Profit die natürlichen Ressourcen anzueignen.

Bei der Fortsetzung des ebenso notwendigen wie fruchtbaren Dialogs über den gemeinsamen Kampf und die enge Zusammenarbeit zwischen der Sozialen Bewegung in Europa und Lateinamerika hat das ESF eine wichtige Rolle gespielt.

Wir haben weitere Treffen vereinbart:
das WSF in 2004, das erste lateinamerikanische Sozialforum im März 2004 in Quito und im Mai 2004 das Europa-Lateinamerika-Treffen in Guadalajara. In der Zwischenzeit wird das Observatorium, das die Praktiken europäischer Multis in Lateinamerika untersuchen soll, ebenso wie das ‚Menschenrechts-Observatorium', seine Arbeit aufgenommen haben.

Kolumbien
Wir werden nicht aufhören, die Aufmerksamkeit auf die dramatische Lage Kolumbiens zu lenken. Dort gibt es schon heute etwa 4 Millionen einheimische Flüchtlinge, die ihr gesamtes Hab und Gut sowie ihre elementarsten Selbstbestimmungsrechte verloren haben. Das ist das Ergebnis der von paramilitärischen Organisationen umgesetzten Regierungspolitik, die ohne Angst vor einer Strafe in den betreffenden Zonen die Landbevölkerung massakrieren. Tagtäglich kommt es in den sog. ‚Befriedungszonen' und dem Rest des Landes zu massenhaften, willkürlichen Verhaftungen; Gefangene bleiben monatelang unter Verletzung der elementarsten Grundrechte im Gefängnis und zwar ohne den geringsten Grund.

Wir fordern außerdem, dass die Haftbedingungen von Hunderten von politischen Häftlingen untersucht werden. Wir wollen die Aufmerksamkeit auf Kolumbien lenken. Das ist der Grund, weshalb wir auch beim nächsten ESF in 2004 die katastrophale Lage der einheimischen Flüchtlinge und der politischen Häftlinge in Kolumbien anprangern werden. Wir rechnen fest mit eurer Unterstützung.

OSPAAAL in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Kampagne ‚Ein anderes Kolumbien ist möglich' (darin vertreten sind Organisationen aus Frankreich, Schweiz, Griechenland, England, Deutschland, Belgien, Italien und Dänemark), die im Rahmen des ESF ein Seminar zum Thema ‚Ein anderes Kolumbien ist möglich' durchgeführt haben.
Kontakt: OSPAAAL-Solidaridad Madrid (Spanien)
www.ospaaal.org

Ehrenamtliche Übersetzung: Hartmut Brühl – coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

8: Afrika

Wir, die Allianz der Völker afrikanischer Abstammung in Europa, erklären:

Die Anwesenheit der Afrikaner und der aus Afrika Abstammenden in Europa ist die historische, soziale und wirtschaftliche Folge des transatlantischen Sklavenhandels, des Kolonialismus, des Neokolonialismus und der kulturellen Destabilisierung, der Ausplünderung der menschlichen und kulturellen Ressourcen, der Korruption und der strukturellen Anpassungsprogramme, die dem afrikanischen Kontinent, der Karibik und dem Rest Amerikas vom Ausland aufgezwungen werden.
Unsere Anwesenheit ergibt sich ganz logisch aus den Kapital- und Güterströmen, aus dem Export der landwirtschaftlichen Produkten und der Rohstoffe aus unserem afrikanischen Kontinent, der Karibik und dem Rest Amerikas. Dieses ist das Ergebnis der Abhängigkeit, welche die Schuldenlast und die ungerechten Handelsverhältnisse dieser Weltordnung, der vom Norden kontrollierten Globalisierung, aufgezwungen haben.

Europa und die USA stellen 20% der Weltbevölkerung. Ihre Eliten kontrollieren aber 80% der Weltreichtümer und beherrschen die internationalen Systeme und die Strukturen der globalen Finanzen und des Welthandels, die Mittel der Massenkommunikation, die internationale Politik, die strategischen Ressourcen (Erdöl, Rohstoffe) und die Produktion der Massenvernichtungswaffen.
Wir möchten unsere Solidarität und unsere Unterstützung gegenüber allen fortschrittlichen Bewegungen in Europa unterstreichen, die ernsthaft ein anderes Europa und eine andere Welt, auf den Grundlagen von sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie, zu schaffen versuchen.
Wir möchten den AfrikanerInnen in ihrer Heimat und anderswo ihre Stimme wiedergeben, die Ungleichheiten der jetzigen sozialen Ordnung überwinden, die Grundlagen einer gerechten Gesellschaft und gesellschaftlicher Beziehungen auf Basis des gegenseitigen Respekts zwischen den AfrikanerInnen in Europa und den EuropäerInnen in Afrika schaffen.

Wir machen daher folgende Vorschläge:
- In jedem europäischen Land sollte ein Gesetz verabschiedet werden, welches den transatlantischen Sklavenhandel, die Sklaverei und den Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschheit erklärt;
- Eine gemeinsame Reparationskommission der Afrikanischen Union und der Europäischen Union sollte gegründet werden. Mindestens 50% der Kommissionsmitglieder sollten afrikanischer Abstammung (…) sein.
- Ziele dieser Kommission wären:
  - eine Bilanz zu ziehen über die kulturellen, sozialen und ökonomischen Schäden, die den Völkern Afrikas und deren Nachkommen durch die oben genannten Verbrechen zugefügt wurden
  - eine Bilanz zu ziehen über die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gewinne, welche die Wirtschaftsverbände und die europäischen Länder aus dem Ergebnis des transatlantischen Sklavenhandels, der Sklaven und der Kolonisation gezogen haben;
  - die Art und den Grad der Reparationen zu bestimmen, die auf nationaler Ebene zugunsten der Nachkommen der Opfer der oben genannten Verbrechen festzulegen sind;
  - die notwendigen wirtschaftlichen Institutionen einzurichten (Fonds, Banken für die humanitäre Entwicklung, u.a.m.) in Hinsicht auf die Sammlung und Verteilung der durch diesen Prozess bereitgestellten Gelder und Mittel.

Ehrenamtliche Übersetzung:
Josefine Duport, Helga Heidrich, - coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

9: Internationales Forschungs-Treffen zu Sozialen Bewegungen
Barcelona, 22.-25. Januar 2004

Der Sinn dieses Treffens ist die Einrichtung eines Raumes der Begegnung, des Austausches, der Selbstformierung und Debatte der "Sozialen Bewegungen" (SB) in Bezug auf Forschung und Informationssammlung durch Handelnde. Wir stehen der akademischen Forschung kritisch gegenüber, die SBs als reine Studien-"Objekte" betrachtet und die Folgen der disziplinären Unterschiede. Wir laden alle interessierten Menschen und Gemeinschaften ein, sich daran zu beteiligen, dieses Wissen (wieder) zu erschaffen, zu (über)denken, (wieder) zu erfinden, (wieder) in Besitz zu nehmen und an der Bildung eines Fokusses auf die Forschung und Informationssammlung durch die Handelnden.

Wer organisiert diese Arbeitstreffen?
Diese Initiative kommt von einer Gruppe von Leuten, die in der Forschung über SB arbeiten; manche von autonomen/ selbständigen Bereichen und andere, die in engerer Zusammenarbeit mit akademischen Institutionen tätig sind, jedoch versuchen die engen Grenzen des Akademischen zu überwinden. Die logistische Arbeit wird erledigt durch Personen, die im urbanen Bereich von Barcelona leben, einem organisatorisch offenen Komitee, das bereits zusammengesetzt wurde, aber wir möchten nicht, dass die Arbeitstreffen nur von diesem entworfen werden.

Wir sehen uns im Januar!
www.investigaccio.org
Kontakt: Lliroja@gmx.net

Ehrenamtliche Übersetzung:Paul Woods - coorditrad@attac.org, sig-mdv, bw

Der Weg zur Verfassung
von Anne Karras

(…) Das, was die EU soll (Ziele) und darf (Maßnahmen/ Instrumente) wird in den sog. “Verträgen" festgelegt (Vertrag von Rom, Einheitliche Europäische Akte, Vertrag von Maastricht etc.). Im Laufe der Integration sind die Verträge immer wieder überarbeitet worden, was man in den letzten Jahren v.a. an den wechselnden Namen sah: so wurde aus dem Vertrag von Amsterdam in diesem Jahr beispielsweise der Vertrag von Nizza.

Geändert werden die Verträge durch “Regierungskonferenzen", bei denen die Staats- und Regierungschefs, die Außenminister, viele nationale Beamte sowie - bedingt - die Kommission und das Europäische Parlament beteiligt sind. Die Regierungskonferenzen zeichneten sich in der Vergangenheit v.a. dadurch aus, dass sie “hinter verschlossenen Türen" stattfanden, hinter denen oft bis spät in die Nacht der politische Kuhhandel tobte. Am Ende stand jedoch meist ein für alle Mitgliedstaaten tragbarer Kompromiß - der dann nur noch von den jeweiligen Mitgliedstaaten ratifiziert (verabschiedet) werden mußte.

Mit dem Vertrag von Nizza scheiterte diese Methode nach ca. 50 Jahren mehr oder weniger erfolgreichen Bestehens. Sie scheiterte insofern, als dass der Vertrag die EU - was die Institutionen und Abstimmungsverfahren angeht - nicht auf die anstehende Erweiterung vorbereitet. Und das war die eigentliche Aufgabe dieser Vertragsänderung gewesen.

So entschlossen sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Laeken im Dezember 2001 für eine neue Methode: einen “Konvent zur Zukunft der Europäischen Union".

Die Konventsmethode wurde erstmals im Rahmen des Konvents zur Erarbeitung einer Grundrechtscharta unter der Leitung von Roman Herzog erprobt.

Die Staats- und Regierungschefs formulierten ein breites Mandat mit vielen Fragen zu fast allen Bereichen: Europas Rolle in der Welt, eine bessere Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten, Vereinfachung der Instrumente der Union, mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der Europäischen Union, deren Beantwortung sich der Konvent annehmen sollte.

Der Konvent - wer ist das?

Der Konvent steht unter der Leitung des Franzosen Valery Giscard d'Estaing, unterstützt durch seine Vizepräsidenten Guiliano Amato, Jean-Luc Dehaene sowie ein Präsidium.

Insgesamt besteht der Konvent aus 105 Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen:

- 16 Mitglieder des Europäischen Parlaments
- 2 Mitglieder der Kommission
- 30 Vertreter der nationalen Parlamente (2 aus jedem Land)
- 15 Vertreter der nationalen Regierungen (1 aus jedem Land)
- Regierungs- und Parlamentsvertreter der Beitrittsländer (ohne Abstimmungsrecht)

Außerdem gehören ihm sog. Beobachter an:

- 3 Vertreter der Sozialpartner
- 6 Mitglieder des Ausschusses der Regionen
- 6 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses
- der europäische Bürgerbeauftragte

Die Vertreter wurden von der jeweilig zuständigen Stelle (Mitgliedstaat, Parlament o.ä.) ernannt, insgesamt kann man von einer recht demokratischen, zumindest aber repräsentativen Auswahl sprechen.

An den Konvent wurden drei Hauptfragen gestellt:

1. Wie kann man den Bürgern das europäische Projekt und die europäischen Organe näher bringen?
2. Wie kann das politische Leben und der europäische politische Raum in einer erweiterten Union strukturiert werden? und
3. Wie kann die Union zu einem Stabilitätsfaktor und Vorbild in der neuen Weltordnung werden?

Der Konvent sollte Vorschläge machen zu einer Vereinfachung der Verträge (Verträge für die/den europäischeN BürgerIn verständlich machen), einer Verteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten, den Zielen der Gemeinschaft, einer besseren demokratische Legitimität und schließlich zur Außenpolitik (bessere Kohärenz und Effizienz).

Dass der Konvent schließlich einen Entwurf für eine Verfassung (oder genauer gesagt: Vertrag über eine Verfassung) vorlegte und nicht einfach einen Vertragsentwurf, war nicht vorgegeben gewesen.

Zwar war in Laeken die Möglichkeit einer Verfassung in Betracht gezogen worden, aber der Konvent hätte sich auch dagegen entscheiden können. In der Praxis wurde keine tiefe Diskussion über das Für und Wider einer europäischen Verfassung geführt bzw. erörtert, was es für einen qualitativen Unterschied zwischen diesen beiden gibt. Man kann eher sagen, dass sich die Idee schleichend durchgesetzt hat.

Arbeitsweise

Zur Beantwortung hatte der Konvent, der am 28.02.2002 zusammenkam, ca. 16 Monate Zeit. In diesem Zeitraum kam er alle drei Wochen für anderthalb Tage zusammen. Arbeitsprinzip war ein transparenter Diskussionsprozess, der eine breite öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion hervorrufen sollte. Außerdem kooperierte der Konvent über ein sog. “Forum der Zivilgesellschaft" mit eben dieser.

Die Arbeit teilte sich in drei Phasen.

Ziel der Einführungsphase war es, sich gegenseitig zuzuhören und die gegenseitigen Erwartungen sowie die der BürgerInnen herauszufinden. Zu diesem Zwecke wurden Diskussionen zu allgemeinen Fragen im Plenum geführt und ein Treffen mit der Zivilgesellschaft veranstaltet. Konkrete Ergebnisse gab es nicht - was bei Diskussionen mit 105 und mehr Leuten aber kein Wunder ist.

Konkreter wurde es in der zweiten Phase, der Arbeitsgruppenphase. Die Arbeitsgruppen behandelten bestimmte Themenbereiche mit größerer Genauigkeit. Dazu hatten sie ein vom Präsidium des Konvents vorgegebenes Mandat, d.h. Fragen, anhand derer sie Kompromisse finden oder zumindest Konfliktlinien offenlegen sollten. Jede Arbeitsgruppe traf sich ca. zehn mal. In der ersten Welle (Juni

- Oktober 02) gab es Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: Subsidiarität, Grundrechtscharta, Rechtspersönlichkeit, Ergänzende Zuständigkeiten, Ordnungspolitik, in der zweiten Welle (September - Dezember 02) ging es um: Außenpolitisches Handeln, Verteidigung, Vereinfachung, Freiheit, Sicherheit & Recht.
Nach Interventionen der Zivilgesellschaft und einigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments wurde im Dezember zusätzlich noch eine AG Soziales Europa eingesetzt.
In der dritten Phase schließlich ging es darum, einen konkreten Verfassungsentwurf zu erstellen. Zu diesem Zweck legte Giscard d'Estaing Ende Oktober 2002 eine Struktur für die Verfassung vor, die dann mit den Arbeitsgruppenergebnissen "gefüllt" werden sollte. Ende Januar entstand auf diese Weise ein neuer Entwurf, der bis zum 13. Juni so verändert wurde, dass für die Teile I, II und IV ein Konsens erzielt werden konnte. Diese Teile wurden am 20. Juni 2003 feierlich den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Thessaloniki überreicht.
Es fehlte allerdings noch der dritte Teil, in dem es um die konkrete Politik geht. Nachdem in Thessaloniki festgelegt wurde, dass an diesem Teil (der bis dahin hauptsächlich von juristischen Experten auf Grundlage der alten Verträge und der Arbeitsgruppenergebnisse erstellt worden war) vom Konvent nur noch technische Änderungen vorgenommen werden dürften, wurde der fertige Teil am 18. Juli 2003 dem Ratspräsidenten Berlusconi überreicht.
Inwieweit sich der Konvent auf technische Änderungen beschränkt hat, blieb bis zuletzt umstritten. Natürlich hat der Konvent nicht das letzte Wort. Wie auch bei den vorherigen Verträgen hat nun eine Regierungskonferenz die Arbeit aufgenommen - genauer gesagt am 4.10. - um letzte Änderungen abzusprechen. Obwohl alle Länder im Konvent vertreten waren, am Ende sogar sehr hochrangig (Deutschland, Frankreich und Griechenland hatten bspw. ihre Außenminister entsandt), versuchen nun einige, den Entwurf nun noch einmal aufzuschnüren.
Ob dies gelingt und v.a. ob die Verfassung im nächsten Jahr feierlich in Rom verabschiedet wird, bleibt spannend. Das letzte Wort haben wie immer die nationalen Parlamente oder - in den Ländern, in denen die Verfassung per Referendum angenommen werden muß - die Bürgerinnen und Bürger. Wie bei den vorhergegangen Verträgen ist zur Annahme der Verfassung die Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten notwendig.

Link-Empfehlungen:
Vertrag von Nizza,
http://europa.eu.int/comm/nice_treaty/index_de.htm
Verfassungsentwurf,
http://europa.eu.int/futurum/constitution/index_de.htm

Anne Karrass ist Dipl. Volkswirtin, lebt in Hamburg und vertritt die EU-AG im Rat von Attac Deutschland

Attac diskutiert die EU-Verfassung: Wie weiter nach der Regierungskonferenz?
31.1.04/1.2.04, Frankfurt , Anmeldung:eu-ag@attac.de
Newsletter der EU-AG zur Kritik am Verfassungsentwurf: http://www.attac.de/eu-ag/og_ausgabe.php?id=194

Ein Vertrag von immenser Tragweite, der die Durchführung eines Referendums erfordert
Auszug aus der vorläufigen Stellungnahme von Attac Frankreich

Dieses Dokument bildet den Ausgangspunkt zu einem Prozess der Mobilisierung sämtlicher Strukturen von Attac Frankreich rund um die Inhalte und Herausforderungen des zukünftigen EU-Vertrages (Auszug)

Die Tragweite der Europäischen Verfassung, die die Regierungskonferenz auf der Grundlage des Textes erarbeiten wird, der aus den Arbeiten des Konvents für die Zukunft Europas hervorgegangen ist, der unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing von Februar 2002 bis Juli 2003 getagt hat, darf nicht unterschätzt werden. Drei der vier Teile dieses Dokuments wurden dem Europäischen Rat in Thessaloniki im Juni 2003 präsentiert. Der fehlende Teil (Teil III), der sich mit der Politik der Union befaßt, wurde nach diesem Gipfel fertig gestellt und erst am 3. September veröffentlicht. Dabei ist dies sicherlich der - bei weitem - wichtigste, zumal er 340 der 460 Artikel des endgültigen Dokuments umfaßt und vor allem, weil er die Prinzipien und Leitlinien der Politik betrifft, die die EU verfolgt.

Wie zu erwarten war, wurde diesem Teil in den großen Medien kein Kommentar gewidmet, dafür verloren sie viele Worte (und berichten auch heute noch wortreich) über die institutionellen Fragen, die in den anderen Teilen behandelt werden: Anzahl der Kommissare, Berechnung der qualifizierten Mehrheit, Rotationsrhythmus der Präsidentschaft etc. Ohne die Bedeutung dieser Fragen vernachlässigen zu wollen - obwohl sie die Massen nicht gerade faszinieren - erscheint uns doch der eigentliche Charakter des europäischen Projekts entscheidender. Dieser läßt sich in einer Frage zusammenfassen: Gibt es Platz für ein Europa, welches sich nicht den liberalen Dogmen unterwirft, oder nicht?

In dieser Hinsicht beschränkt sich das Dokument des Konvents darauf, sämtliche Grundlagen der europäischen Integration, so wie sie durch die aufeinander folgenden Verträge umgesetzt wurde, zu versammeln und zu bekräftigen: Rom (1957), Einheitliche Europäische Akte (1986), Amsterdam (1997), Nizza (2000). Mit dem neuen Vertrag, der aus der Regierungskonferenz resultierten wird, falls es dort nicht zu einer radikalen Kursänderung kommt, werden die Staaten, Parlamente und WählerInnen (dort, wo ein

Referendum durchgeführt wird) aufgefordert werden, die bis heute verfolgte Politik feierlich zu bestätigen. Damit werden dann ideologische Ausrichtungen in den Marmor einer Verfassung gemeißelt, die danach nicht mehr in Frage gestellt werden können, außer durch einen neuen Verfassungsvertrag, der, wie man wohl weiß, die Einstimmigkeit der 25 Staaten erfordern würde und daher theoretischer Natur ist.
Indem sie sich über den Vertrag äußern, legen BürgerInnen und Parlamente den Rahmen für die europäische und damit auch nationale Politik fest, da der Großteil der Gesetze, über die in den Parlamenten abgestimmt wird, nur die Umsetzung von Entscheidungen darstellen, die auf Gemeinschaftsebene getroffen wurden. Es kann durchaus in diesem oder jenem Land politische Wechsel geben, aber sie werden sich nur unter Beachtung der Normen des Vertrags auswirken können, was jede Alternative wirtschaftlicher, haushaltsrechtlicher und währungspolitischer Art ausschließt.

Unter diesen Umständen erscheint die Durchführung eines Referendums, das es jedem Bürger und jeder Bürgerin erlaubt sich äußern, als eine demokratische Minimalforderung. Es ist erstaunlich, dass der französische Präsident, welcher alleine über den Modus der Ratifizierung des Vertrags zu entscheiden hat (Abstimmung durch Vollversammlung der Deputierten und Senatoren oder Referendum), sich noch nicht verpflichtet hat, die gesamte Bevölkerung zu konsultieren. ATTAC wird eine nationale Kampagne in diesem Sinne durchführen.

Ehrenamtliche Übersetzung: Luke Haywood, Karin Ayche – coorditrad@attac.org, sig-kv

Aufruf der European Referendum-Kampagne

Die Unterzeichner dieses Aufrufs verlangen:

1) Dass eine EU Verfassung oder ein Verfassungsvertrag in allen betroffenen Staaten den BürgerInnen in einem Referendum vorgelegt wird.
2) Dass die Parlamente in den betroffenen Staaten die notwendigen rechtlichen und verfassungsmäßigen Bedingungen für ein bindendes Referendum schaffen.
3) Dass die EU-Verfassung oder der Verfassungsvertrag nur in den Ländern angenommen werden kann, in denen sich eine Mehrheit dafür ausspricht.
4) Dass dieses Referendum gleichzeitig in allen betroffenen Staaten mit den Europawahlen im Jahr 2004 stattfindet.

Unterstützungserklärung für IndividualistInnen:
www.european-referendum.org/appeal/app1.php
Unterstützungserklärung für Organisationen:
http://european-referendum.org/appeal/app2.php
bisherige UnterstützerInnen:
http://european-referendum.org/appeal/app3.php

Die 21 Forderungen von ATTAC Frankreich für den Verfassungsentwurf

Die mit der Ausarbeitung des künftigen europäischen "Verfassungsvertrags" beauftragte Regierungskonferenz hat ihrer Arbeit das vom Konvent für die Zukunft Europas ausgearbeitete Dokument zugrunde gelegt. Die Forderungen des Conseil d'administration (Leitungsgremium) von ATTAC Frankreich sind also auf der Grundlage dieses Textes formuliert worden, um den Vertrag für die Vereinigung annehmbar zu machen. 10.11.2003

ATTAC ist der Meinung, dass die Bezeichnung "Verfassung" für diesen Text schlicht missbräuchlich ist.
Einerseits deshalb, weil die zur Ausarbeitung verwendete Prozedur nichts mit einem verfassunggebenden Verfahren zu tun hat, das die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung voraussetzt.
Andererseits deswegen, weil eine Verfassung normalerweise einen Rahmen festlegt, innerhalb dessen unterschiedliche und sogar gegensätzliche politische Ansichten durchgesetzt werden können.
Demgegenüber lässt die Politik der Europäischen Union, so wie sie im 3. Teil des Textes genauer definiert wird, keinerlei Spielraum für Alternativen zum Neoliberalismus, selbst wenn solche Alternativen von der Mehrheit der BürgerInnen in den Staaten Europas gewünscht würden. Dazu müsste der Vertrag überarbeitet werden, was die Einstimmigkeit der 25 Unterzeichnerstaaten voraussetzt: ein völlig unmögliches Vorhaben.

Vor diesem Hintergrund erscheint das, was uns heute in der Form eines "Verfassungsvertrags" vorgeschlagen wird, im Hinblick auf den institutionellen Gesichtspunkt tatsächlich als eine Verfassung, jedoch als eine, die ohne Einhaltung der demokratischen Regeln für einen verfassunggebenden Prozess zustande gekommen ist, also lediglich als ein ideologisches Manifest für den politischen Inhalt der Europäischen Union.

Nach Prüfung dieses Textes werden absichtlich keine Forderungen bezüglich der institutionellen Ausgestaltung erhoben. Für ATTAC ist der Inhalt der europäischen Politik entscheidend, also die Möglichkeiten, die der rechtliche Rahmen zur ihrer Umsetzung bietet und zwar unabhängig von den Institutionen, ihrer Macht und ihren Beziehungen untereinander.

Diese Forderungen werden der französischen Regierung und dem französischen Parlament sowie sämtlichen sozialen Partnern und Bewegungen übermittelt, zu denen ATTAC Beziehungen unterhält. Nach Abschluss der Regierungskonferenz wird ATTAC zu dem Vertrag öffentlich Stellung nehmen und an der Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments der europäischen ATTAC-Vereinigungen mitwirken, und zwar im Hinblick auf einen Ratifizierungsprozess durch die 25 Mitgliedstaaten.

1. Forderung: Solidarität soll ein grundlegender Wert und eine Richtschnur der Union sein.
Artikel I-2 erwähnt Solidarität nicht als einen grundlegenden Wert der Union, wobei unter anderem Freiheit und Gleichheit zitiert werden. Solidarität wird einfach und auf missbräuchliche Weise als "den Mitgliedstaaten gemeinsam" unterstellt.
ATTAC fordert, dass sie als Wert und Richtschnur der Union festgeschrieben wird.

2. Forderung: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau soll ein grundlegender Wert der Union sein.
Artikel I-3 ("Die Ziele der EU") geht erst im 3. Absatz ausdrücklich darauf ein, dass die Union "die Gleichstellung von Frau und Mann fördern" soll. Nun geht es aber nicht nur um die Förderung, sondern vor allem um die Sicherstellung dieser Gleichheit.
ATTAC fordert also, dass die Gleichstellung von Frau und Mann in Artikel I-2 ("Die Werte der Union") zu stehen hat, und ihr derselbe Rang zukommt wie der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, dem Rechtsstaat und der Beachtung der Menschenrechte.

3. Forderung: Wettbewerb kann kein Ziel und keine übergeordnete Richtlinie der Union sein.
Artikel I-3 weist bezüglich der Ziele der Union in 2. Absatz darauf hin, dass "die Union ihren Bürgern einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschten Wettbewerb" bietet.
ATTAC fordert, dass als Ziel und übergeordnete Richtlinie Zusammenarbeit und nicht Wettbewerb gesetzt wird. Im Übrigen ist ATTAC der Meinung, dass die Kommission in Sachen Wettbewerb ausschließliche und übermäßig große Machtbefugnisse in Händen hält. ATTAC beantragt, dass auf Antrag eines Staates ein Beschluss der Kommission in diesem Bereich solange unwirksam bleibt, bis der Europarat mit qualifizierter Mehrheit und unter Mitentscheidung des Europäischen Parlaments darüber entschieden hat.

4. Forderung: Die öffentlichen Dienste sollen als ein Ziel der Union festgeschrieben und von den Regeln des Wettbewerbs ausgenommen werden.
ATTAC fordert, dass die öffentlichen Dienste (sogenannte "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse") nicht im 2. und 3. Teil des Vertrags, sondern im 1. Teil ("Definition und Ziele der EU") in Artikel I-3 ("Die Werte der Union") stehen. Artikel III-55 unterstellt die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse den Wettbewerbsregeln.
ATTAC beantragt eine Änderung der Artikel III-55, 56 und 57 dahingehend, dass jeder Bezug auf Wettbewerb bezüglich dieser Dienstleistungen gestrichen wird.

5. Forderung: Der Freihandel steht nicht im Dienste des allgemeinen Interesses und darf kein Grundsatz der Union sein.
Es wird mehrmals, insbesondere in Artikel II-69, ausdrücklich vermerkt, dass die Politik der Union sich "dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" anzupassen hat. Bereits die 2. Forderung lehnt den Wettbewerb als ein Ziel der Union ab.
ATTAC beantragt ebenso, dass der Ausdruck "offene Marktwirtschaft" generell gestrichen wird, da damit nur eine andere Definition des Begriffs Freihandel gemeint ist, der in keinem Fall als "Grundsatz" gelten darf. Als sei es eine unumstößliche Wahrheit, setzt Artikel III-216 das "gemeinsame Interesse" mit der "schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalem Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen" gleich. Dieser Artikel steht unter anderem im Widerspruch zum Grundsatz der Lebensmittelsouveränität, die einen Schutz gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte voraussetzt. Im Übrigen rechtfertigt er die (in Cancun fehlgeschlagene) Versuche der Union, die missbräuchlichen Klauseln des 1998 gescheiterten Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) der OECD durch die Hintertür der WTO wieder aufzunehmen. ATTAC beantragt die Streichung dieses Artikels.

6. Forderung: Wir müssen verhindern, dass Kultur, Bildung und Gesundheit durch die gemeinsame Handelspolitik zu Waren gemacht werden.
Artikel III-217 verallgemeinert das Prinzip der qualifizierten Mehrheit für jeden Abschluss eines Handelsabkommens. Dies jedoch mit einer halben Ausnahme: Im Bereich der kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen ist Einstimmigkeit erforderlich, aber nur wenn diese Abkommen "die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Union beeinträchtigen können".
ATTAC fordert die Streichung dieser Klausel, bei der unklar bleibt, wer über ihre Gültigkeit zu entscheiden hätte und beantragt auch, dass Gesundheit und Bildung weiterhin einer einstimmigen Beschlussfassung bedürfen. Diese Forderung ist um so wichtiger, als diese drei Bereiche ständig durch das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO bedroht sind. Auch ist die Neigung der Kommission bekannt, diese Bereiche gegen Zugeständnisse in anderen Bereichen einzutauschen.

7. Forderung: Die Handelspolitik soll Gegenstand demokratischer Kontrolle sein.
Die Bestimmungen von Artikel III-216 und III-217 zur Handelspolitik sehen keinerlei Kontrolle der Abgeordneten über deren Inhalt vor.
ATTAC beantragt:
– dass die Kommission einen eingehenden Jahresbericht über ihre Tätigkeit ablegt, der dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt wird;
– dass das Verhandlungsmandat des handelsbeauftragten Kommissars von einem Mitentscheidungsverfahren von Parlament und Rat abhängig ist, wenn letzterer sich mit qualifizierter Mehrheit dafür ausspricht.

8. Forderung: Das soziale und steuerliche Dumping in der Union muss bekämpft werden.
Im sozialen und steuerlichen Bereich können gewisse Staaten durch die Einstimmigkeitsregel eine Politik des Billigstanbieters betreiben, was den anderen Staaten den Vorwand liefert, den Standard ihrer eigenen Politik in diesen Bereichen nach unten zu ziehen.
ATTAC fordert, dass folgende politische Bereiche, für die zur Zeit die Einstimmigkeitsregel gilt, dem Mitentscheidungs-

verfahren von Parlament und Rat (letzterer mit qualifizierter Mehrheit) unterstellt werden:

– Unternehmensbesteuerung, Steuerhinterziehung (Artikel III-62 und III-63);
– Umweltsteuer (Artikel III-130);
– Sozialversicherung und Grundversorgung, Schutz bei Kündigung des Arbeitsvertrags, kollektive Vertretung und Verteidigung der ArbeitnehmerInnen, Zugang zum Arbeitsmarkt für Staatsangehörige von Drittländern (Artikel III-104);
– Umsetzung von Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern (Artikel III-106).

9. Forderung: Die Wirtschafts- und Währungspolitik soll Wachstum und Beschäftigung fördern.

Artikel III-69 besagt: "die Wechselkurspolitik verfolgt vorrangig das Ziel der Preisstabilität". Nun ist in den Zielen der Union (Artikel I-3) die Rede von "einer in hohem Masse wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung abzielt" sowie von einem "ausgewogenen Wirtschaftswachstum".

ATTAC ist der Meinung, dass die Währungspolitik weder von der Wirtschaftspolitik noch von der Beschäftigungspolitik abgekoppelt werden darf. Folglich fordert die Vereinigung, dass Vollbeschäftigung und Wachstum - auf derselben Ebene wie die Preisstabilität - Hauptziele der Währungspolitik sein müssen.

10. Forderung: Die europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken müssen den Regierungen und den Abgeordneten Rechenschaft ablegen.

Artikel III-80 zählt die Institutionen auf, von denen weder die Europäische Zentralbank noch die nationalen Zentralbanken Empfehlungen oder Weisungen annehmen können.

ATTAC fordert, dass die nationalen Zentralbanken der Autorität der nationalen Regierungen und Abgeordneten unterstellt werden. Da die Vorsitzenden dieser nationalen Zentralbanken dem Gouverneursrat der Europäischen Zentralbank angehören, soll die Politik der Zentralbank vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament kontrolliert werden.

11. Forderung: Die Union soll Darlehen aufnehmen dürfen.

In Artikel I-53 steht: "Der Haushalt der Union wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert".

ATTAC fordert, dass die Union über die derzeit durch Ratsbeschluss auf höchstens 1,27% des BIP der Union festgelegten Eigenmittel hinaus - diese obere Grenze muss nach Meinung von ATTAC erhöht werden - Darlehen aufnehmen kann, insbesondere für den erforderlichen Aufbau der Infrastruktur und für Investitionen in den Ländern, die 2004 beitreten werden. Diese Darlehen sollten insbesondere bei der Europäischen Zentralbank aufgenommen werden, was die Aufhebung von Artikel III-73 nach sich zieht, der der Europäischen Zentralbank untersagt, "Organen, Einrichtungen, Ämtern oder Agenturen der Union" sowie jeglicher nationalen Behörde "Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten" zu gewähren.

12. Forderung: Die Union soll die Kapitalbewegungen kontrollieren können.

Artikel III-45 untersagt jegliche Einschränkung der Kapitalbewegungen. Auf diesen Artikel hat sich bereits ein Europakommissär berufen, um die Tobinsteuer für unmöglich zu erklären.

ATTAC beantragt daher dessen Streichung.

Artikel III-46.3 führt aus, dass für Ausnahmen gegenüber der Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit Drittländern Einstimmigkeit erforderlich ist. ATTAC beantragt, dass die Einstimmigkeit durch die qualifizierte Mehrheit ersetzt wird.

13. Forderung: Der Grundsatz der Sicherung von bestehenden Rechten (Besitzstandwahrung) muss festgeschrieben werden.

Zu den Zielen der Union muss eine Klausel gehören, die den Grundsatz der Beibehaltung von Rechten der UnionsbürgerInnen festhält, und zwar dahingehend, dass EU-Gesetze nur dann anwendbar sind, wenn sie günstiger sind als nationalstaatliche Vorschriften, Übereinkommen oder Vereinbarungen, insbesondere im Hinblick auf die Beachtung der Grundrechte, so wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung ausgeführt sind. Die Präzedenzfälle der 48-Stunden-Woche oder der Frauennachtarbeit zeigen, dass ein solcher Zusatz unverzichtbar ist.

14. Forderung: Keine Vorrechte für die Kirchen, die Europäische Union soll eine säkulare sein.

Der gesamte Wortlaut von Artikel I-51 ist dem Status der Kirchen und "weltanschaulicher" Organisationen gewidmet. Absatz 3 führt näher aus, dass "die Union einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog" mit den Kirchen und Organisationen aufrechterhält. Diese Institutionen sind die einzigen, denen in diesem Vertrag eine solche offizielle Anerkennung garantiert wird.

ATTAC fordert die Streichung von Absatz 3, der bereits in Artikel I-46 enthalten ist: "Die Organe der Union unterhalten einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft."

15. Forderung: Die NATO ist keine europäische Institution.

Artikel I-40 bezieht sich an zwei Stellen auf den Nordatlantikpakt (NATO). Es wird insbesondere festgehalten: Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union ist vereinbar "mit der (im Rahmen der NATO) festgelegten Sicherheits- und Verteidigungspolitik". Nun umfasst die NATO aber zwei nicht-europäische Staaten (Kanada und die USA); 6 derzeitige oder künftige EU-Staaten (Österreich, Zypern, Finnland, Irland, Malta und Schweden) gehören nicht zur NATO; und drei der europäischen NATO-Mitglieder (Island, Norwegen, Türkei) sind nicht Mitglieder der EU. Die NATO ist keine europäische Institution, sondern das wichtigste Instrument der Beherrschung Europas durch die USA.

ATTAC fordert die Streichung aller Verweise auf diese Institution im Vertragswerk.

16. Forderung: Militarisierung kann keine Verpflichtung der Union sein.

Artikel I-40 besagt: "Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich dazu, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern".
ATTAC fordert die Streichung dieses Satzes.

17. Forderung: Die verstärkte Zusammenarbeit muss erleichtert werden.
Artikel I-43 über die verstärkte Zusammenarbeit, durch die mehrere Staaten bei der Annahme einer gemeinsamen Politik schneller und weiter vorankommen sollen, macht eine solche Zusammenarbeit schwierig und ihre Umsetzung langwierig oder gar unmöglich: Es ist eine Entscheidung des gesamten Rats mit qualifizierter Mehrheit erforderlich, ein Drittel der EU-Staaten müssen beteiligt sein usw.
ATTAC fordert die Streichung dieser Mindestzahl beteiligter Staaten und eine einfache Information an den Europäischen Rat und an das Europäische Parlament durch die Regierungen, die eine verstärkte Zusammenarbeit aufnehmen.

18. Forderung: Die EU-Staatsangehörigkeit muss ausgeweitet werden.
Artikel II-39 bis II-46 über die Bürgerrechte müssen nicht nur auf EU-BürgerInnen, sondern auch - nach Verfahren, die noch zu bestimmen sind - auf Niedergelassene anwendbar sein, die nicht BürgerInnen eines EU-Mitgliedstaates sind.

19. Forderung: Für ein wirksames Initiativrecht der BürgerInnen in der EU-Politik.
Gemäß Artikel I-46 kann die Kommission auf Initiative von mindestens einer Million EU-BürgerInnen "aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedsstaaten" aufgefordert werden, "geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht der Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um diese Verfassung umzusetzen." Bleibt man bei dieser Formulierung, so hat die Kommission allein zu bestimmen über Inhalt und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorschlags. ATTAC fordert, dass der Europäische Rat und das Europäische Parlament automatisch und ohne "Filter" durch die Kommission angerufen werden, wenn eine Million Unterschriften für den Entwurf eines Rechtsakts oder eines Gesetzentwurf gesammelt wurden.

20. Forderung: Die Kommission darf nicht das Monopol der Gesetzinitiative auf europäischer Ebene innehaben.
Nach Artikel I-25 behält die Kommission das Monopol bezüglich Gesetzesvorschläge.
ATTAC fordert, dass das Europäische Parlament und der Europäische Rat das gleiche Recht wie die Kommission besitzen sollen, Gesetzesvorschläge einzubringen.

21. Forderung: Der Vertrag soll effektiv überarbeitet werden können.
Artikel IV-7 über das Verfahren zur Überarbeitung des verfassunggebenden Vertrags sieht für Änderungen am Vertrag einen regelrechten Hindernislauf vor, der Jahre dauern kann: "Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedsstaaten gemäss ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind". Dadurch können beispielsweise der Vorrang von Wettbewerb und Freihandel oder die abgewertete Rolle der öffentlichen Dienste von einem einzigen Staat dauerhaft festgeschrieben werden.
ATTAC beantragt, dass die qualifizierte Mehrheit ausreicht, um die Überarbeitung des Vertrags vornehmen zu können. Hinzu kommt ein grundlegende demokratische Forderung: Die Einberufung eines Referendums. Nach der Unterzeichnung des "verfassunggebenden" Vertrags durch die Regierungen der 25 Mitglieder der Europäischen Union (die 15 derzeitigen Mitgliedsstaaten und die 10 im Mai 2004 neu Beitretenden) soll er von jedem einzelnen dieser Staaten ratifiziert werden. In Frankreich besagt Artikel 53 der Verfassung, dass "Friedensverträge, Handelsverträge, Verträge oder Abkommen über internationale Belange, Verträge, durch die die Staatsfinanzen in Anspruch genommen werden sowie Verträge, die gesetzliche Bestimmungen verändern, nur auf Grund eines Gesetzes ratifiziert oder genehmigt werden können."

Dieses Gesetz kann auf zwei verschiedene Arten zur Abstimmung gelangen: Entweder wie andere Gesetze über das Parlament; oder auf dem Weg eines Referendums gemäß Artikel 11 der Verfassung: "Der Präsident der Republik kann auf Vorschlag der Regierung während der Sessionsperiode oder auf gemeinsamen Vorschlag beider Kammern jeden Gesetzesentwurf, der die Organisation der Staatsgewalt, Reformen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nation und der dazu notwendigen öffentlichen Dienste betrifft, oder jeden Gesetzesentwurf, der auf die Ratifizierung eines Vertrags abzielt der - ohne Verletzung der Verfassung - Auswirkungen auf das Funktionieren der Institutionen hätte, einer Volksabstimmung unterwerfen."

Während seines Wahlkampfs hat der Präsident der Republik versprochen, den künftigen europäischen Verfassungsvertrag der gesamten Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Zahlreiche führende Politiker aus allen Lagern haben sich ebenfalls in diesem Sinn geäußert, obwohl einige unter ihnen im privaten Gespräch zugaben, dass sie den Weg über das Parlament vorziehen würden: Denn das Parlament garantiert die Annahme des Vertrags, während der Ausgang einer Volksabstimmung ungewiss ist?

ATTAC spricht sich entschlossen und ohne politischen Hintergedanken für die Durchführung eines Referendums aus. Man kann nicht durch die Bezeichnung "Europäische Verfassung" die Bedeutung des künftigen Vertrags preisen und bis zum Überdruss wiederholen, dass "Europa den Bürgern nahegebracht" werden muss und gleichzeitig diesen das Recht absprechen, sich dazu direkt zu äussern.
ATTAC wird daher sämtliche Organisationen, die sich für ein Referendum ausgesprochen haben, einladen, an einer gemeinsamen Aktion teilzunehmen, um diese grundlegende demokratische Forderung durchzusetzen.

Ehrenamtliche Übersetzung: Angelika Gross, Yan-Christoph Pelz, coorditrad@attac.org - sig-kv, bw

Militarismus als Verfassungsprinzip
von Tobias Pflüger

Vortrag von Tobias Pflüger im Rahmen der Veranstaltung "Europa der Konzerne und Generäle" der Friedenswerkstatt Linz am 15.10.2003 in der Arbeiterkammer Linz.

Aus: "EU-Verfassung - Europa der Konzerne und Generäle?" - Die EU-Verfassung aus der Sicht von Friedens-, Anti-Atom- und globalisierungskritischer Bewegung; Friedenswerkstatt Linz, www.friwe.at

Ich komme aus einem Land, wo die blaue Fahne mit den gelben Sternchen gerne vorne drangehalten wird, damit man das schwarz-rot-gold, das relativ rasch dahinter ist, nicht so schnell sieht. Interessant ist ja, wir sind in Deutschland wahrscheinlich eines der Länder, wo es garantiert kein Referendum über die EU-Verfassung geben wird. In einer Reihe von Ländern ist dieses Referendum vorgesehen, in einer Reihe von Ländern wird es diskutiert.

Militärpolitik rückt ins Zentrum der EU

Ich möchte mich nun im wesentlichen auf den Inhalt dieses Verfassungsentwurfes konzentrieren. Ich muss vielleicht zum Kontext etwas sagen. Ich habe für ein Mitglied des EU-Konventes vorübergehend im Bereich der Arbeitsgruppe Verteidigung gearbeitet. Das Endergebnis dieser Arbeitsgruppe Verteidigung war der sogenannte "Barnier-Bericht". Dieser Bericht ist wie das Ergebnis der verschiedenen anderen Arbeitsgruppen nachher in die Endfassung eingeflossen. Und es deutete sich schon in diesen Entwürfen das an, was sich jetzt in der gesamten Verfassung widerspiegelt, dass nämlich im Außen- und Militärpolitischen Bereich die Regelungen, die getroffen werden, sehr, sehr konkret sind, was man für andere Bereiche so in der Form nicht sagen kann. Im Bereich der Außen- und Militärpolitik gibt es sehr verbindliche Regelungen innerhalb der EU-Verfassung. Ich habe den Eindruck, dass zunehmend der Bereich der Militärpolitik in das Zentrum der EU-Politik rückt und immer mehr die Bereiche wie Agrarpolitik auf die Seite drängt. Das ist zunächst rein quantitativ so, dass der Bereich der sogenannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) viel Raum einnimmt. Eine zentrale Regelung ist, dass die EU in Zukunft für die GASP aller EU-Staaten zuständig ist, und dass es in Zukunft so sein wird, dass die EU, wenn sie Regelungen in diesem Bereich trifft, die jeweiligen nationalen Regelungen überlagert bzw. verbindlicher als diese ist. Das heißt z.B. für die BRD, dass sämtliche Regelungen, die durch das Bundesverfassungsgericht für Auslandseinsätze festgelegt worden sind - Bindung von Militäreinsätze an ein Mandat des Bundestages - damit vollkommen neu diskutiert werden.

Absolutes Novum: Aufrüstungsverplichtung in Verfassungsrang

Was formuliert wird, ist, dass die EU in Zukunft so etwas wie weltpolitisches Machtzentrum werden soll, und dass dieser Bereich der Militärpolitik eine viel wichtigere Rolle spielt als solche Aspekte wie Entwicklungspolitik oder völkerrechtliche Regelungen. Was mit dieser Verfassung festgelegt wird, ist z. B. dass die verschiedenen EU-Staaten verpflichtet werden, Schritt für Schritt ihre militärischen Fähigkeiten zu erhöhen. Das heißt, es ist faktisch so etwas wie eine Aufrüstungsverpflichtung in dieser Verfassung drin. Und das finde ich insofern sehr spannend, als wir noch nie in einer Verfassung irgendeines Staates eine Regelung hatten, dass dieser Staat oder in diesem Fall der Staatenverbund verpflichtet ist, regelmäßig aufzurüsten. Das ist ein absolutes Novum, das gibt es bisher nirgends. Und ist meines Erachtens auch einer der ganz zentralen Punkte dieser Verfassung. Das wird in diesem Satz (Artikel 1-40): *"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern."* deutlich. Und damit das auch kontrolliert werden kann, dass sich jedes EU-Mitglied an diese Aufrüstungsverpflichtung hält, wird ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeit geschaffen. Und dieses Amt soll *"bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten mitwirken und die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangen Verpflichtungen bewerten."* Im Klartext: dieses Amt überprüft inwieweit diese Verbesserungen der militärischen Fähigkeiten umgesetzt werden. Dann soll dieses Amt noch im Bereich der Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie unterstützend wirken. Und es soll *"Maßnahmen zur Bedarfsdeckung fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beitragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchführen."*
D. h. dieses Amt ist auch eine Exekutive.

Militärische Kampfeinsätze im Verfassungsrang

In der Verfassung wird auch festgeschrieben, und ich denke das ist der zweite wichtige Punkt - dass in Zukunft *"Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen"* durch die EU-Streitkräfte möglich sein sollen. Das ist insofern auch ein Novum, als man in einer Verfassung Kampfeinsätze festschreibt, dieses gab's bisher in der Form nicht. Dazu muss man den Stand der EU-Streitkräfte schildern.
Es gibt vor allem in zwei Bereichen sehr weitgehende Entwicklungen. Es gibt eine sogenannte EU-Interventions-truppe, die heißt in den EU -Papieren auch genau so.
Dazu gibt es eine nette Geschichte: Ich saß einmal mit dem Manfred Opel, das ist ein ehemaliger SPD-Parlamentarier, auf dem Podium und habe zitiert, dass es da eine EU-Interventionstruppe gibt, und da sagt er, das stimmt überhaupt nicht, sie haben da gar nicht den Originaltext vor sich, und ich sage: doch, ich habe hier den englischen Originaltext vor mir

liegen. Da heißt es "European Intervention Troops". Und da sagt er, ja klar, wenn sie die englische Fassung haben, lesen Sie die deutsche, dort heißt es "Krisenreaktionskräfte". Das zeigt mal wieder, dass offensichtlich im deutschen Kontext man solche Dinge etwas vorsichtiger formulieren muss. In der französischen Fassung heißt es übrigens auch Interventionstruppen.

Was diese Interventionstruppen machen sollen, wird auch in der EU-Verfassung konkret beschrieben: *"Mit all diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung von Drittstaaten bei der Bekämpfung der Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet."*

Das ist wohlgemerkt nicht irgendein Erlass, dass soll Verfassungsgesetz werden! Wir kennen das, dass z. B. US-Truppen und Philippinische Truppen gemeinsam auf den Philippinen das bekämpfen, was dort als Terrorismus bezeichnet wird - ob es das nun ist oder nicht.

Deutschland als Motor der EU-Interventionstruppe

Das bedeutet auch, dass genau diese Interventionstruppe vermutlich einen sehr breiten Radius haben wird. Im November 1999 erklärten sich die EU-Außen- und Verteidigungsminister bereit, über 100.000 SoldatInnen sowie rund 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe für diese Interventionstruppe zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, dass von diesen 100.000 SoldatInnen 60.000 innerhalb von 60 Tagen zu Militäreinsätzen von bis zu einem Jahr ausrücken können.

Interessant sind die Größenordnungen der Soldaten-Kontingente der einzelnen EU-Staaten: Österreich: 3.500, Belgien: 1.000, Großbritannien: 12.500, Finnland: 2.000, Frankreich: 12.000, Griechenland: 3.500, Irland: 1.000, Italien: 6.000, Luxemburg: 100, Niederlande: 5.000, Portugal: 1.000, Schweden: 1.500. Dänemark beteiligt sich erfreulicherweise nicht an der EU-Truppe.

Zu diesen Kontingenten kommen noch Beiträge aus den europäischen NATO- (aber nicht EU-Staaten) Norwegen und Island und sämtliche 13 EU-Beitrittskandidaten - einschließlich der Türkei - hinzu. Deutschland stellt mit 18.000 Mann das mit Abstand größte Kontingent. Und die deutsche Regierung erklärt ganz stolz auf ihrer Homepage: Wir stellen ein Drittel dieser Truppe. Denn um 18.000 einsatzfähige SoldatInnen zu haben, sind 32.000 notwendig, die extra dafür ausgebildet werden.

Interessant ist, dass auch der Chef dieser Truppe ein Deutscher ist: der heißt Rainer Schuhwirth, und auch der Sitz, von der aus die Truppe wohl kommandiert werden wird, befindet sich in Deutschland. Denn das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow ist auch der "Kern eines Operation Headquarters der Europäischen Union." Irgendwann denkt man, da ist eine Logik dahinter. Und mein Eindruck ist auch der, wenn man sich das im militärischen Bereich anschaut, dann findet man immer wieder eine deutliche deutsche Dominanz in dem ganzen. Schaut man ein bisschen in die Geschichte hinein, sieht man immer wieder, dass Deutschland diese militärische Entwicklung der EU voranbringt.

Jetzt sind ja in Deutschland am 21. Mai Verteidigungspolitische Richtlinien vorgelegt worden, und da ist der Satz, auf den wir schon lange gewartet haben, drinnen, nämlich: *"Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei der Entwicklung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik eine Schlüsselrolle gespielt."*

Genau diese Analyse haben wir regelmäßig veröffentlicht und das ist dann immer wieder von Regierungsseite dementiert worden. Nachdem die Türkei ihren Widerstand gegen eine EU-Eingreiftruppe aufgegeben hat, hat die EU ihre ersten Einsätze in Mazedonien und in Kongo übernommen. Von EU-Seite ist auch die Übernahme des SFOR-Einsatzes in Bosnien beschlossen, allerdings gibt es dagegen noch Widerstand bei der US-Regierung. Das sind zuerst mal nur "Stationierungs- und Sicherungseinsätze".

Mittelfristig sind auch kriegerische Einsätze zu erwarten, die Struktur der Truppe ist daraufhin angelegt.

Wenn man sich den zweiten Bereich der EU-Streitkräften anguckt, der wichtig ist, dann sind das die verschiedenen internationalen Korps:

Da gibt es z.B. ein deutsch-niederländisches Korps, das war relativ wichtig, weil dieses Korps während des Irak-Krieges in Afghanistan die "Lead-nation"-Funktion übernommen hat. Die deutsche Zeitung "Die Welt" hat das sehr schön formuliert, als "Kompensationsgeschäft", damit keine deutschen Truppen im Irak mitkämpfen müssen. Und dieses deutsch-niederländische Korps ist als eines bekannt, das relativ weit fortentwickelt ist.

Dann gibt es ein deutsch-dänisch-polnisches Korps; dieses sollte eigentlich in der polnischen Besatzungszone im Irak stationiert werden. Das Problem war dabei bloß, dass die dänischen Truppen schon anderweitig versprochen waren, nämlich an Großbritannien. Und die Deutschen haben dann gesagt: Also direkt Truppen wollen wir nicht stellen, ansonsten sind wir zu allem bereit: deutsche GSG 9, die Elitepolizisten, sind jetzt im Irak.

Interessant ist, dass bei diesen Korps zwei Staaten fast immer beteiligt sind, nämlich Deutschland und Frankreich. Das sind auch die zwei Staaten, die die Entwicklung der Militärmacht EU enorm voranbringen. Und wenn man sich ansieht, wer verhindern will, dass die EU-Verfassung nochmals aufgeschnürt wird, dann sind das genau die deutsche und französische Regierung. Der Hintergrund ist relativ klar: Das, was da drin steht, ist ihre Position. Und vor allem die kleineren EU-Staaten haben - wenn man es freundlich formuliert - erst später bemerkt, was drin steht - oder unfreundlicher, sich von der deutsch-französischen Regierung diese Position vorschreiben lassen.

Militärisches Kerneuropa

Ein zentraler Punkt, den die deutsche und französische Regierung in dieser Verfassung festgeschrieben haben, ist, was Joschka Fischer das sogenannte "Avantgarde-Europa" nennt. Ich finde den Begriff, den Wolfgang Schäuble früher geprägt hat, viel besser: Kerneuropa.

In der EU-Verfassung heißt es dazu: *"Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit*

höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union."
Das muss man übersetzen:
Staaten, die untereinander militärisch verflochten sind, und die enger zusammenarbeiten wollen innerhalb der EU, können das in Zukunft auch tun, ohne dass die anderen das noch verhindern können. Der Effekt ist, dass z. B. deutsch-französische Interventionen irgendwo stattfinden und die kleineren Staaten sich nur noch enthalten können. Die können das dann nicht mehr verhindern. Und das wird dann auch explizit im Artikel III-210 festgelegt: *"Im Rahmen der nach Artikel III-210 erlassenen Europäischen Beschlüsse kann der Ministerrat die Durchführung einer Mission einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen, die über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen und sich an dieser Mission beteiligen wollen."*
Das heißt, im Grunde genommen können die einzelnen Staaten das Equipment der EU nutzen. Beim so genannten "Pralinen-Gipfel" direkt nach dem Irak-Krieg haben die so genannten "Kriegsgegner-Staaten" (ich sag "so genannt" weil es ja keine waren - Deutschland war ja Teil der Kriegs-koalition, weil ohne die deutsche Kriegsunterstützung wäre der Irakkrieg so gar nicht möglich gewesen, weil 80% der Transporte für den Irak-Krieg über Deutschland gelaufen sind) - beschlossen, dass die militärische Komponente der EU gestärkt werden muss. Und dass sie - die vier: Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg – vorangehen wollen und die anderen dem dann folgen sollen.
Genau dieses war die Umsetzung des militärischen Kern-europakonzeptes. Was in der Verfassung auch festgelegt wird, ist, wer in Zukunft über Militäreinsätze entscheiden soll.
Und das ist für Deutschland sehr spannend: da heißt es nämlich: *"Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat"*. In Deutschland ist das bisher so geregelt, dass das der Bundestag zu entscheiden hat. Verteidigungsminister Peter Struck war vor kurzem in Washington und jedes Mal, wenn er von dort wieder zurückkommt, fallen ihm irgendwelche neuen Ideen ein. Diesmal ist ihm eingefallen, dass er den Bundestag gar nicht mehr beteiligen will. Und dann gibt es da Parlamentarier, die darauf verweisen, na gut, dann ist es halt nicht der Bundestag sondern das EU-Parlament. Auch dieses ist konkret in der Verfassung geregelt - und nicht so, wie die Parlamentarier sich das vorstellen, sondern: es heißt dort, dass das EU-Parlament informiert werden soll, es hat keinerlei Entscheidungsbefugnis, und es wird von den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Laufenden gehalten. Und es kann Anfragen an den Ministerrat der Außenminister der Union stellen. Es gibt also keine parlamentarische Kontrolle dieser Militäreinsätze.

"Robuste Interventionen" für das "Gute in der Welt"

Zentral zu dieser EU-Verfassung als Kontext gehört, was beim EU-Gipfel in Thessaloniki Mitte 2003 beschlossen wurde, nämlich dieses Strategiepapier, das so genannte "Solana-Papier". In dem wird ganz klar formuliert, worum es geht. Ich zitiere: *"Als eine Union mit 25 Mitgliedern, die insgesamt 160 Milliarden Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir nötigenfalls in der Lage sein, mehre Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt. Wir sollen vor allem an Operationen denken, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen. Dies ist ein Bereich, in dem wir einen besonderen Mehrwert schaffen könnten. Eine aktivere Europäische Union wird größeres politisches Gewicht in allen Situationen besitzen."*

Hallo, wir sind einen neue Weltmacht!

Desweiteren fordert das Solana-Papier eine Aufstockung der Rüstungsmittel. Die Begründung dafür ist spannend, ich zitiere: *"Wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen, brauchen wir den Aufbau von mobilen, flexiblen Einsatzkräften, müssen wir die Mittel für die Verteidigung aufstocken."* Es heißt nicht: "wenn die Bedrohungen ernst zu nehmen sind" sondern "wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen" - und dann wird das formuliert, was sowohl die EU-Verfassung als auch dieses Solana-Papier auf den Punkt bringen.
Folgenden Satz musste ich mehrfach lesen, bis ich ihn geglaubt habe: *"Gemeinsam handelnd können die EU und die USA eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt."* Genau das macht deutlich, was dieser Grundansatz ist. Das "Gute in der Welt", was die sich vorstellen, bedeutet das Wirtschaftssystem, wie es in der EU und in den USA ist, und dass man sich Interventionstruppen schafft, mit denen man Krieg führen kann, um dieses System durchzusetzen.
Das werden Kriege sein, gegen Menschen im Süden - und das wird hier als "das Gute" in der Welt bezeichnet. Und für jemanden, der im globalisierungskritischen Zusammenhang ebenfalls tätig ist - ich bin im wissenschaftlichen Beirat von Attac in Deutschland - ist es ganz klar: das Gute, was die meinen, ist nicht das, was für die Menschen gut ist. Sondern genau das Falsche.

Was hier formuliert wird, ist ein ganz klarer globaler Anspruch. Der Abschlusssatz des Papiers definiert was Ziel und Zweck des Ganzen ist: *"Eine aktive und handlungsfähige EU könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben."* Da sagt praktisch jemand: Hallo, wir sind eine neue Weltmacht! Begründung folgt hinterher: *"Damit würde sie zu einem multilateralen System beitragen, die zu einer gerechteren und sichereren Welt führen würde."*
Jetzt gibt es zwei Regierungen - die britische und US-amerikanische, die gerade einen Krieg geführt haben, die sagen, es soll ein unilaterales System mit nur einer Weltmacht - den USA - geben. Die französische und die deutsche Regierung sagen, wir wollen ein multilaterales System, nämlich zwei Weltmächte - die USA und die EU. Und dieses Papier von Solana und die EU-Verfassung sind eine Kampfansage an diese Unilateralisten. Da geht es darum, dass vor allem Frankreich und Deutschland mit dem Mäntelchen EU eigenständige Weltmachtpolitik ausüben wollen. Für mich ist das so: dieses Europa hat eine sehr hohe Akzeptanz und wenn jetzt die deutsche Regierung proklamieren würde,

dass sie weltpolitischer Akteur in der Form werden will, wie es hier proklamiert wird, wenn es quasi hieße, es geht um direkte weltpolitische Durchsetzung deutscher Interessen, mit militärischen Mitteln, dann würden eine ganze Reihe von Ländern sehr sensibel reagieren. Also zieht man sich das Europa-Mäntelchen um. Und damit hat man die viel größere Akzeptanz.

Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und militärischer EU hat der ehemalige Verteidigungsstaatsekretär Dr. Walther Stützle beim Symposium "Sicherheit, Menschenrechte und Stabilität in Europa und der NATO" 1999 im Haus der Industrie in Wien deutlich gemacht: *"Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung."*

Die EU will ihre politischen Interessen offenbar nicht mehr nur mit diplomatischen Mitteln durchsetzen, sondern auch mit militärischen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in dankenswerter Offenheit den Zusammenhang zwischen Militarisierung und Sozialabbau klargelegt. Bei der Eröffnung der Hannover-Messe stellte er einen direkten Zusammenhang zwischen dem Sozialabbau-Programm der "Agenda 2010" und der Herausbildung einer starken EU her: *"Das, was ich mit der ‚Agenda 2010' bezeichnet habe..., hat mit dem Thema zu tun, das ich anfangs erörtert habe. Wenn Deutschland seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt in dem gekennzeichneten Maße spielen will und soll, ... dann reicht es eben nicht aus, das nur zu wollen, sondern dann muss man das Land ökonomisch in Stand setzen, auch die Kraft zu haben und sie diesem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu können. Es gibt also ... einen engen Zusammenhang zwischen dem, was wir uns als Emanzipation Europas in der internationalen Politik vorstellen können und müssen, und dem, was etwa mit der Lissabon-Strategie* [1] *bezeichnet worden ist. Wer diesen Zusammenhang nicht sieht, der sollte dann auch nicht über die neuen Aufgaben Europas in der internationalen Politik reden, jedenfalls nicht vollmundig. Das, was wir mit der ‚Agenda 2010' vorhaben, ist also natürlich unserer inneren wirtschaftlichen und sozialen gesellschaftlichen Entwicklung geschuldet. Es ist aber zugleich unsere Verantwortung für ein starkes Europa und damit für seine Rolle in der Welt. Man sollte diesen Zusammenhang jedenfalls nicht vergessen."*

Antikriegs-, globalisierungskritische, Umwelt- und Grundrechtsbewegung müssen EU-Verfassung ablehnen

Ich denke, für uns ist es ganz wichtig, dass wir sagen: diese Verfassung, die hier vorlegt worden ist, ist vor allem eine Militärverfassung. Und diese Verfassung ist nicht die Verfassung, die etwas für die Menschen bringt, sondern es ist eine Verfassung, die im wesentlichen eine Festschreibung dessen ist, was im militärpolitischen Bereich unter deutsch-französischer Führung herausgebildet wurde. Nämlich, dass man eine eigenständige Interventionstruppe haben will, dass man eigenständig intervenieren will.

Es wird auch klar, warum Deutschland und Frankreich gegen den Irak-Krieg waren: Sie hatten ganz einfach andere Interessen in der Region. Die deutsche Regierung hat so etwas wie eine "Doppelstrategie" gefahren. Sie hat einerseits den Krieg umfangreich unterstützt und andererseits im diplomatischen Bereich dagegengesprochen. Ziel dieser Doppelstrategie war, dass sie mit dabei sein will im Irak, weil man auch deutsche Firmen unterbringen will, und dass man andererseits diese Gegenmilitärmacht Europäische Union aufbaut.

Wenn man sich das deutsche Strategiepapier, die Verteidigungspolitischen Richtlinien anschaut, dann wird deutlich, dass genau dort so ein Machtanspruch formuliert wird. Deshalb abschließend: ich habe jetzt bei der Gründung des Sozialforums in Berlin vorgeschlagen, dass man eine Kampagne initiiert gegen die neue EU-Verfassung. Das ist auf sehr positive Resonanz gestoßen und ich erhoffe mir, dass die Antikriegs-, die globalisierungskritische Bewegung, die Ökologiebewegung und die Grundrechtebewegung diese EU-Verfassung ganz klar ablehnt.

Tobias Pflüger ist Friedenswissenschaftler und Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen.

Link-Empfehlungen:
Friedenswerkstatt Linz, www.friwe.at
www.friedensvolksbegehren.at

Fußnote:

[1] Die Lissabon-Strategie ist eine Vereinbarung der EU-Regierungschefs vom Frühjahr 2000, bei der es darum geht, "die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen". "Gleichzeitig sollen die sozialen Schutzssysteme modernisiert, deren langfristige Finanzierbarkeit sichergestellt und an die Dynamik des Wirtschaftslebens angepasst werden."

Link-Empfehlung:
Link-Empfehlung:
Der Friedenspolitische Ratschlag dokumentiert das Strategiepapier von Solana in einer deutschen Übersetzung, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/solana-papier.html

www.bushin30seconds.org
Wahlwerbung in Sachen "Wie George W. Bush unser Land in die Irre führt".
In der Jury sitzen u.a. Michael Moore, Donna Brazile, Jack Black, Janeane Garofalo, Margaret Cho und Gus Van Sant.
Anfangs dachten die Veranstalter dieses Wettbewewerbs - MoveOn.org Voter Fund -, dass 300 Einreichungen ein Erfolg wären - mittlerweile sind es mehr als 1.000.

Die Europäische Union wird nicht wiederzuerkennen sein
Stellungnahme aus der Friedensbewegung zum EU-Gipfel und der "Europäischen Sicherheitsstrategie“

Im Folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Verabschiedung der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie beim EU-Gipfel 12.-14. Dezember 2003 in Brüssel. Die endgültige Doktrin war am 9. Dezember von den Außenministern der EU verabschiedet worden; sie wurde aber nirgendwo veröffentlicht. Zuverlässigen Quellen zufolge ist die Doktrin fast identisch mit dem sogenannten Solana-Papier vom Juni 2003.

Pressemitteilung des Bundesausschuss Friedensratschlag

- Fundamentale Wende in der Geschichte der EU
- Präventivkriegskonzeption à la Bush-Doktrin
- EU wird Interventionsmacht - Bundesregierung an vorderster Front
- Friedensbewegung: Ja zu Europa - Nein zur Militärverfassung

Anlässlich des EU-Gipfels in Brüssel erklären die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Lühr Henken (Hamburg) und Dr. Peter Strutynski (Kassel):

Heute beginnt in Brüssel der EU-Gipfel, der die letzten Hürden vor der Verabschiedung der EU-Verfassung aus dem Weg räumen soll. Förmlich verabschiedet werden soll auch die neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), die vor drei Tagen von den EU-Außenministern abgesegnet wurde. Auch wenn kaum jemand darüber spricht: Damit verändert die Europäische Union ihren Charakter grundlegend.
Mit der Annahme der vom Außenbeauftragten der EU, Javier Solana, ausgearbeiteten ESS durch die Staats- und Regierungschefs der EU begeben sich die EU-Staaten auf die Linie der Nationalen Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten vom September 2002 ("Bush-Doktrin"). Das Novum einer Militärdoktrin markiert eine fundamentale historische Wende in der Geschichte der Europäischen Union von einer "Zivilmacht" zur globalen Interventionsmacht. Die EU wird nicht wiederzuerkennen sein.
Ausgehend von einer Bedrohungsanalyse, der zufolge Gefahren vor allem vom internationalen Terrorismus, von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem Scheitern von Staaten (failed states) ausgehen, wird der zivilen Prävention zwar der Vorrang eingeräumt, jedoch die "robuste Intervention" militärischer Art nicht ausgeschlossen. Frühzeitiges und schnelles Eingreifen wird hervorgehoben, wobei "die erste Linie der Verteidigung oft auswärts liegen wird". Damit wird die im Aufbau befindliche Schnelle Eingreiftruppe der EU auf eine Präventivkriegsstrategie ausgerichtet, wie sie sich auch in der "Bush-Doktrin" findet.
Analog zum Entwurf einer "Verfassung für Europa", der in Art. 40 Ziff. 3 eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur schrittweisen Erhöhung ihrer militärischen Fähigkeiten festschreibt, verlangt die Militärdoktrin "mehr Mittel für die Verteidigung", um den Aufbau flexibler mobiler Truppen zu finanzieren.
Auch wenn die volle Einsatzfähigkeit der Schnellen EU-Eingreiftruppe von 80.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte bis Ende dieses Jahres - wie es ursprünglich geplant war - nicht erreicht wird, (allenfalls reicht es derzeit für den Einsatz weniger Brigaden), so sollen Militärdoktrin und EU-Verfassung die EU-Staaten auf eine ambitionierte Militarisierung der EU festlegen.
Die deutsche Regierung hat bisher maßgeblich zur Prägung dieser Politik beigetragen. Sie will mit 18.000 Soldaten das größte nationale Kontingent der 80.000 Soldaten stellen, verfügt über drei von sieben Hauptquartieren der EU-Staaten zur Führung von EU-Truppen, schafft sich bis 2007 ein universelles hochauflösendes globales Aufklärungssatellitensystem in nationaler Regie, ist federführend beim auch militärisch nutzbaren globalen europäischen Navigationssatellitensystem Galileo und betreibt mit Marschflugkörpern, Korvetten, Laser- und Streubomben und anderen Offensivwaffen eine aggressive Aufrüstungspolitik. Die Bundeswehr soll in die Lage versetzt werden, an vorderster Front in den Kriegseinsatz ziehen zu können.

Diese Politik stellt eine Bedrohung für die Welt dar!

Erfahrungsgemäß lassen sich Selbstmordterroristen weder durch noch so viele Waffen von ihren Untaten abschrecken noch mit Krieg bekämpfen. Im Gegenteil: Krieg fördert den Terror noch! Die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen dient erfahrungsgemäß als Vorwand für Krieg, die Drohung mit Krieg provoziert jedoch in gefährlicher Weise den Aufbau von Massenvernichtungspotenzialen in den bedrohten Staaten, weil ihnen eine effektive Verteidigung mit konventionellen Mitteln gegen die vernichtende Überlegenheit der Angreifer, zu denen künftig auch die EU zählen könnte, unmöglich erscheint.
Diese EU-Politik verstärkt die Unsicherheit auf der Erde! Sie ist in hohem Maße kontraproduktiv und teuer. Nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde, sondern Abrüstung!
Der Bundesausschuss Friedensratschlag lehnt aus all diesen Gründen die Europäische Sicherheitsstrategie und den Verfassungsentwurf ab. Wir sagen Ja zu Europa, aber Nein zur Militärverfassung. Die Friedensbewegung wird diese Position in den nächsten Wochen und Monaten im europäischen Rahmen zusammen mit anderen sozialen Bewegungen (Europäisches Sozialforum, Attac) in der Öffentlichkeit propagieren. Wir treten für ein Europa ein, das sich dem Krieg verweigert.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Lühr Henken (Hamburg), Peter Strutynski (Kassel)
Kassel/Hamburg, 12. Dezember 2003

Es ist höchste Zeit zur Umkehr

Abschlusserklärung des 10. Friedenspolitischen Ratschlages zur EU-Verfassung, 6./7. Dezember 2003

"Abrüstung statt Sozialabbau" bleibt unverändert unsere Forderung an die politisch Verantwortlichen. Wir verlangen eine drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben und die Streichung aller Rüstungsvorhaben, die für Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgesehen sind. Wir wollen Frieden und Abrüstung jetzt. Wir wollen den Sozialstaat erhalten und eine gerechte und solidarische Gesellschaft dauerhaft gestalten.

Wir verlangen eine grundsätzliche Abkehr von der sich ausbreitenden internationalen Kriegspolitik, mit der die Mächtigen versuchen, ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Angriffskriege müssen verhindert, die deutsche Beteiligung an den weltweiten Kriegen muss gestoppt werden. Deshalb kann auf öffentliche, dem Menschen- und Völkerrecht verpflichtete Aufarbeitung des Irak-Krieges nicht verzichtet werden. Ein Irak-Tribunal der Völker ist überfällig.

Die Bundeswehr wird zur weltweiten Interventionsarmee hochgerüstet. Einsätze von der Evakuierungsmaßnahme bis zum Krieg sollen ausgeweitet werden. Dafür sollen spezielle Einsatzkräfte und neue kostspielige Waffen und Ausrüstungen beschafft werden. Wir brauchen weder Marschflugkörper, Streubomben, Eurofighter, noch Korvetten. Die Bundesregierung muss auf die "nukleare Teilhabe" verzichten. Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen.

Wir wenden uns gegen den Ausbau der Europäischen Union zu einer weltweiten militärischen Interventionsmacht. In der zukünftigen EU soll die Verpflichtung der Mitgliedstaaten "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" Verfassungsrang erhalten. Aufrüstung als Verfassungsziel - das ist der falsche Weg. Dem Inkrafttreten dieser Verfassung stellen wir uns entgegen. Wir unterstützen den europaweiten Aktionstag für ein anderes Europa am 9. Mai 2004, an dem die feierliche Verabschiedung der Europäischen Verfassung unter Ausschluss der Völker vorgesehen ist. Auch die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen zum Signal gegen die beabsichtigte Militarisierung Europas werden.

Besorgniserregende Signale kommen aus den USA. Präsident Bush will das Arsenal einsatzfähiger Massenvernichtungswaffen erweitern. Es sollen "kleine Atombomben" entwickelt werden, die mit hoch präzisen Waffen punktgenau zum Einsatz kommen sollen. Das sind Massenvernichtungswaffen zum Einsatz in zukünftigen Präventivkriegen. Nicht die so genannten Schurkenstaaten bedrohen die Existenz der Menschheit; es sind wieder einmal die USA, die unter Missachtung geltender Verträge und im Widerspruch zum Völkerrecht kriegsführungsfähige Atomwaffen entwickeln und einsetzen wollen. Dieser menschenverachtenden Politik werden wir uns mit allen Kräften - auch am Atomwaffenstationierungsort Ramstein - widersetzen.

Wir unterstützen die Aktivitäten gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz" am 6./7. Februar 2004 in München. Wir rufen auf, den 15. Februar 2004 zu einem Informationstag über friedenspolitische Alternativen zu Krieg und Besatzung im Irak zu machen. Wir unterstützen den in Paris beim Europäischen Sozialforum beschlossenen Aktionstag am 20. März 2004 für den Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und für die Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost durch vielfältige regionale Initiativen. Der Genfer Nahost-Friedensplan kann neue Impulse für eine Verhandlungslösung geben. Wir unterstützen die Kampagne gegen die Mauer im besetzen Westjordanland.

Wir schlagen allen Bewegungen und Initiativen vor, vom 20. bis zum 27. März 2004 eine Aktionswoche für Frieden und soziale Gerechtigkeit mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen im ganzen Land durchzuführen. Die Ostermärsche sollen die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit der weltweit aktiven Friedensbewegung demonstrieren.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen gestalten wir einen europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau und unterstützen die Bildung lokaler und regionaler Mobilisierungsbündnisse. Unsere Forderung bei diesem Aktionstag: "Abrüstung statt Sozialabbau".

Kassel, den 7. Dezember 2003

Gegen diese EU-Verfassung! "Für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert"

Die EU hat einen Entwurf für eine gemeinsame Verfassung vorgelegt, die dann über den einzelstaatlichen Verfassungen, also auch über dem deutschen Grundgesetz steht.

Die so genannte "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und die "gemeinsame Verteidigungspolitik" nehmen einen zentralen Raum im Verfassungsentwurf ein. Im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich finden sich dramatische Neuerungen. So gibt es eine explizite Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Artikel I-40 Absatz 3). Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und teilweise durchzuführen wird ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" eingerichtet.

EU-Streitkräfte - z.B. die neue EU-Interventionstruppe mit 60.000 Mann und Frau - sollen zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen" (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: "Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet". (Artikel III-210).

Passend zur Absicherung der militärischen Komponente der EU wird im Verfassungsentwurf zudem das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben.

Diese EU-Verfassung darf nicht umgesetzt werden!

Wir lehnen diese EU-Verfassung ab!

Wir sind für einen neuen EU-Verfassungsentwurf,

der auf breiter gesellschaftlicher Basis unter Einschluss sozialer, emanzipatorischer Bewegungen entsteht,

der eine Europäische Union schafft, die sich dem Krieg verweigert,

und der die Vision einer demokratischen, sozialen und zivilen Europäischen Union erfüllt.

Kassel, 7. Dezember 2003

ErstunterzeichnerInnen: Bundesausschuss Friedensratschlag, Deutscher Friedensrat, Informationsstelle Militarisierung u.a.

Sozialabbau und Globalisierung
von Stephan Lindner

Rede von Stephan Lindner, Sprecher der EU-AG von Attac Deutschland während des 2. Europäischen Sozialforums in St. Denis bei Paris auf dem Seminar "The future of welfare states in Europe"

Als Vertreter aus Deutschland und des globalisierungskritischen Netzwerks attac möchte ich besonders auf die Situation des Sozialstaates in Deutschland und ihre Wechselwirkung mit der Globalisierung eingehen.
Sozialabbau trägt in Deutschland zur Zeit den Namen Agenda 2010. Die Agenda 2010 ist Teil eines umfangreichen Projektes, an dessen Ende die Abschaffung des Sozialstaates und die Zerschlagung von Gewerkschaften in ihrer heutigen Form stehen.

Die Agenda 2010

Ich möchte an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Agenda 2010 eingehen. Nur soviel:
Agenda 2010 bedeutet in Deutschland:

- Massive Verschlechterung für Arbeitslose, die wesentlich weniger Geld erhalten und auf die mehr Druck ausgeübt werden soll, Stellen mit unfairer Bezahlung und unter ihrer Qualifikation anzunehmen.
- Drastische Einschnitte im Gesundheitswesen. Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen wird gekürzt. Zahnersatz muss z.B. in Zukunft über eine Zusatzversicherung abgesichert werden.
- Aufweichung beim Kündigungsschutz.
- Kürzungen bei den Renten. In Deutschland finden zur Zeit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg reale Rentenkürzungen statt.
- Eine Steuerreform, die obere Einkommensschichten wesentlich stärker entlastet als untere.

Die Agenda 2010 ist Teil einer weltweiten neoliberalen Offensive, mit der auf breiter Front die Löhne gesenkt, die Sozialstandards abgebaut und die Macht der Gewerkschaften zurückgedrängt werden sollen.

Schauen wir uns dazu an, was bei den großen und mächtigen internationalen Institutionen zur Agenda 2010 gesagt wird. Ich gehe im folgenden auf den IWF (Internationaler Währungsfond) und die EU ein.

Die Agenda 2010 und der IWF

Weitgehend unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit hat sich letzte Woche der IWF zu Deutschland geäußert. Großes Lob gab es dabei explizit für die Agenda 2010. Sie sei ein sehr guter Anfang, dem weitere Schritte folgen müssten, worüber man sich mit der deutschen Bundesregierung einig sei: *"Wir sind sehr erfreut, über die deutsche Hinwendung zu strukturellen Reformen. Agenda 2010 ist ziemlich genau das, was wir vom IWF immer wieder gefordert haben. Besonders trifft das auf den Bereich des Arbeitsmarktes zu, in dem die Reformen des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe eine sehr wichtige Maßname sind. Aber auch auf dem Gebiet der Gesundheits- und Rentenpolitik gibt es ein paar sehr, sehr gute Anfänge. Sie werden nicht alle strukturellen Probleme Deutschlands lösen. Die Renten- und Gesundheitsmaßnahmen tragen vielleicht ein Drittel bis die Hälfte des Weges dazu bei, eine Lösung für die langfristigen Kosten der Überalterung zu finden, und die Arbeitsmarktreformen müssen über die Zukunft auch noch verbessert werden, insbesondere um die Arbeitslosen mehr dazu zu bringen, angebotene Jobs zu akzeptieren und beim "hiring and firing" mehr zu deregulieren."*
Hier wird besonders gut deutlich, dass die Agenda 2010 nur der erste Schritt eines viel weiter reichenderen, umfangreicheren Projektes ist, dass bereits in vielen Ländern für große Not gesorgt hat. Auf internationalem Parkett trägt diese Politik den Namen Washington Consensus.

Agenda 2010 und der Washington Consensus

Washington Consensus, das bedeutet:

- Handelsliberalisierung um jeden Preis.
- Rückzug des Staates durch so genannte "Haushaltsdisziplin", was zur Zerschlagung der Sozialsystem führt.
- Vorfahrt für Kapital vor den Bedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung, was sich ausdrückt in:
  - Privatisierungen
  - Niedrigen Steuersätzen, vor allem für Reiche
  - Patentrechten
  - Exportorientierung
  - Förderung des Unternehmertums

Das letzte aktuelle prominente Beispiel, bei dem der Washington Consensus seine zerstörerische Wirkung unter Beweis gestellt hat, ist die Wirtschaftskrise in Argentinien. Dieses Land, nach dem zweiten Weltkrieg reicher als die meisten europäischen Länder, ist heute verarmt. Die Wirtschaft ist zusammengebrochen und viele können sich nur noch durchschlagen, in dem sie sich in Tauschringen organisieren oder ihr Essen auf den Müllkippen zusammensuchen. Wenn wir die selbstmörderische Politik des Washington Consensus nicht bald stoppen, dann drohen überall argentinische Verhältnisse.

Deutsche Bundesregierung und IWF

Vergleicht man die Situation in Argentinien mit der in Europa und vor allem Deutschland, dann muss man aber auch einen wichtigen Unterschied hervorheben. Während die argentinische Regierung relativ wenig Einfluss auf die Politik des IWF hat, ist der Einfluss der EU und der deutschen Bundesregierung im IWF relativ groß. Neben den USA ist die EU einer der mächtigsten Akteure im IWF. Deutschland hat nach den USA und knapp hinter Japan die drittmeisten Stimmanteile.
Am Beispiel des IWF lässt sich sehr gut zeigen, dass IWF und Bundesregierung am selben Strang ziehen. Die deutsche

Bundesregierung ist in Bezug zum IWF nicht Opfer, sondern Mittäter. An der Spitze des IWF spricht man deutsch. Dort führt zur Zeit mit Horst Köhler ein Mann die Geschäfte, der dort nur durch intensive Lobbyarbeit der deutschen Bundesregierung und ihrer europäischen Partner hingelangen konnte.

Agenda 2010 und die EU

Ähnlich wir mit dem IWF verhält es sich auch mit der EU-Politik. Auch hier lässt sich zeigen, wie die deutsche Bundesregierung innerhalb der EU Druck ausgeübt hat, um z.B. den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchzusetzen oder die "unabhängige" Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank zu errichten, die nur einer niedrigen Inflationsrate verpflichtet ist, unabhängig davon, was dies für Auswirkungen auf die Beschäftigung hat. Die deutsche Bundesregierung war es auch, die auf dem "beschäftigungspolitischen Gipfel" in Köln 1998 das Instrument der "Beschäftigungspolitischen Leitlinien" durchgesetzt hat, mit dem Beschäftigungs- und Sozialpolitik zum Gehilfen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik degradiert wird. Festgeschrieben ist dies auch noch einmal in der Strategie von Lissabon, der Agenda 2010 auf EU-Ebene. Mit Hilfe des Instruments der Offenen Koordinierung und jährlichen Empfehlungen versuchen Europäischer Rat und Europäische Kommission diese Politik EU-weit durchzusetzen.
Die Empfehlungen für dieses Jahr für Deutschland enthalten ziemlich genau das, was die deutsche Bundesregierung jetzt mit ihrer Agenda 2010 in Deutschland umsetzt.

Alternativen zur herrschenden Politik

Wenn wir der herrschenden Politik unseren Widerstand entgegensetzen wollen, dann müssen wir deutlich machen, was Solidarität bedeutet und was es nicht bedeutet:

- Solidarität ist da gefragt, wo sie wirklich notwendig ist. Beim gerechten Handel mit den Ländern des Südens, beim Erhalt der sozialen Sicherungssysteme, beim Umverteilen von shareholder-value zu Löhnen und Gehältern und beim gerechten Verteilen von Arbeit.
- Im Rahmen der Agenda 2010 geht es nur darum, den Standortwettbewerb zu verschärfen, was überall zu mehr Armut und Arbeitslosigkeit führt, in Deutschland und weltweit. Deutschland ist heute schon einer der wettbewerbsfähigsten Standorte weltweit. Das zeigt sich auch darin, dass Deutschland Exportweltmeister ist, und zwar trotz der angeblich zu hohen Löhne und Sozialleistungen. Mit Räubern darf es keine Solidarität geben.

Die Forderungen von Attac Deutschland

Attac Deutschland hat seit langem zentrale Forderungen aufgestellt. Wir fordern Reformen, aber solche, die diesen Namen wirklich verdienen:

- Auf globaler Ebene bedeutet das z.B. die Einführung der Tobin Tax, einer Transaktionssteuer auf Devisenumsätze, die Sand im Getriebe des weltweiten Kasinokapitalismus wäre.
- Auf EU-Ebene muss mehr getan werden, um Steueroasen zu schließen.
- In Deutschland fordern wir die Einführung einer Vermögenssteuer, damit endlich wieder der Grundsatz zum Tragen kommt: Eigentum verpflichtet.
- Außerdem müssen die sozialen Sicherungssysteme auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Das bedeutet, dass zur Finanzierung der Gesundheits-, Kranken- und Arbeitslosensysteme alle Einkunftsarten herangezogen werden müssen, auch die aus Kapitalvermögen und unternehmerischer Tätigkeit.

Forderungen von Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften sollte Widerstand gegen die herrschende Politik der Umverteilung von unten nach oben bedeuten:

- Weiterhin Eintreten für die 30-Stundenwoche bei Lohnausgleich;
- Widerstand gegen alle Versuche, betriebliches Mitbestimmungsrecht, Flächentarifverträge und Kündigungsschutz auszuhöhlen.

Strategien, unsere Forderungen durchzusetzen

Es reicht aber nicht, eine richtige Analyse und davon abgeleitete Forderungen zu haben. Wir brauchen auch eine Strategie, wie wir diese durchsetzen können.
Dazu gehört:

I. Eine verstärkte Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen wie z.B. globalisierungskritischer Bewegung und Gewerkschaften, um eine starke Kraft aufzubauen, mit der wir gesellschaftlich wieder in die Offensive kommen. Dabei müssen wir alle lernen, uns auch mit unseren Unterschieden und kleinen "Fehlern", die wir alle haben, auszuhalten.
   Die Kundgebung am 1. November, bei der allein ver.di Stuttgart 25 Busse organisiert hat und Horst Schmitthenner von der IG Metall eine kämpferische Rede hielt, war bereits ein guter Anfang, der für andere Vorbild sein sollte.
II. Vom ESF wird das Signal für einen europaweiten Aktionstag gegen Sozialabbau ausgehen, ähnlich wie am 15.2. gegen den Krieg im Irak.
III. Ein besseres Verständnis davon, wie der Neoliberalismus so wirkungsmächtig und durchsetzungsmächtig wurde.

Ein besseres Verständnis neoliberaler Strategien zur Hegemoniegewinnung

Neoliberalismus hat sich nicht als Partei gegründet, um wirkungsmächtig zu werden, sondern hat seinen Angriff gegen die große Masse der Bevölkerung geführt. Dazu hat er große Teile des Parteiensystems und der staatlichen Bürokratien unterwandert.
Um diesem Angriff etwas entgegensetzen zu können, müssen wir das Wirken einzelner Neoliberaler und den von ihnen ins Leben gerufenen Institutionen wie zum Beispiel Think-Tanks genauer untersuchen. Als ein kleines Beispiel dafür möchte ich zum Schluss noch kurz auf die Stiftung Geld und Währung eingehen.

Die Stiftung Geld und Währung

Diese Stiftung wurde Anfang des Jahres 2002 von Bankern der Deutschen Bundesbank unter Mithilfe des

Bundesfinanzministeriums gegründet, um mitzuhelfen, die Hegemonie des Neoliberalismus auch in Zukunft abzusichern.
Zur Finanzierung des Stiftungskapitals wurden aus dem Goldschatz der Deutschen Bundesbank anlässlich der Abschaffung der DM und der Einführung des Euro goldene 1 DM Sondermünzen geprägt und verkauft. Zusammengekommen ist dadurch ein Nettoerlös von 100 Mio. DM, das entspricht etwa 51 Mio. Euro. Dies ist das Startkapital der Stiftung.
Mit diesem Kapital finanziert die Stiftung seither neolibe-rale Propaganda. An Universitäten werden Stiftungslehr-stühle und Forschungsvorhaben finanziert. Außerdem wird Öffentlichkeitsarbeit betrieben und Konferenzen abgehalten.
Das Geld dieser Stiftung ist auch unser Geld und wir sollten es uns zurückholen, damit es in Zukunft sinnvoll verwendet werden kann.
Diese Stiftung ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie der Neoliberalismus seine Hegemonie erringt und stabilisiert. Es gibt noch viel mehr solcher Einrichtungen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten und weltweit.

Damit bin ich am Ende und möchte mich bei allen für das Zuhören bedanken. Ein ganz besonderer Dank gilt den ÜbersetzerInnen und vielen ehrenamtlichen Helfern, ohne die eine solche Veranstaltung sicher nicht durchführbar wäre. Außerdem schulde ich der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dank, in deren Delegation ich am Europäischen Sozialforum teilnehmen durfte. Ohne ihre großzügige Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten hätte ich heute hier wahrscheinlich nicht sprechen können.

Ein andere Welt ist möglich und ein anderes Europa, ein Europa ohne Neoliberalismus und Krieg, auch.
Danke.
/

Stephan Lindner ist Diplom-Politologe und lebt in Berlin; er ist Gründungsmitglied der bundesweiten attac EU-AG.

Link-Empfehlungen:

Internationaler Währungsfond:
Transcript of a conference call on Germany, www.imf.org/external/np/tr/2003/tr031106.htm
Kompletter Article IV Consultation staff report, www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=16996.0

Europäische Union:
Vorlage der Europäischen Kommission zur Strategie von Lissabon: http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/lisbon_de.pdf
Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedsstaaten 2003 (Empfehlungen an Deutschland ab Seite 23): http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2003//comm2003_170de.pdf

Stiftung Geld und Währung, www.stiftung-geld-und-waehrung.de/index.htm
Rede von Prof. Dr. Hermann Remsberger "Die Stiftung Geld und Währung - Wissenschaftsförderung im Dienste der monetären Stabilität", www.stiftung-geld-und-waehrung.de/download/rems180102.pdf
Weitere kritische Informationen zum Sozialabbau:
Newsletter der EU-AG zu Sozialabbau – www.attac.de/eu-ag/bilder/newsletter_03.pdf – darin ein Artikel des Autors zum Thema "Die Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon"
Attac-Kampagne Soziale Zukunft jetzt, www.attac.de/soziale-zukunft-jetzt

Die Auseinandersetzungen zur österreichischen Pensionsreform 2003

von David Mum

Die Ausgestaltung der Pensionssysteme unterliegt tief greifenden Änderungen. Diese waren insbesondere in den 90er Jahren in vielen Staaten mit Konflikten und sozialen Auseinandersetzungen verbunden. In Österreich führten Pläne und Ankündigungen dieser einschneidenden Pensionsreform zu den ersten flächendeckenden Streikbewegungen seit mehr als fünf Jahrzehnten, die einen Bruch in der im sozialpartnerschaftlichen Konsens geprägten Politikformulierung und Politikumsetzung darstellen könnten.
Große, verallgemeinerte Streik- bzw. Protestbewegungen, die sich anlässlich der Leistungs- und Zugangs-verschlechterungen im Pensionssystem entwickelt haben, fanden in Italien 1994 und 2003, Frankreich 1995 und 2003, der Tschechischen Republik 1995 und in Griechenland 2001, statt.
Ein Grund dafür: Die Pensionsausgaben machen meist den größten Teil der Sozialausgaben aus. Da sich die Pensionen von anderen Transferleistungen dadurch unterscheiden, dass sie unbefristet gewährt werden, machen sie einerseits einen hohen Anteil des Sozialbudgets aus, und andererseits wirkt sich für die PensionistInnen eine Änderung der Leistungsgewährung "lebenslang" aus.

Insbesondere seit 1993 versuchten die Mitgliedstaaten der EU, das Wachstum der Pensionsausgaben zu drosseln, was in Zusammenhang mit den Sparzielen zur Erreichung der im Vertrag von Maastricht für die Währungsunion festgelegten Konvergenzkriterien gesehen werden kann. Seither haben sich die Finanzminister darum bemüht, die Zügel an zu ziehen und Druck zu machen, durch Pensionsreformen das künftige Ausgabenwachstum zu reduzieren und durch eine Redimensionierung der ersten Säule Teile der Risken der Alterssicherung auf die Menschen zu verlagern. Wir beobachten insbesondere im Bereich der Alterssicherung seit den 1990er Jahren global einen Prozess der Rekommodifizierung.

Die Tendenz zur Pensionsprivatisierung war am stärksten in Lateinamerika, wo ganze Systeme völlig privatisiert wurden und in Osteuropa, wo meist auf "Mischsysteme" umgestellt wurde.
Die Beobachtung der Ausgaben für die öffentlichen Pensionen wurde auf Ebene der EU durch die Methode der offenen Koordinierung institutionalisiert. In deren Rahmen erhalten die Mitgliedstaaten Empfehlungen für Pensionsreformen, wenn sie die Zugangsvoraussetzungen noch nicht genug verschärft haben, um "Anreize zur Frühpensionierung" abzubauen oder das Leistungsniveau noch nicht "ausreichend" gesenkt haben, um die langfristige Tragbarkeit der Finanzierung zu sichern.

Ausgangspunkt der Pensionsreform

Im europäischen Vergleich bietet das öffentliche Pensionssystem in Österreich eine relativ umfassende Versorgung und vergleichsweise hohe Einkommensersatzraten. In der BRD sind 82% der Erwerbstätigen im gesetzlichen Rentensystem versichert, in Österreich 95%. Klarerweise liegt aber dieses auf dem Sozialversicherungsprinzip beruhende Alterssicherungssystem wegen der Anbindung an die Erwerbstätigkeit - was den Erfassungs-grad betrifft - etwas hinter universellen auf dem Wohnortprinzip beruhenden Versorgungssystemen.
Die Nettoersatzraten liegen im Durchschnitt bei knapp 80%. Die derzeitige rechtskonservative Regierung will nun dieses System auf ein Mehrsäulenmodell umbauen. Dazu sind zwei Reformen vorgesehen:
In einem ersten (bereits beschlossenen Schritt) erfolgt eine parametrische Reform, mit der das künftige Leistungsniveau im bestehenden System reduziert und der verfrühte Pensionszugang abgeschafft wird.
In einem zweiten Schritt soll eine Umstellung von einem leistungsdefinierten System auf ein beitragsorientiertes, auf einem persönlichen Pensionskonto beruhendes System erfolgen.

Damit würde dem schwedischen und italienischem Weg der Reform gefolgt, bei dem das System Sicherheit über die Kostenentwicklung auf Kosten der Vorhersehbarkeit der Leistungshöhe der Versicherten gewinnt: Diese tragen das volle Risiko, weil die einzige fixierte Größe dieses Systems der Beitragssatz ist und die Leistungshöhe zur variablen Größe wird.

Die Elemente der österreichischen Pensions"kürzungs"-reform

Die beschlossene Pensionsreform sieht eine Abschaffung aller vorzeitigen Alterspensionen und drastische Leistungskürzungen vor.
Die "Reform" besteht aus folgenden Eckpunkten:
Die Reform führt im Endausbau bei bis zu 40 Versicherungsjahren zu einer Pensionsminderung um durchschnittlich 38% und bei 45 Versicherungsjahren von 27%.
Damit werden insbesondere Menschen jüngeren und mittleren Alters in die private freiwillige Altersvorsorge gezwungen, um ihren Lebensstandard im Alter aufrecht halten zu können.

Die Streikbewegungen der österreichischen Gewerkschaften haben das Ziel verfolgt, die Beschlussfassung dieser Pensionsreform im Juni 2003 zu verhindern. Es wurde angeboten, dass der Gewerkschaftsbund mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber bis zum Herbst ein langfristiges Reformkonzept entwickeln soll, worauf seitens der Regierung nicht eingegangen worden ist.
Die Bewegung war - was die Beteiligung betrifft - erfolgreich, hat die gesteckte Zielsetzung, die Beschlussfassung der Reform zu verhindern letztlich aber nicht erreicht. Dennoch sind die Proteste nicht wirkungslos geblieben.
Die Beteiligung an den Aktionen ist jedenfalls als Erfolg anzusehen. Am ersten Streik (06.05.2003) nahmen etwa eine halbe Million teil, an einer Großdemonstration am 13.05.2003 200.000 Menschen und einem zweiten Streiktag (03.06.2003) etwa 1 Million Beschäftigte.
Das ist bei etwa 3 Millionen unselbständig Beschäftigten doch eine durchaus breite Beteiligung an den Protestaktionen und insofern bemerkenswert, weil es in Österreich bisher diese konfliktorische Interessen-auseinandersetzung nicht gegeben hat.

Ein Resultat dieser Bewegung war eine Änderung der Reform, die zumindest vorläufig bewirkt, dass die Verluste durch die Reform mit 10% begrenzt werden. Ohne diese Deckelung würde die Reform im Endausbau bei bis zu 40 Versicherungsjahren zu einer Pensionsminderung um durchschnittlich 38% und bei 45 Versicherungsjahren von 27% führen.
Die Deckelung ist keine sozialpolitisch motivierte Maßnahme, sondern eine ad hoc-Änderung deren Ziel es war, den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Gewerkschaften haben wegen dieser Maßnahme ihre ablehnende Position gegenüber der Reform nicht aufgegeben. Zum einen bedeutet eine 10%ige Pensionskürzung die Streichung von 1,4 Monatspensionen (Pensionen werden in Österreich 14 mal pro Jahr ausbezahlt), zum anderen kann die Deckelung jederzeit durch eine einfache Mehrheit im Parlament gestrichen werden und dann sinken die Pensionen drastisch.
Eine Deckelung ist mit einem beitragsdefinierten Pensionskonto unvereinbar. Es besteht daher für die künftigen PensionistInnen die große Unbekannte, wann die Deckelung gestrichen wird und welche Jahrgänge noch unter diese "Schutzbestimmung" fallen werden.

Die österreichische Pensionsreform 2003 im europäischen Vergleich

Die österreichische Pensionsreform des Jahres 2003 liegt, was die einzelnen Maßnahmen betrifft, die sie zum Inhalt hat, durchaus im europäischen Trend. Was die schwarz-blaue Pensionsreform aber von Maßnahmen in den anderen Ländern unterscheidet, sind einerseits die teilweise sehr kurzen Übergangsfristen und andererseits die Kombination von vielen Maßnahmen, die allesamt pensionssenkend wirken. Auch die gänzliche Abschaffung des vorzeitigen Pensionsanspruches stellt europaweit die Ausnahme dar und wird unter den gegebenen Umständen auf dem Arbeitsmarkt zu einer Erhöhung der Erwerbslosigkeit führen. Auch der im

Zuge der Pensionsreform beschlossene Entfall der ersten Pensionsanpassung ist einzigartig und logisch schwer zu begründen.
Die nunmehrige Ausgestaltung der Pensionssysteme bedeutet, dass man das Risiko, keinen geeigneten Arbeitsplatz zu finden bzw. keinen durchgehenden Erwerbsverlauf aufweisen zu können, vermehrt selbst tragen muss. Die Schaffung von Anreizen für einen späteren Pensionsantritt ist - aus der Logik des Pensionssystems - erstrebenswert. Wenn diesen Anreizen aber keine Möglichkeiten gegenüberstehen, bedeutet es nichts anderes als eine Leistungs- und Lebensstandardkürzung für die Betroffenen. Weil die Lebenslage der Menschen durch die Rücknahme der sozialen Sicherungssysteme vermehrt von der Verwertbarkeit der eigenen Arbeitskraft abhängig gemacht wird, haben wir es mit einer "Rekommodifizierung sozialer Lagen" zu tun.

Doch es regt sich Widerstand gegen die Politik der Risikoprivatisierung und die Rücknahme sozialen Ausgleichs. In vielen Ländern Europas setzen sich die Menschen in Demonstrationen und Streiks für den Erhalt der solidarischen Pensionssysteme ein und überlassen ihre sozialen Sicherungssysteme nicht den politischen Klassen, die sich meist neoliberalen Dogmen verschrieben haben.
Eines haben die Protestbewegungen aber auch gezeigt: Erfolge sind fast immer nur vorübergehender Natur und müssen immer wieder verteidigt werden, da hier die Begehrlichkeiten und Hartnäckigkeiten der Finanzminister und des Finanzkapitals besonders ausgeprägt sind.

Mag. David Mum ist Ökonom und arbeitet in Wien in der Grundlagenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, www.gpa.at
An folgendem Seminar nahm er als Diskutant teil:

Aus der Diskussion beim ESF-Seminar "Analyse der neoliberalen Offensive gegen die Pensionen"
Die Diskussion zur "Analyse der neoliberalen Offensive gegen die Pensionen" war durchaus spannend.
Zum einen war es erhellend, dass sich das Podium nicht nur aus europäischen DiskutantInnen zusammengesetzt hat. Ursprünglich hätte auch ein argentinischer Kollege teilnehmen sollen, der leider nicht gekommen ist. Es kam dann ein Gewerkschafter aus den USA, der sehr klare Worte zu einer Pensionsfinanzierung über die Kapitalmärkte gefunden hat.
Diese sei für die ArbeitnehmerInnen nicht nur deswegen nicht optimal, weil die meisten Menschen nicht die Zeit und das Wissen haben, sich mit den Märkten so eingehend zu beschäftigen, sodass sie "optimale Veranlagungsentscheidungen" treffen könnten. Selbst wenn diese Bedingungen erfüllt wären, ist die Alterssicherung am Kapitalmarkt nicht gut aufgehoben, denn die Finanzmärkte sind total korrupt, wie man anhand der vielen Skandale eindrucksvoll erfahren hat.
In der Diskussion herrschte großteils grundsätzliche Einigkeit vor. Es wurden die Gewerkschaften kritisiert, nicht vehement genug gegen die Pensionskürzungen gekämpft zu haben.
Überraschung für eine ESF-Diskussion: ein niederländischer Diskutant meinte, das Kapitaldeckungs-verfahren sei dem Umlageverfahren überlegen. Aber dort ist der Glaube an "funding" auch bei den Gewerkschaften stark verwurzelt.

Ortrun Gauper (ver.di)
von der Gewerkschaft ver.di berichtete über die deutsche Diskussion. Der Sozialabbau von rot-grün führt zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften. Kohl hätte sich nicht getraut, ein derartiges Programm umzusetzen. Diskutiert werden eine Anhebung des Rentenalters und Pensionskürzungen über einen Nachhaltigkeitsfaktor. Ziel der Regierung ist eine Beitragssatzstabilisierung. Die Riester-Reform mit dem Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge ist bis jetzt gescheitert, weil die Produkte nicht angenommen werden.

Verdi-Positionen
Dabei steht eines fest: Auch junge Menschen benötigen ein leistungsfähiges umlagefinanziertes gesetzliches Rentensystem, weil nur dieses System alle drei biometrischen Risiken (Langlebigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrisiko) berücksichtigt und einen gerechten und sozialen Ausgleich schaffen kann.
Der Nachhaltigkeitsfaktor ist von seiner Konstruktion her so gestaltet, dass er eine "nach unten offene Rürup-Skala" darstellt, das heißt durch Änderungen der Faktoren kann das Rentenniveau weiter nach unten sinken.
Abschlag in Deutschland: 0,3% pro Monat (Österreich 0,35%). Der maximal mögliche Abschlag beträgt bei einem um fünf Jahre vorgezogenem Rentenbeginn 18%.
Gegen die Anhebung der Abschläge sprechen auch die von Prof. Friedrich Breyer, Uni Konstanz und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, in seiner Studie "Arbeitsmarkt und Alterssicherung in Deutschland" (Vortrag vom 05./06.12.2002 in Dresden) vorgetragenen Untersuchungsergebnisse, dass Abschläge vielfach von Personen mit geringerer Lebenserwartung in Anspruch genommen werden. Dieser Personenkreis, oftmals mit körperlich anstrengenden Tätigkeiten befasst, hat zumeist keine andere Möglichkeit, als die frühestmögliche Rente zu beanspruchen, unabhängig davon, ob sie sich den Abschlag leisten können. ver.di, S. 34

Gegen eine wie auch immer geartete Anhebung der Abschläge spricht das Argument der Verteilungsgerechtigkeit. Im Erwerbsleben an sich schon benachteiligte Gruppen müssten zusätzliche, durch Abschläge verursachte Rentenminderungen in Kauf nehmen.

Das US-amerikanische Pensionsversicherungssystem: Systeme im Chaos

von Noel Beasley

Beitrag im Rahmen des ESF-Seminars "Pensionen unter neoliberalem Druck" (Paris, 13.11.2003)

I.
Der Kernpunkt aller Renten-Systeme in den USA ist, dass sie mit einer Beschäftigung in der offiziellen Wirtschaft (im Gegensatz zur "Schattenwirtschaft") verbunden sind.

II:
Es gibt verschiedene Möglichkeiten, späteres Renteneinkommen zu akkumulieren:

I. Soziale Sicherung
(und ihre Parallel-Systeme für Angestellte von Bund und Gemeinden):
Dieses System wird von Beiträgen der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitgeber finanziert, deren Höhe auf Kalkulationen basieren, die sich von der Verdiensthöhe und der Anzahl der Arbeitsjahre ableiten.

II. Leistungsorientierter Pensionsplan
Diese Pläne garantieren ein bestimmtes Renteneinkommen, wobei es zwei Grundvarianten gibt:

- Der Leistungsplan unterliegt der alleinigen Kontrolle des Arbeitgebers.
- Der Leistungsplan wird von einem Gremium bestehend aus Arbeitgebern und ArbeiternehmerInnenvertretern gemeinsam kontrolliert.

III. Das Pensions-Sondervermögen
Dieses System besteht aus Beiträgen sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmer-Seite, manchmal auch nur von einer der beiden Seiten. Es weist häufig "selbstgesteuerte Investitionen" als Besonderheit auf, meist in verschiedene finanzielle Instrumente wie etwa offene Investmentfonds, die in Aktien und Anleihen anlegen. Es gibt keine Garantie über die Höhe der Rentenleistung, die am Ende rauskommt, weil sie zur Gänze von den Launen der Kapitalmärkte abhängig ist.

IV. Individuell angelegtes Kapital
Dies ist nur eine Option für einen kleinen Teil der Bevölkerung, die aus den wirtschaftlich Stärksten der Gesellschaft besteht.

III.
Es ist wichtig zu verstehen, dass in vielen Sektoren der Arbeitswelt viele ArbeitnehmerInnen kaum oder gar keinen Rentenanspruch haben:

- Papierlose ImmigrantInnen zahlen oft in Renten-Systeme ein, bekommen jedoch niemals eine Leistung daraus, weil ihr Arbeitsverhältnis illegal ist;
- Hausarbeit - (zumeist) Frauen sind vollkommen von den Rentenansprüchen ihrer (Ehe-)Partner abhängig;
- Langzeitarbeitslose;
- Unterbezahlte ArbeitnehmerInnen, die zwar Sozialleistungen beziehen, aber in einem System, das auf lebenslangem Lohnbezug basiert, minimale Rentenbezüge bekommen werden;
- Schwer behinderte Menschen;
- Menschen, die in der "Schattenwirtschaft" arbeiten.

IV.
Die Unterschlagung von Millionen Dollar durch korruptes Manipulieren des Kapitalmarktes, die darauf folgende dreijährige Krise im Geldhandel und dazu die Skandale bei Konzernen wie Worldcom und Enron führten zum Absturz vieler Pensionsfonds, die für DurchschnittsverdienerInnen gedacht waren.

V.
Der US-Börsenkrach und die katastrophalen Auswirkungen auf die Pensionsfonds brachten bis dann ungeahnte Korruptionen des Systems ans Licht:
Die Börse selbst ist korrupt; sie wird gelenkt und manipuliert von Banken, Investitionsinstituten und Großkonzernen, ja sogar von Wirtschaftsprüfern, deren Aufgabe es eigentlich ist, das Finanzgebahren der Konzerne zu kontrollieren.
Topmanager manipulierten Gutachten und Bilanzen, um ihre Gehälter zu erhöhen und Sonderdividenden zu erhalten - dazu wurden auch Erträge aus Anlagen der Pensionsfonds einfach den Gewinnen des Konzerns einverleibt!
Manches Renten-System war so konzipiert, dass die MitarbeiterInnen gezwungen waren, in Unternehmens-eigene Anteile zu investieren. Diese ArbeitnehmerInnen (insbesondere bei Enron und Worldcom) verloren beim Kollaps dieser Konzerne alles.

VI.
Der Kampf um eine Grundreform der US-amerikanischen Renten-Systeme ist deshalb zuallererst ein politischer Kampf:
Der Vorschlag, die soziale Sicherung zu "privatisieren" ist in Wahrheit ein von Finanzinstitutionen entwickeltes Konzept für die Verwaltung von Pensionsfonds mit dem Ziel, Rentenbezüge in Millionenhöhe in Form von "Verwaltungskosten" und "Transaktionsgebühren" zu kassieren.
Ähnlich verhält es sich bei der Auseinandersetzung über die Kosten der Gesundheitsfürsorge und bedeutet im Wesentlichen den Bruch des "Gesellschaftsvertrages" zwischen Regierung und ArbeitnehmerInnen.

VII.
Die Rolle der Gewerkschaft in der Krise der Altersversorgung

A. Die Gewerkschaftsmitglieder halten in der US-Wirtschaft einen großen Anteil durch das Kapital, das in Pensionsfonds investiert wurde. Gewerkschaftsfunktionäre entwickelten sich zu

Finanzaktivisten und kämpfen nun darum, die Unternehmen zu größerer Sorgfalt zu zwingen.

B. Der Kampf um leistungsorientierte Pensionspläne hat sich verschärft, seitdem zu erleben ist, dass auch sie für Schwankungen und Korruption in den Finanzmärkten anfällig sind.

Wenn Gewerkschaften einer bestimmten Branche attackiert werden, werden auch die Pensionen ihrer Mitglieder angegriffen (beispielsweise die Gewerkschaft der Metallindustrie und die Metallindustriearbeiter). So wird die jeweilige Gewerkschaft in oft verzweifelte Kämpfe gezwungen, um ihre Basis zu verteidigen.

VIII.
Das Problem der Pensionskassen sollte als wichtiger Bestandteil der sozialen, politischen und ökonomischen Zusammenhänge in den USA gesehen werden:
Das US-System ist zwar ein Modell - aber eines das zeigt, wie man es nicht machen sollte!
Das Streben nach ehrbaren und zuverlässigen Rentenleistungen sollte als Bestandteil des größeren Kampfes für soziale Gerechtigkeit gesehen werden!
Was wir in den USA brauchen, ist ein System, das nach den Bedürfnissen ausgerichtet ist und nicht auf einer Formel beruht, die auf Erwerbsarbeit basiert.

Noel Beasley ist Vize-Präsident von UNITE! Union of Needletrades, Industrial and Textile Employees, USA - www.uniteunion.org

Ehrenamtliche Übersetzung: Marcel Brand, coorditrad@attac.org - sig-bw

Linkempfehlung
Hinweis von Christian Schrefel, Grüne Weinviertel, (Niederösterreich) - www.gruene-weinviertel.at

Hold The Line von J. Baum, www.ufcw.org/hold_the_line/
70.000 Handelsangestellte von 3 großen Supermarktketten in Südkalifornien (San Diego) und anderen Regionen sind gezwungen, seit 11. Oktober 2003 einen Streik zu führen, da die Handelsbosse der USA die Ansätze einer Krankenversicherung, oder was man dort so nennt, abschaffen, und dies dann auf die USA insgesamt ausdehnen wollen. Die Leute führen derzeit einen der härtesten Klassenkämpfe der USA, und es geht wahrscheinlich nicht nur um die USA, denn wir kennen ja das Argument der "Standortsicherer", nach dem die Sozialrechte nach unten harmonisiert werden sollen.

Überblick über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation von Frauen in den "Reform"ländern

von Mirjana Dokmanovic

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank haben den sogenannten "Reformländern" die Reform-prozesse und die Struktur-Anpassungs-Programme diktiert. Alle Regierungen mit Ausnahme von Slowenien haben diese Rezepte zur Wirtschaftsreform angenommen. Die Hauptrichtlinie war die Errichtung einer Marktwirtschaft basierend auf Privatkapital und Freihandel.

Diese Programme schließen vier Grundbedingungen ein.
- Beseitigung aller Außenhandelshemmnisse und Begünstigung der Investition von Fremdkapital.
- Rasche Privatisierung auch des staatlichen Sektors.
- Einen flexiblen Arbeitsmarkt
- Reduktion der Sozialausgaben

Die negativen Effekte des Übergangs der ehemaligen Planwirtschaften zu freien Marktwirtschaften sind:
1. Zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze und die Forderung nach mehr Flexibilität der ArbeitnehmerInnen.
2. Zunahme der Schattenwirtschaft und der Schwarzarbeit.
3. Die steigenden Arbeitslosenraten.
4. Einbußen bei Löhnen, Renten und Pensionen.
5. Zunehmende Armut, Korruption und Kriminalität.
6. Weniger individuelle, wirtschaftliche, politische und Sicherheit.
7. Die Zunahme der sozialen Ungleichheiten.
8. Einschnitte bei den sozialen Diensten, der staatlichen Fürsorge, bei den Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Familienunterstützung, Kindergeld und im Sozialversicherungssystem.
9. Der Einfluss der Gewerkschaften wird zurückgedrängt, die ArbeitnehmerInnenrechte, die Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen werden ausgehöhlt.
10. Umweltschutz wird vernachlässigt.

Alle diese negativen Trends betreffen Frauen öfter und nachhaltiger als Männer. Das ist charakteristisch für alle diese Übergangs-Gesellschaften unabhängig von der Geschwindigkeit des Übergangs, von den Fortschritten bei der Errichtung einer freien Marktwirtschaft und vom Wachstum des Brutto-Inland-Produktes (BIP).

Die Situation der Frauen in den Reformländern kann in einigen Punkten so zusammengefasst werden:
- Frauen werden am häufigsten an den Rand gedrängt und stellen die größte Gruppe derer, die von den negativen Auswirkungen der Privatisierung und der "Reform" betroffen werden
- Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation der Frauen in der gesamten Region wird immer schlimmer und findet wenig Beachtung in der Öffentlichkeit und in der Politik.

- Die Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Arbeit nimmt rasch zu und bleibt dennoch von der Gesellschaft kaum beachtet.
- Frauen leiden mehr als Männer unter der Arbeits-losigkeit unter Armut und unter Mangel an Perspektiven.
- Die Frauen sind ausgeschlossen von den Entscheidungs- und von den Mitbestimmungsprozessen der Politik.
- Die Frauen werden mehr und mehr zu einer billigen aber gut ausgebildeten Arbeitskraftreserve.
- Die ausgegrenzten Frauengruppen, besonders die Frauen auf dem Lande, Frauen aus ethnischen Minderheiten, Frauen auf der Flucht, ältere Frauen, allein erziehende Mütter, behinderte und ganz junge Frauen und Roma-Frauen befinden sich in der schlimmsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation.
- Politiker und politische Parteien ignorieren die Geschlechterrollen und die Diskriminierung der Frauen unter Berufung auf die nominelle Gleichberechtigung der Geschlechter während der Ära des realen Sozialismus. Aber die Bedürfnisse der Frauen sind nicht Bestandteil der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Zudem ist der Privatisierungsprozess charakterisiert von einem Mangel an Regelungen und vom fehlenden politischen Willen, wirtschaftliche und soziale Rechte zu schützen, internationale Normen für den Schutz der ArbeitnehmerInnen und der Umwelt einzuhalten und vom Fehlen von Gesetzen, die ausländische Investitionen regeln.

Frauen sind am Arbeitsmarkt hauptsächlich in typisch weiblichen Berufen vertreten, besonders im Sozial- und Gesundheitswesen, als Lehrerinnen, in Banken, im Handel und im Tourismus. Wenn sie in der Produktion arbeiten, dann arbeiten sie in den zwei Dritteln der schlechtest zahlenden Industriezweige, in der Textil- oder Schuhindustrie.

Nach dem aktiven Arbeitsleben geht die Diskriminierung der Frauen weiter. Die Renten und Pensionen für Frauen sind um 20% niedriger als die für Männer. Nur 4% der Frauen bekleiden Leitungspositionen.

Die Daten über Löhne zeigen ebenfalls deutliche Ungleichheiten. Obwohl sich die Einkommensstatistiken nicht zwischen Männern und Frauen unterscheiden, weisen die Einkommen in Berufen, die stark von Frauen dominiert sind, eine deutlich sinkende Tendenz auf. Beispielsweise die Löhne in der Textil-, Schuh und Gummi-Industrie sind um 50% niedriger als der Durchschnittslohn im ganzen Land.
Die Zunahme von weiblichen Arbeitskräften in bestimmten Sektoren bewirkt ein Absinken der Arbeitskosten in eben diesen Sektoren. Es wird geschätzt, dass der Abstand zwischen den Löhnen für Frauen und Männer im formellen Wirtschaftsbereich derzeit 28% beträgt und im Bereich der Schattenwirtschaft 40%.

Im Privatisierungsprozess treten Frauen fast nie als Subjekte auf, im Gegensatz zu Käufern von Betrieben oder deren Anteilen. Die Wirtschaftsreformen verschlechtern die Situation der Frauen und sie agieren nur mehr im Schatten.

Die Frauen sind zu wenig über die Abläufe der Privatisierung informiert und sind nicht auf die Implementierung vorbereitet. Die Folge ist in vielen Fällen der Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Bemühungen, den Privatisierungsprozess zu beschleunigen und attraktive Wirtschaftstandorte für ausländische Investoren zu schaffen, führen zu raschen wirtschaftlichen Umstrukturierungen mit negativen Effekten auf die weiblichen Arbeitskräfte.
Unter wirtschaftlichen Druck sind sie die ersten, die gekündigt werden, und sie sind auch die letzten, die wieder eingestellt werden.
Das wird den Unternehmern zusätzlich erleichtert durch die Schwäche der Gewerkschaften, die in der Privatwirtschaft fast nicht präsent sind. So werden die in den Verfassungen und Gesetzen garantierten Rechte der Frauen nicht geschützt.
In einer solchen Umwelt wird die Situation der Frauen täglich immer schlimmer. Die Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt sind geschlechterspezifisch. Diese Tatsache wird von der Öffentlichkeit und von den Behörden ignoriert.
Wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Frauen eingeschränkt werden, werden auch ihre politischen Möglichkeiten eingeschränkt bis zur vollständigen Verdrängung aus der institutionellen Politik. In den nationalen Parlamenten sind Frauen unter repräsentiert.
Die Reformbestrebungen sind von patriarchalischen Werten geprägt und schließlich die ganze Gesellschaft. Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu.

Die Ursachen der weiblichen Armut in der Region sind:
- Die gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation der Frauen.
- Die Fortschreibung patriarchalischer Verhaltensmuster in der Gesellschaft.
- Die herrschenden und sich weiter entwickelnden Formen von Ungerechtigkeit und Vorurteilen.
- Schranken für den Zugang zu politischen Entscheidungen und zum öffentlichen Leben für Minderheitengruppen.
- Armut.
- Wirtschaftliche Globalisierung und internationaler Handel, die auf Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Profit gegründet sind.

Die fortschreitende Privatisierung des staatlichen Sektors, die Reform der Sozialversicherungen und der Bildungseinrichtungen sind ein neuer Schlag gegen Frauen und Familien. Das wird auf zwei Arten geschehen:
Erstens arbeiten Frauen vielfach im staatlichen Sektor und werden diese Arbeitsplätze verlieren.
Zweitens werden einerseits die Unterstützungen durch die sozialen "Dienste" für berufstätige Frauen reduziert anderseits werden die sozialen Ansprüche reduziert, damit bleibt mehr Arbeit für die Frauen im täglichen Leben.
Frauen werden vom Verlust der Ansprüche aus dem alten Wohlfahrtssystem am meisten getroffen (bezahlte Mutterschutzfrist, Kindergeld, kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem, Sozialversicherung, Pensions-versicherung, Arbeitslosenunterstützung usw.)
Es fehlt der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Probleme der weiblichen Armut, des Anteils der Frauen am

Erwerbsleben, der Liberalisierung des Handels, der Arbeitslosigkeit und der Struktur-Anpassungs-Programme. Es gibt keine geschlechtsspezifischen Statistiken und keine geschlechtsspezifischen Budgets. Die vorhandenen institutionellen Regeln zum Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sind ziemlich schwach. Sie reichen nicht aus, die schädlichen Auswirkungen der Privatisierung und der "Reformprozesse" auf Frauen abzuwenden oder zu mildern.

Mirjana Dokmanovic ist Präsidentin des "Women's Center for Democracy and Human Rights", Serbien & Montenegro

Quelle: www.penelopes.org

Ehrenamtliche Übersetzung:
Herbert Kaser - coorditrad@attac.org , sig-bw

Buchempfehlungen:

Hannes Hofbauer
Osterweiterung: Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration

Edition Brennpunkt Osteuropa, ISBN 3-85371-198-7, www.mediashop.at/022polit/202hhost.htm

Die Europäische Union erweitert sich nach Osten. Was in Politik und führenden Medien ohne Ausnahme mit positiv klingenden Attributen versehen wird, hat indes mehr als nur Schattenseiten: Die Eingliederung ehemals kommunistisch regierter Staaten in das Brüsseler Regelwerk der vier kapitalistischen Freiheiten (Kapital, Dienstleistungen, Waren- und Personenverkehr) unterwirft einen halben Kontinent dem Kalkül expansionshungriger Konzerne aus Westeuropa, insbesondere aus Deutschland. Die Folgen sind eine Zurichtung der osteuropäischen Ökonomien auf den Bedarf der Märkte in den westeuropäischen Zentren sowie eine fortgesetzte soziale Verelendung bedeutender Teile der Gesellschaften im Osten. Europas Globalisierung hinterlässt zig Millionen von Verlierern der Transformation nach einer weitgehenden Liberalisierung - schreib: Zerstörung - von sozialen Sicherungssystemen unversorgt. Die vorliegende kritische Bestandsaufnahme der EU-Osterweiterung stellt den Ausgriff westeuropäischen Kapitals in Richtung Osten in einen historischen Kontext und setzt sich auch mit dem Begriff "Europa" auseinander.

Bewegung macht Geschichte
Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Gerald Faschingeder, Karin Fischer, Johannes Jager, Alexandra Strickner (Hrsg.)

Mandelbaum. Edition Südwind. Wien 2003. ISBN 3-85476-089-2

Unter diesem Titel erschien vor kurzem ein Band mit dem Ziel, dem gesellschaftlichen Veränderungspotenzial der globalisierungskritischen Bewegung nachzugehen. Neben aktuellen Analysen wollen die AutorInnen den Blick für Chancen, Grenzen und mögliche Fallen schärfen, die durch die politökonomische Konjunktur und die Erfahrungen der politischen Bewegungen im historischen Wandel entstehen. Die AutorInnen nähern sich diesem Gegenstand als Teil der Bewegung und wollen dennoch einen Beitrag zur wissenschaftlichen Reflexion leisten.

In einem abschließenden Beitrag werden mögliche Ursachen für unterschiedliche Positionen der globalisierungskritischen Bewegung, aber auch tiefer liegende Gemeinsamkeiten ausgelotet. Dabei wird versucht, folgenden Fragestellungen nachzugehen:
Welche Entwicklungen werden im Zuge unterschiedlicher Herangehensweisen problematisiert?
Worin werden die Ursachen für die Probleme gesehen?
Und welche Handlungsstrategien werden für die globalisierungskritische Bewegung entwickelt?

Der Schlussbeitrag dieses Buches steht als "Work in Progress" im Internet zur Diskussion.
„Unter folgendem Link kannst Du diesen Beitrag lesen und Dich an der Diskussion beteiligen:
http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/Tagung/diskussionsforum/BewegungMachtGeschichte.htm“

Öffentliche Wasserversorgung durch den Binnenmarkt bedroht!

Liebe Anti-GATS Mitstreiter,

Viele von Euch haben hart gearbeitet, um die Verhandlungen der WTO zur Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung in Europa (und darüber hinaus) zu verhindern.
Nun ist sofortiges Handeln notwendig, um das Europäische Parlament davon zu überzeugen, die Eingliederung der Wasserversorgungsunternehmen in den EU-Binnenmarkt abzulehnen, eine Entwicklung, die die Liberalisierung und Privatisierung in Europa auf diesem Gebiet beschleunigen würde.
Wenn es der Kommission gelingt, Wasserversorgung als einen weiteren Sektor zu definieren, den es als Teil des Binnenmarktes zu liberalisieren gilt, hätte das verheerende Konsequenzen für den Kampf, Wasser aus GATS heraus zu halten und für den allgemeinen Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung!
Die Europäische Kommission (EC) hat in ihrer Binnenmarkt-Strategie 2003-2006 (beschlossen im Mai 2003) angekündigt, dass sie nach Wegen sucht, "den Wettbewerb im Wasser-Sektor anzukurbeln". [1]
Die Kommission erklärt, in der öffentlich-versus-privat Debatte neutral zu bleiben. Aber wenn sie im Falle des Wasser-Sektors (der bis dato in den meisten Ländern der EU in öffentlicher Hand ist) von "Wettbewerb" spricht, ist der Zweck eindeutig, die Rolle des privaten Sektors zu stärken. Im Bericht wird gefordert, dass "alle Optionen in Betracht gezogen werden, auch mögliche gesetzliche Initiativen".
Das kann alles bedeuten: Von gesetzlichen Maßnahmen gegen bestimmte kommunale Versorgungsbetriebe bis zu einer Direktive um die Privatisierung der Wasserversorgung in allen Mitgliedsländern der EU auf einen Schlag zu erzwingen (ähnlich zu dem, was bereits in den 90er Jahren beim öffentlichen Transport, der Elektrizität und anderen öffentlichen Dienstleistungen geschehen ist). [2]
Fritz Bolkestein, Mitglied der Einzelhandelskommission, entschiedener Fürsprecher der Privatisierung der Wasserversorgung äußerte in einer Rede im Herbst: "Ich entschuldige mich nicht für die Absicht der Kommission, die Situation im Wasser-Sektor noch mal zu überprüfen, wie wir es in der Strategie angekündigt haben. Wasser ist die einzige der "Network-Industrien", die in vielen einzelnen Teilen und vom Wettbewerb abgeschirmt verblieben ist." [3]
Im Europäischen Parlament (EP) wird über eine Resolution zur vorgeschlagenen Binnenmarkt-Strategie debattiert. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass das EP die Versuche der EU, die Wasserversorgung dem Binnenmark zu öffnen, ablehnt. Andernfalls hätte Bolkestein eine erste große Hürde in seiner Privatisierungskampagne genommen. Die gute Nachricht ist, dass der Entwurf der Resolution (verfasst von dem schottischen Labour-Abgeordneten Bill Miller) in diesem Fall recht kritisch gegenüber den Auswirkungen einer Liberalisierung der Dienstleistung innerhalb des Binnenmarktes ist.
Miller bezweifelt, "dass dieses Experiment in Anbetracht der Tatsache, dass es keinen nachweisbaren Nutzen hat, weiter vorangetrieben werden solle und schon gar nicht im Bereich der Wasserversorgung". [4]
Jedoch werden sicher neoliberale Abgeordnete aus den starken christdemokratischen und liberalen Gruppierungen versuchen, Änderungen durchzusetzen, um diese Form der Sprachregelung zu streichen.
Die **Abstimmung über Millers Bericht zu gesetzlichen Regelungen und zum Binnenmarkt** wird **am 21. Januar 2004 im Komitee des EP** stattfinden (Änderungen werden in der Woche davor eingereicht).Die endgültige Entscheidung wird aller Voraussicht in einer Plenarsitzung des EP Mitte Februar fallen.
Aktionen, wie z.B. das Versenden von Briefen und andere Formen, die die Aufmerksamkeit von Europa-Abgeordneten auf dieses Thema lenken sollen, werden in den nächsten Wochen beginnen.
Eine komplette Liste der Mitglieder des EU-Binnenmarkt-Komitees findet Ihr unter:
www.europarl.eu.int/committees/juri_home.htm/
Zögert nicht, Verbindung aufzunehmen, wenn Ihr vorhabt, in dieser Sache etwas zu unternehmen!

Olivier Hoedeman, Corporate Europe Observatory (CEO)
Email: olivier@corporateeurope.org

[1] "Internal Market Strategies - Priorities 2003 - 2006" (Com 2003/238), http://europa.eu.int/eur-=lex/en/com/cnc/2003/com2003_0238en01.pdf

[2] Für eine kritische Analyse, siehe beispielsweise: "EC Internal Market Strategy - implications for water and other public services", Mai 2003, PSIRU, University of Greenwich www.psiru.org/reports/2003-05-U-ECmarkt.doc
Die Europäische Kommission nutzt nicht nur GATS und den EU-Binnenmarkt sondern auch eine Vielzahl anderer Wege, Liberalisierung und Privatisierung des Wasser-Bereiches in EU-Staaten zu fördern. Beispielsweise untersucht die Generaldirektion für Wettbewerb, ob EU-Wettbewerbsbedingungen genutzt werden können, um sektoriale, kommunale Monopole im Wasser-Bereich herauszufordern. Dies unterstreicht bloss die Wichtigkeit, dass sich das Europäische Parlament gegen eine Liberalisierung/Privatisierung von Wasser ausspricht.
Um die Rolle der Generaldirektion Wettbewerb zu analysieren, siehe beispielsweise: "Water and DG Competition", Mai 2003, PSIRU, University of Greenwich, www.psiru.org/reports/2003-05-U-ECcompwater.doc

[3] "The Internal Market Strategy", Rede des Kommisärs Fritz Bolkestein bei einer Debatte zum Lunch, organisiert von Kangaroo Group, Europäisches Parlament, Brüssel, 30. September 2003.

[4] Der Report "Fragen im Lichte der Erfahrungen mit Liberalisierungen von Elektrizität und Schienenverkehr" und in Bezug auf Konjunkturabschwung", stellt die Frage, "ob dieses Experiment fortgeführt werden soll - ohne jeglicher geprüfter Vorteile, und schon gar nicht im Bereich Wasserbereitstellung -, zumal es dazu tendiert, die Aufmerksamkeit von den wahren Problemen abzulenken und die Versorgungssicherheit zu gefährden". Komitee für Rechtsangelegenheiten und Binnenmarkt - Draft Report on the Communication from the Commission "Internal Market Strategies - Priorities 2003 - 2006" (Ref. PE338.443 - 1 December 2003)

Ehrenamtliche Übersetzung: Jost Ehrhardt, Annette Sudek - coorditrad@attac.org - sig-bw

Attac Frankreich und die französischen Wahlen von 2004
Verhaltensrichtlinien für die Attac-Mitglieder

2004 werden in Frankreich drei Wahlen stattfinden: die kantonale, die regionalen und die europäischen. Sich für eine unter ihnen als KandidatIn aufstellen zu lassen, ist eine staatsbürgerliche Haltung, die Attac nur begrüßen und fördern kann. Aber dies muss ein persönlicher Schritt bleiben und darf Attac weder direkt noch indirekt betreffen: Attac ist eine Volksbildungsbewegung, die auf Handlungen aufgerichtet ist - und gedenkt, es zu bleiben . Der Verwaltungsrat macht auf seine, schon öfters veröffentlichte, Stellung aufmerksam: der Verein wird keineN einzigeN KandidatIn/En oder Liste unterstützen, wird natürlich auch selbst keine Liste aufstellen und verbietet allen Individuen oder Parteien, sich auf Attac zu berufen. Um jegliche Verwechslung zu vermeiden, wird der Verwaltungsrat von den Mitgliedern seiner Satzungs-instanzen (Verwaltungsrat, wissenschaftlicher Rat, natürliche Personen, die Gründungsmitglieder sind), die erwägen, sich an einer oder mehrerer der Wahlen von März und Juni 2004 zu beteiligen, verlangen, sich von ihren Verantwortungsposten ab dem 1. Januar 2004 und bis zum Ende der Wahlperiode zurückzuziehen. Falls sie gewählt werden, könnten die betroffenen Attac-Mitglieder ihre Posten nicht wiederbesetzen.
Der Verwaltungsrat bittet die Attac-Lokalkomitees, sich von dieser Regel für ihre Verwaltungsratsmitglieder (oder, wenn es jene nicht gibt, die Mitglieder ihrer Organisations-strukturen) leiten zu lassen. Es wird auch ihre Aufgabe sein - falls dies nötig ist - StellvertreterInnen zu wählen, um das kontinuierliche Funktionieren dieser Komitees sicherzustellen. In jedem Fall müssen die Attac-Mitglieder, die sich für eine Wahl zur Verfügung stellen möchten - individuell oder auf einer Parteiliste und ob sie eine Verantwortung auf nationaler Ebene ausüben oder nicht - ihren Lokalkomitee oder den nationalen Sitz vor dem 1. Januar 2004 benachrichtigen. In dieser Annahme müssen sie Acht geben dass:

- ihre Attac-Mitgliedschaft nie öffentlich von den Listenführenden oder von ihnen selbst erwähnt wird, insbesondere in den Kantonalwahlen, die eine Persönlichkeitswahl sind;
- das Wahlmaterial (Plakate, Flugblätter, Wahlprogramme), nicht auf Attac verweist.

Falls diese Regeln von einem seiner Mitglieder verletzt würden, wird Attac sofort die missbräuchliche Verwendung seines Namens anzeigen.

Das Leitungsgremium von Attac Frankreich, 6.12.2003
http://www.france.attac.org/a2266
Übersetzung: Katharina Stalder, sig-md
coorditrad@attac.org

Das Andere Davos
Widerstand gegen die Globalisierung des Kapitals - für Alternativen von unten
Internationale Konferenz, Workshops, Theater
17. Januar 2004, 10.00 -19.30 Uhr im Volkshaus Zürich, Stauffacherstraße 60
zum Programm im Detail: www.otherdavos.net/Pages_web/german/programger.html

Die Globalisierung der Gewalt:
Imperialismus und globale Enteignung

«Partnering for Security and Prosperity» - «Zusammen für Sicherheit und Wohlstand» - heisst das Motto des diesjährigen World Economic Forum (WEF), welches vom 21. zum 25. Januar die 1000 grössten transnationalen Unternehmen und politischen Führer zusammenbringt, um gemeinsam «den Zustand der Welt zu verbessern».

Das Jahr 2003 hat deutlich gemacht, wessen Sicherheit geschützt wird: Der Krieg wird von der US-Regierung als legitimes Mittel zur Durchsetzung ökonomischer und geostrategischer Interessen durchgesetzt. Diese neue Entwicklung des Imperialismus findet im Irak ein tragisches Anschauungsbeispiel: Um sich natürliche und menschliche Ressourcen anzueignen, gehen die Invasoren über Leichen. Die Europäische Union verfolgt keine grundsätzlich andere Perspektive, sondern wetteifert mit den USA um globale Einflusssphären, wie zuletzt die Auseinandersetzung in der Welthandelsorganisation (WTO) in Cancun gezeigt hat. Vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Rezession führen die herrschenden Klassen auch in der Schweiz einen regelrechten sozialen Krieg gegen die Lohnabhängigen: Ihre neoliberale Politik besteht aus der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, dem Abbau demokratischer Rechte und erkämpfter Errungenschaften, Angriffen auf soziale Bewegungen und Organisationen der ArbeiterInnen-bewegung, dem Ausbau von Polizeistaat und Repression und dem Ausverkauf der sozialen Sicherung und der öffentlichen Dienstleistungen.
Auf der anderen Seite wächst der Widerstand gegen diese Globalisierung der Gewalt: immer mehr Menschen setzen sich aktiv für eine andere Welt ein. Neben und gemeinsam gewerkschaftlichen Aktionen und der wieder erstarkten Antikriegsbewegung sind neue soziale Bewegungen entstanden. Ausdruck davon ist das Weltsozialforum (WSF), das seit 2001 in Brasilien und im Jahr 2004 erstmals in Indien stattfindet. Ein Grosserfolg war 2003 auch das Europäische Sozialforum in Paris: Rund 60.000 TeilnehmerInnen arbeiteten zusammen, um am ersten Europäischen Sozialforum von Florenz anzuknüpfen. Die damals erfolgte Vernetzung der Proteste gegen den Irakkrieg ermöglichte die beeindruckenden Demonstrationen des 15.Februar 2003, auf

denen Millionen von Menschen weltweit der Forderung nach Frieden Ausdruck verliehen.

Nun hat das Europäische Sozialforum zwei weitere internationale Mobilisierungsdaten angekündigt: am **20. März** 2004 soll weltweit gegen die Besatzung im Irak protestiert werden. Und am **9. Mai 2004** soll ein erster weltweiter Aktionstag gegen Sozialabbau durchgeführt werden. Um diese Mobilisierungen auch in der Schweiz entsprechend vorzubereiten, lädt das Andere Davos ein, in verschiedenen Workshops und Konferenzen mit VertreterInnen der Antikriegsbewegung, der Gewerkschaften und von Widerstandsbewegungen aus Europa, den USA und Lateinamerika zu diskutieren und der kapitalistischen Globalisierung der Gewalt konkrete Antworten von unten entgegenzustellen.

Das Andere Davos
Das Andere Davos fand zum ersten Mal im Januar 1999 in Zürich statt. Auf Initiative von attac und weiteren internationalen Netzwerken trafen sich zum ersten Mal VerteterInnen von sozialen Bewegungen aus verschiedenen Kontinenten. Dieses Treffen war eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Weltsozialforum, welches Ende 2001 erstmals in Porto Alegre durchgeführt wurde.

An den darauf folgenden Ausgaben des Anderen Davos haben in den letzten Jahren im Zürcher Volkshaus je rund 1000 Personen teilgenommen und dazu beigetragen, dass die heute von attac schweiz organisierte und von zahlreichen Organisationen mitgetragene internationale Konferenz ein wichtiger Ort des Widerstands und der Ausarbeitung von Alternativen geworden ist.

Zum Programm im Detail:
http://www.otherdavos.net/Pages_web/german/programger.html

10-16 Uhr: Workshops:

1. Der Krieg in Irak, ein Jahr danach
Millionen von Menschen protestierten gegen den Irak-Krieg. Ein knappes Jahr danach stellen sich der Bewegung neue Fragen: Was steckt genau hinter der Strategie Bush-Administration? Wie weiter mit der Antikriegsbewegung?

2. Gewerkschaften und soziale Kämpfe in Europa
Die Bewegungen gegen die "Rentenreformen" in vielen Ländern Europas drücken eine wachsende Unmut gegen die Zerstörung von sozialen Errungenschaften aus. Wie können Gewerkschaften und soziale Bewegungen diesen Widerstand stärken?

3. Neuer sozialer Widerstand in Südamerika und die Macht der Multis
In verschiedenen Ländern Lateinamerikas treten neue soziale Bewegungen auf, die für die globalisierungskritische Bewegung von allgemeinem Interesse sind. Ihre Kritik richtet sich zunehmend auch gegen Multinationale Konzerne, die mit ihren Geschäftspraktiken soziale und ökologische Gesetze umgehen und Menschenrechte verletzen.
Info und Erarbeitung von Kampagnenstrategien mit VertreterInnen von Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs und Aktionsgruppen.

4. Hände weg vom Service Public!
Die in der Schweiz anhaltende Politik der Liberalisierung und Privatisierung betrifft nun auch Schulen und Universitäten. Dagegen haben sich im Herbst 2003 in verschiedenen europäischen Ländern die Studierenden zur Wehr gesetzt.

17.00 – 19.30: Diskussion und Aufführung
Theater und Widerstand

20.00-22.00: Podiumsdiskussion:
Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung
Mit Tariq Ali (Schriftsteller, Stop the War Coalition, England); Florence Carboni (Universität von Porto Alegre, Brasilien); Lindsey German (Stop the War Coalition, England); David Harvey (Geograph, New York). Gesprächsleitung: Alessandro Pelizzari (attac schweiz)

Das Andere Davos wird unterstützt durch (Stand 15.12.):
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD), Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), Comedia, Solifonds, FemCo, Gesamtschweizerisches Antikriegsbündnis, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, «Kampagne für Menschenrechte» (attac, Gewerkschaften, Hilfswerke, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien), Südamerika-Soligruppen, Bewegung für den Sozialismus, Grüne Schweiz, solidaritéS, Erklärung von Bern, Focus on the Global South, Amis Suisses du Monde Diplomatique, Aktionsgruppe Bologna (Basel), Aktionskomitee gegen Bildungsabbau (Zürich)…

Blockade-Workshop gegen das WEF in Zürich
Sonntag, den 18. Januar 04
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben
(siehe www.blockadenetz.ch)
Gegen das WEF sind am 21. Januar 04 zwischen Zürich und Davos Blockadeaktionen geplant. Für die letzten Vorbereitungen findet am 18. Januar 04 in Zürich ein praxisorientierter Workshop statt. Gruppen und Einzelpersonen, die sich aktiv an einer gewaltfreien Blockade beteiligen möchten, sind willkommen. Der Workshop wird von einem erfahrenen Castor-Blockadeaktivisten aus Deutschland geleitet.

Block the WEF!
Atelier der Anti-WTO Koordination Bern mit Infos zu den gewaltfreien Blockade-Aktionen gegen das WEF vom 21. Januar 04.

Organisation: attac schweiz
Infos: www.otherdavos.net
Kontakt und Anmeldung:
Attac Schweiz
CH-1205 Genf, Rue des Savoises 15
Tel +41 (0)22 800 10 40
Email: schweiz@attac.org